

Lateinamerika

Alles über Lateinamerika
Sechs Jahre Lateinamerika – Analysen und Berichte

Herausgegeben von Tilmann Evers, Klaus Meschkat,
Clarita und Urs Müller-Plantenberg, Wolfgang Schoeller
und Volker Wunderlich

Band 1
Kapitalistische Entwicklung und politische Repression

F. Mires: Die Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika. P. Singer: Beschäftigung, Produktion und Reproduktion der Arbeitskraft. T. Hurtienne: Zur Entstehungsgeschichte, Struktur und Krise des brasilianischen Akkumulationsmodells. W. Würtele: Peronistische Gewerkschaftsführung und Staat in Argentinien. S. Berg: Alltag der Arbeitslosigkeit in Chile. u.a.

Band 2
Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe

U. Müller-Plantenberg: Die Bundesrepublik Deutschland und die neue Weltwirtschaftsordnung. W. Würtele: VW do Brasil. E. Fürst, C. Gebhardt, A. Koschützke: Die Geschichte vom IWF und den Massen – der Fall Peru. C.J. Valenzuela: Das neue Akkumulationsmodell – der Fall Chile u.a.

Band 3
Verelendungsprozeß und Widerstandsformen

F. Mires: Die Indios und das Land – Peru. C. Werthof, H.P. Neuhoff: Über den Agrarsektor Venezuelas. T. Evers, C. Müller-Plantenberg, S. Spessart: Stadtteilbewegung und Staat. u.a.

Band 4
Internationale Strategien und Praxis der Befreiung

V. Bennholdt-Thomsen: Investition in die Armen – die Weltbank. K. Meschkat: Kredite statt Land – Kleinbauernprogramme in Kolumbien. D. Werner: Gesundheitsversorgung in Kuba. u.a.

Band 5
Probleme und Perspektiven der Linken

P. Singer: Was heute Sozialismus ist. A. Quijano: Über die direkte Demokratie der Produzenten. L. Marmora: Populisten und Sozialisten in Argentinien. F. Mires: Demokratie ist unteilbar. F. Füllgraf: Die Parteien der Arbeiter in Brasilien. K.D. Tangermann: Der Aufbau der sandinistischen Demokratie. u.a.

Band 6
US-Intervention und kapitalistische Gegenrevolution

R.A. Cavalla, L. Bermudez: Die Strategie der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika. G. Selser: Christdemokratie als Speerspitze der USA in Lateinamerika. S. Lichtenstejn: Stabilisierungspolitik in Lateinamerika. A. Arancibia C.: Chile – Mythos und Wirklichkeit des autoritären Projekts.

Dazu in jedem Band detaillierte und aktuelle Länderberichte.

Verlag OLLE & WOLTER, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 106

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

September 1982

Solidaritätspreis DM 3,-

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

CHILE:

Verschuldung
Tod einer Stadt
Gewerkschaften
Kirche und Regime

MITTELAMERIKA:

Politisch-Militärische
Einkreisung Nicaraguas

MEXICO:

Wirtschaftskatastrophe

KOLUMBIEN:

Militarisierung einer
Region

PERU:

Leben von Frauen
in Elendsvierteln

BOLIVIEN:

Zerreißprobe des
Militärregimes



INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft	3
In eigener Sache	4
✓ — EL SALVADOR—BRD: Zum Problem der Solidaritätsarbeit	5
✓ — HONDURAS: Die USA setzen zunehmend auf Honduras	7
✓ — COSTA RICA: IWF und USA	12
✓ — PANAMA: Der Staatsstreich der Guardia Nacional	16
✓ — NICARAGUA: Warum ist die Banane krumm	18
Humanitäre Hilfe ist politische Hilfe	22
✓ — MEXICO: Höhenflug und Bauchlandung	24
Wahlen: Enttäuschendes Abschneiden der Linken	27
✓ — CHILE:	29
Der Bock als Gärtner	30
Tomé, Ruin einer Stadt	32
Wie paßt man Löhne an?	34
Die Antwort der Kupferarbeiter	36
Kirche und Regime: Krise in der Krise	38
✓ — BRD — PERU: Botschaften aus der Botschaft	39
✓ — BOLIVIEN: Zerreißprobe	40
Krise und kein Ende	47
✓ — KOLUMBIEN: Den Feind ausfindig machen und zerstören	50
✓ — PERU: Frauen in den Elendsvierteln von Lima	58
— AG — RÜSTUNGSEXPORTE	71
— AUSSTELLUNG: Frauen in Guatemala	72
— LITERATUR: Erzählungen aus der Karibik	73
Allem zum Trotz — Das Leben der Jesusa	74
— TERMINE	75
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	76

Zu diesem Heft

Ein Leserbrief gab uns den Anstoß, in der Redaktion noch einmal über die Wahlen in El Salvador im April zu sprechen. - Wir fragten uns, warum wir uns damit zufrieden gaben, so wenig über die Hintergründe für den unerwarteten Ausgang zu wissen. Diese Fragen wurden zu Fragen über die Rolle der Solidaritätsbewegungen gegenüber Befreiungsbewegungen. Wir haben unsere Fragen notiert, ohne Antworten geben zu können.

Zentralamerika bleibt weiter ein Schwerpunkt unserer Aufmerksamkeit. Die politische und militärische Einkreisung Nicaraguas durch die USA erhält immer deutlichere Konturen: Militärhilfe und -berater für Honduras, das Verlangen, Costa Rica zu remilitarisieren, der Staatsstreich in Panama, der nicht nur den Interessen panamenischer Militärs entspringt, sondern sich auch in die Interessen der USA einfügt.

Der Beitrag zu Nicaragua und der Standard Fruit zeigt die Abhängigkeit einer revolutionären Regierung von einem ausländischen Konzern und wie der Konzern den Handlungsspielraum der Regierung gegenüber den Arbeitern einzuengen vermag.

Mexiko macht Schlagzeilen als der spektakulärste Fall von Verschuldung - warum konnte die Linke trotz der Krise keine besseren Wahlergebnisse erzielen?

Neun Jahre sind seit dem Putsch in Chile vergangen - wir stellten fest, daß uns eine Analyse mit deutlichen Perspektiven nicht gelang. Wir beschränken uns notgedrungen auf eine Beschreibung der gegenwärtigen Krise: Die zweite Regierungsumbildung innerhalb weniger Monate, ohne daß davon eine Abkehr von der verherenden monetaristischen Wirtschaftspolitik zu erwarten wäre; das Beispiel einer ehemals blühenden Industriestadt, die ruiniert wurde; die verzweifelten Versuche der Arbeiter, ihre minimalen Rechte zu verteidigen.

Nach zweijähriger Herrschaft erkennen die bolivianischen Militärs, daß sie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes nicht lösen können. Sie verheißten Demokratisierung und versprechen Wahlen. Gewerkschaften und Parteien betrachten diese Angebote mit Argwohn, der aus dem Exil in den Untergrund zurückgekehrte Bauernführer Flores begründet seine Zweifel.

Seit 1978 und verschärft seit 1981 findet im Caquetá in Kolumbien ein Vernichtungsfeldzug gegen die eigene Bevölkerung statt, der Beitrag schildert die Lebensbedingungen der Bevölkerung in dieser militarisierten Zone. Er ist zugleich ein Appell, diesem Völkermord gegenüber nicht zu schweigen.

Seit zehn Jahren arbeitet Nelly Rumrill in den Elendsvierteln der peruanischen Hauptstadt Lima. Aus stundenlangen Gesprächen über ihre Arbeit in der Selbstverwaltung der Slumsiedlungen, mit Frauengruppen und über ihre eigene Politisierung entstand, von uns zusammengefaßt, diese anschauliche Selbstdarstellung.

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer: 2.9.1982

Abo-Preis: DM 35,—/Übersee DM 60,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 10010010

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Achtung! Wir ziehen um!

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN und das FDCL haben ab dem 15. September eine neue Adresse und neue Telefonnummer:

Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1 000 Berlin 61
Tel.: 030 / 693 40 29

An alle Abonnenten!

Jetzt ist bereits Anfang September und noch immer hat ungefähr 1/3 unserer Abonnenten nicht bezahlt!!! Liebe Leute, ihr bringt uns damit in große Schwierigkeiten, weil wir kaum wissen, wie wir die Druckrechnung und das Porto dieser Nummer bezahlen sollen. Außerdem kommen durch den Umzug weitere Kosten auf uns zu. Deshalb noch einmal unsere dringende Aufforderung an Euch:

ZAHLT BITTE SOFORT EUER ABONNEMENT!!!

Das Konto lautet: Sonderkonto "Hilfe für Chile"
PSA Be lin West, Elfriede Kohut
Kto.Nr. 380087 - 108, BLZ 100 100 10

WIR SIND WIRKLICH AUF EURE UMGEHENDE ZAHLUNG ANGEWIESEN!

Wichtig! An alle Mehrfachbezieher, Buchhandlungen, Bibliotheken, Institutionen

Ab dem 1. Oktober werden die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ihren VERTRIEB wieder ganz selbst übernehmen. Daher bitte in Zukunft keine Bestellungen mehr an den con-Vertrieb sondern direkt an die LN schicken. Danke.

EL SALVADOR -BRD

Zum Problem Solidaritätsarbeit

Die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und die Solidaritätskomitees in der BRD haben häufig unterschiedliche Auffassungen über die Unterstützungsarbeit, die hier möglich und sinnvoll ist. So gibt es Meinungsverschiedenheiten über die SPD und die Sozialistische Internationale, die Informations- und Publikationsarbeit, über die Bündnispartner u.v.m.

Die Solidaritätsbewegung ist dabei ständig in Gefahr aus Rücksichtnahme auf die Vorstellungen der Widerstandsorganisationen und oft auch aus Mangel an eigener Perspektive, zu deren Sprachrohr zu werden, sich als eine Art Transmissionsriemen zu verstehen. Die Differenzen werden dabei weder ausgetragen, noch entstehen eigenständige politische Strategien für die Solidaritätsarbeit hier. Letztlich führt dieser Umstand zu einer Stagnation in der Internationalismusarbeit.

Was gemeint ist, zeigt das folgende Beispiel:

Vor einiger Zeit erhielten die Lateinamerika-Nachrichten einen Leserbrief, in dem gefragt wurde, weshalb wir nichts zu den Wahlen in El Salvador geschrieben haben.

Bekanntlich sind diese Wahlen anders ausgefallen als die Analysen und Propaganda von Seiten der Widerstandsbewegung von El Salvador und damit auch der bundesrepublikanischen Komitees vermuten ließen. Diese waren einhellig der Meinung gewesen, daß eine massive Wahlenthaltung sowie zahlreiche Widerstandsaktionen zum Wahltermin die Wahlfarce gütlich machen und das Bestreben der USA ad absurdum führen würden, geordnete und saubere Wahlen durchzuführen.

Nach den Wahlen, als klar wurde, daß die Ultrarechten "gesiegt" hatten, sprach man zunächst im Brustton der Überzeugung von einem klaren Beweis des Wahlbetrugs und der Manipulation.

Viele Fragen sind danach offen geblieben.

Wie kommt es, daß die Wahlbeteiligung relativ hoch war? Denn aus allen Zahlen, wenn sie auch noch so sehr mit Vorsicht zu genießen sind, geht hervor, daß kein massiver Wahlboykott stattgefunden hat.

Wie kommt es, daß die Rechte so viele Stimmen bekommen hat? Denn auch hier gilt, daß sie - auch wenn man alle möglichen Fälschungen unterstellt - relativ viele Stimmen bekommen haben.

In den Solidaritätskomitees begann man diese Fragen zu diskutieren, weil viele Unterstützer und Sympathisanten mit Verwunderung feststellten, dieses Wahlergebnis sei aus den Informationen nicht zu erklären, die sie bisher über El Salvador erhalten hatten.

Viele dachten, die Antwort werde demnächst von der FDR-FMLN kommen, doch das war nicht der Fall.

Auf dem nationalen Treffen der El Salvadorkomitees in Köln Ende Juni ist das Wahlthema noch einmal als sehr dringend angesprochen worden. Wieder Schweigen. Weder die Kölner Infostelle noch die BRD-Vertretung des FDR-FMLN haben etwas veröffentlicht.

Inzwischen sind in den Komitees auf eigene Faust Analysen gemacht worden und hat man gelegentlich mit Vertretern der FDR diskutiert. Dabei hat sich gezeigt, daß die Existenz einer relativ starken faschistischen Bewegung im Mittelstand bisher von der Opposition nicht thematisiert worden ist. Eine solche gibt es aber wie die Wahlen zeigen offensichtlich und daraus kann man folgern, daß die Junta

lange nicht so extrem isoliert ist, wie wir das immer behauptet haben. Es gibt Leute in der FMLN, die jetzt sagen, daß die Arbeit der Opposition in der Mittelschicht vernachlässigt wurde, daß sie schleunigst aufgebaut werden muß. Auch das Problem, daß die paramilitärische Organisation ORDEN hunderttausend Mitglieder, meist einfache Bauernsöhne hat, wird jetzt diskutiert.

Offiziell gibt es immer noch nichts von der FDR. Die Solidaritätsbewegung hat sich bisher als verlängerter Arm der FDR-FMLN gebildet und sich angewöhnt, sich im großen und ganzen auf deren Informationen zu verlassen und nichts zu veröffentlichen, was damit nicht im Einklang steht. Dabei mußten wir feststellen, daß wir zu vielen Punkten nicht in dem Ausmaße informiert worden sind, das notwendig gewesen wäre, um unsere Solidaritätsarbeit so umfassend und gründlich zu machen, wie es die hiesigen Bedingungen erfordern. Wir haben weder über die Land-General??? Offensive vom Januar 1981 noch über die "Affäre Roque Dalton" noch über die angeblichen Verhandlungen von d'Abuissou mit der Guerilla genügend erfahren, um ein paar hervorragende Beispiele zu nennen.

Fazit: Wir können den Leserbrief nur in dieser Form beantworten, weil wir über die Wahlen auch nichts wissen und uns bisher damit abgefunden haben, daß anscheinend nichts zu erfahren ist. Hinter dieser ganzen Problematik steckt eine wenig geführte, immer wieder erfolgreich verdrängte Diskussion, die in allen Solidaritätsbewegungen auftaucht und es gibt viele Appelle, die vor den vorheerenden Folgen warnen, die auf uns zukommen, wenn sie weiterhin unterbleibt.

Der Appelle sind also genug!

Redaktion LN

El Salvador



es liegt auch an uns,
dass die salvadorianer
ihre eigene geschichte
bestimmen können

INFORMATIONSTELLE EL SALVADOR e.V.
Siebengebirgsallee 81, 5 Köln 41

Spendet für den Widerstand!

PschK: 180789 802 PschA Mü (BLZ 70010080)

HONDURAS

Die USA setzen zunehmend auf Honduras

In Tegucigalpa, der Hauptstadt von Honduras, ist die Präsenz des Militärs in der letzten Zeit sehr auffällig. Vor allen wichtigen Gebäuden und Brücken, an den Ausfallstraßen, überall sind Soldaten stationiert. Dabei hat Honduras seit Januar dieses Jahres nach über 10jähriger Militärdiktatur einen zivilen, gewählten Präsidenten. Wie kommt es zu diesem scheinbaren Widerspruch in einem Land, von dem bis vor zwei Jahren bei uns kaum jemand wußte, wo es überhaupt gelegen ist. Bis vor kurzem galt Honduras neben Costa Rica als ein Land mit relativ stabilen Verhältnissen, im Gegensatz zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala, wo bereits seit Jahren Guerillaaktivitäten auf der Tagesordnung sind.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse aber geändert. Durch den Zustrom von Flüchtlingen aus den Nachbarländern (siehe LN 104), die Zusammenarbeit des Militärs mit ihren Kollegen in El Salvador, die wichtige Rolle innerhalb der konterrevolutionären Pläne der USA in der Region und die jüngste Verschärfung der inneren Gegensätze gelangte Honduras allmählich in den Blickpunkt des allgemeinen Interesses.

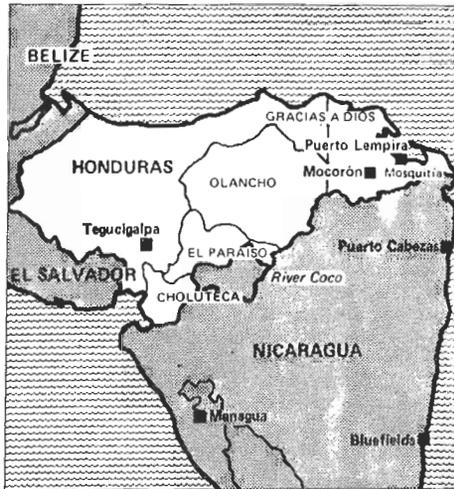
Honduras hatte in den Jahren vor 1980 ein beeindruckendes Wirtschaftswachstum mit jährlichen Wachstumsraten von bis zu 10% aufzuweisen. Im Zusammenhang mit der weltweiten Rezession und vor allem den Konflikten in der gesamten zentralamerikanischen Region erlebt das Land gegenwärtig eine schwere Wirtschaftskrise, die sich in einer allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation äußert. (ausführlich in: LN 103) Ein erheblicher Teil der erwerbsfähigen Bevölkerung findet keine Beschäftigung, und Lohnerhöhungen zum Ausgleich der steigenden Inflation werden nicht zugestanden. Erst kürzlich hat die Standard Fruit Company bekannt gegeben, daß sie sich aus Honduras zurückziehen wolle. Gleichzeitig will auch eine im Minensektor aktive US-Gesellschaft das Land verlassen. Damit würde Honduras nach Regierungsangaben 120.000 Arbeitsplätze verlieren.

Ein Konzept zur Überwindung der Krise ist nicht vorhanden. Zwar haben die Liberalen unter Suazo Cordova die Wahlen mit Reformversprechungen gewonnen, die tägliche Praxis widerlegt sie aber. Beispielsweise ist die bereits vor 10 Jahren begonnene Agrarreform mehr oder weniger lahmgelegt. Die Regierung will den Konflikt mit den Großgrundbesitzern unbedingt vermeiden. Soweit überhaupt noch Land verteilt wird, geschieht dies mit staatseigenem Brachland oder Forst, der erst noch gerodet werden muß. Weitere Reformmaßnahmen sind zum einen wegen fehlender finanzieller Mittel, zum anderen wegen der schwachen Stellung der Regierung gegenüber dem Militär blockiert.

Mitte Juni reiste der Präsident für drei Tage in die USA. Bezeichnenderweise wurde er dabei von den Chefs der drei Teilstreitkräfte begleitet. Man spricht in Tegucigalpa davon, daß der Präsident einem Putsch vorbeugen wollte. Es spricht aber auch einiges dafür, daß die Militärs das gar nicht nötig haben. Suazo Cordova bezog sich in seinen Ausführungen vor und während der Reise auf die positive Rolle des Militärs, sodaß auch nach außen deutlich wurde, wer die eigentlichen Machthaber in Honduras sind.

Bei seiner Reise in die USA ging es um wirtschaftliche und militärische Hilfe für Honduras. Im ersten Punkt war man augenscheinlich nicht sehr erfolgreich, denn neben den bereits vorher im Reagan-Plan für die Karibik vorgesehenen Millionen wurden keine weiteren Zusagen gemacht. Die im Reagan-Plan vorgesehenen

Maßnahmen haben voraussichtlich nur begrenzte Wirkung, denn die Einfuhrerleichterungen für Produkte, die zum Export in die USA bestimmt sind, waren im Allgemeinen schon in dem sogenannten Präferenzsystem enthalten. Die Förderung von Investitionen in der Region betrifft selbstverständlich nur den Kapitalfluß aus den USA. Aber auch der wird aufgrund der unsicheren politischen Verhältnisse begrenzt bleiben. Erhöht werden soll aber auf jeden Fall die Militärhilfe, damit sich Honduras "gegen die Aggressionen verteidigen kann". Neben den 10,5 Millionen Dollar für das Jahr '82 gewährte der Kongress die Lieferung von 20 Kanonenbestückten Hubschraubern und 6 A-37 Transportflugzeugen. Weitere 21 Millionen Dollar sind für den Bau von Start- und Landebahnen zugesagt. Die USA haben neben einer der größten diplomatischen Missionen in Zentralamerika (147 zivile Mitarbeiter) an die 100 Militärberater, mehr als offiziell in El Salvador.



An der Grenze zu El Salvador hat das hondurenische Militär einen "Cordon sanitaire" gebildet. Besonders betroffen sind die Provinzen La Paz und Intibuca, die an die Region Morazan in El Salvador grenzen, die bekanntlich von der Guerilla kontrolliert wird. Im Grenzgebiet sollen etwa 3000 Soldaten stationiert sein. Das betroffene Gebiet ist hermetisch abgeriegelt und auch ausländische Experten, die in der Region arbeiten haben keinen Zutritt mehr. Am 23. Juni 82 schließlich drangen 1.600 Mann der hondurenischen Armee nach Morazan ein. Schon Anfang Juni hatten sich hondurenische Militäreinheiten an einer Großoffensive gegen die Provinz Chaltenango beteiligt, die vor allem unter der Zivilbevölkerung viele Opfer forderte. Hiermit hat Honduras den 1. Schritt zur Regionalisierung des Krieges in Mittelamerika unternommen.

Auch das konfliktbeladene Verhältnis zu Nicaragua hat sich im Juli dieses Jahres, dem Zeitpunkt des 3. Jahrestages der sandinistischen Revolution, erheblich verschärft. Briefe aus Nicaragua klingen wie folgt:

... Tja, und sonst sieht hier alles ganz böse aus! die wenigen Überfälle an der Grenze oder im Inland, von denen ihr erfahrt, die sind nur ein Bruchteil von dem, was tatsächlich passiert. Und wenn ich das so sage, dann ist das überhaupt keine Übertreibung oder Panikmache. Es fliegen tatsächlich von Honduras aus Flugzeuge bis weit ins Land rein, um Bomben abzuwerfen, die dann nicht treffen (Corinto, Benzintanks von ESSO oder nach Managua, in Richtung auf die Raffinerie). ... In San Francisco wurden die Milizen durch den Ort getrieben, gezwungen "viva

Somoza" zu rufen, d.h. es gelang ihnen nicht, und weil sie "viva Sandino" riefen - ich wage es kaum zu schreiben - köpften man sie und begannen andere Schauerlichkeiten. Die Revolution ist an die Wand gedrückt. Die Rechte kämpft an sämtlichen Fronten. ..."

Um in etwa zu verstehen, was in der Konfliktregion - der Atlantikküste - passiert, sind drei Sachen wichtig. 1. Die Konflikte zwischen indianischer Bevölkerung und der* 2. die verschiedenen Gruppierungen der Konterrevolution und 3. die Strategie der USA, Honduras für seine Zwecke militärisch einzuspannen.

→ 1. (ausführlich siehe LN 92 und M.Rediske/R.Schneider, The Indians of Nicaragua: Between Colonialism and Revolution, in: IWGIA Newsletters 30/ April 82) Einer der Konfliktpunkte auf den sich die Auseinandersetzungen im letzten Jahr zwischen sandinistischer Regierung und der Indianerorganisation MISURASATA zuspitzte ist das Selbstbestimmungsrecht. Das was die indianische Bevölkerung kulturelle Autonomie nennt, verstehen die Sandinisten als Separatismus.

Die Forderung von MISURASATA, die Region als ein einheitliches Ganzes anzuerkennen und den Bewohnern eine entscheidende Stimme in der sie betreffenden Politik einzuräumen, wurde mit der Prinzipenerklärung zur Atlantikküste im August '81 abgeschlossen. Zwar wurde der indianischen Bevölkerung ihr Gemeindeland und die Möglichkeit traditioneller Organisation garantiert und Unterstützung zur Wahrung ihrer Kultur zugesagt, als erstes wurde jedoch betont, daß Nicaragua eine Nation sei, spanisch die offizielle Sprache und daß die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen allein dem Staat zufiele.

Als sich der Misurasataführer Steadman Fagoth, von den Sandinisten somozistischer Umtriebe beschuldigt und zunächst festgenommen, nach seiner Freilassung nach Honduras absetzte, machte sich in der indianischen Bevölkerung Angst breit. Mehrere tausend Miskitos flohen nach Honduras. Einige Gemeinden begannen mit der Ex-Guardia zu sympathisieren. Im November '81 nahmen die konterrevolutionären Angriffe immer größere Ausmaße an, wodurch sich die sandinistische Regierung veranlaßt sah, im Rahmen einer Verteidigungsstrategie das Grenzgebiet zwischen Nicaragua und Honduras zu militarisieren. Im Januar/Februar siedelten sie 10.000 Miskitos ins Landesinnere um und brannten deren zurückgebliebenen Dörfer ab, um den Indianern die Rückkehr in ihre Dörfer unmöglich zu machen (siehe TAZ-Berichterstattung) Weitere 10.000 flohen über die Grenze. (Die Grenze zwischen Honduras und Nicaragua als Kolonialgrenze widerspricht den ethnischen Realitäten in der Region. Im Süd-Osten von Honduras leben 50.000 Miskito.)

Die überwiegende Zahl der Indianer verhalten sich in diesem Konflikt passiv, d.h. sie unterstützen weder die Sandinisten noch die Konterrevolution. Angst, zwischen die Fronten der sandinistischen Revolution und der regionalen Konterrevolution zu geraten, einen Konflikt der sich darstellt als entstehender Krieg zwischen Honduras und Nicaragua, treibt sie zur Flucht. Und nicht nur zur Flucht vor den Sandinistas, sondern genau so aus einem Kampfgebiet hinaus, auch auf die Pazifikküste Nicaraguas (LAWR*82-34).

→ 2. Die Konflikte zwischen Regierung und Miskitos werden kräftig angeheizt durch die Ex-gardisten. Die Legion 15. September, stärkste unter den somozistischen Kräften, verbreitet über ihre eigene Rundfunkstation anti-sandinistische Propaganda und versucht sich selbst als Vertreter indianischer Interessen darzustellen. Mit falschen Hoffnungen auf Selbstbestimmung soll die indianische Bevölkerung in einen Kampf einbezogen werden, in dem sie nur als Kanonenfutter für fremde Interessen erhalten soll.

Inzwischen hat sich Steadman Fagoth ganz offen auf die Seite der Somozisten geschlagen. Doch will man seinem indianischen Gegenspieler Brooklyn Rivera glauben, so hat sich die indianische "Basis" von Fagoth abgekehrt und ihm selbst zugewandt. Gesichert wissen wir nur, daß Fagoth feste Verbindungen sowohl zu Somozisten als auch zur lokalen Armeekommandantur besitzt und daß im indianischen Flüchtlingslager Mococon, das von den somozistischen Stützpunkten leicht erreichbar ist, militärisch tainiert wird.

* Regierung

Ebenso sicher hat Brooklyn Rivera kürzlich eine eigene bewaffnete Organisation aufgestellt. Er ist gegen eine Verbindung mit den Somozisten. Durch bewaffnete Aktionen in Nicaragua leistet die Gruppe aber der Konterrevolution vorschub.

Zudem gibt es eine neue Bewegung, die aus Misurasata hervorgegangen ist, die "Guerrilla Miskito". Zu ersten Kämpfen mit dem sandinistischen Heer kam es im letzten Monat. Unterstützt wird die Gruppe durch ehemalige Nationalgardisten.

In-wieweit diese teilweise rivalisierenden Gruppen von den Indianern unterstützt werden ist schwierig zu beurteilen, da sich wie so oft, die Berichterstattung die uns erreicht, mit den "Führern" auseinandersetzt und nicht mit der Basis.

Ähnlich vielgestaltig stellt sich das Bild der nicht-indianischen konterrevolutionären Gruppen dar. Hierbei sind im wesentlichen zwei, in ihrer politischen Stoßrichtung zu unterscheidenden Gruppen aktiv: zum einen die somozistischen Kräfte wie das Ejercito de Liberación Nacional, ELN (Heer zur Nationalen Befreiung), das schon immer einen harten somozistischen Kurs, auch im Alleingang verfolgte, und die Legion 15. September, welche stärker ist als das ELN und im Bewußtsein, daß sie internationales Ansehen braucht, um zu siegen, nach Bündnispartnern sucht. Zum anderen Gruppen, die teilweise aus ehemaligen Sandinisten bestehen, wie Eden Pastoras Frente Revolucionario Sandinista (Revolutionäre Sandinistische Front). Pastora hat angekündigt, daß er die FRS auflösen wolle "solange die völkermordende Nationalgarde im Norden Nicaraguas als bewaffnete Organisation weiterbesteht".

Mit 50.000 Dollar Zuschuß von argentinischen Militärberatern sollte ein Bündnis zementiert werden, das von Francisco Cardenal, einem prominenten Geschäftsmann, initiiert wurde, der eine führende Rolle in der Opposition des Privatsektors gegenüber Somoza gespielt hatte. Er stellte die Kontakte her zwischen der Legion 15. September, Steadman Fagoth und der UDN/FARN (Unión Democrática Nicaragüense/ Fuerzas Armadas de la Resistencia Nacional = Nicaraguensische Demokratische Union/ Streitkräfte des Nationalen Widerstands). Der Zusammenschluß bekannt unter dem Namen Fuerzas Democráticas Nicaragüenses (Nicaraguensische Demokratische Kräfte) war jedoch nur sehr kurzlebig.

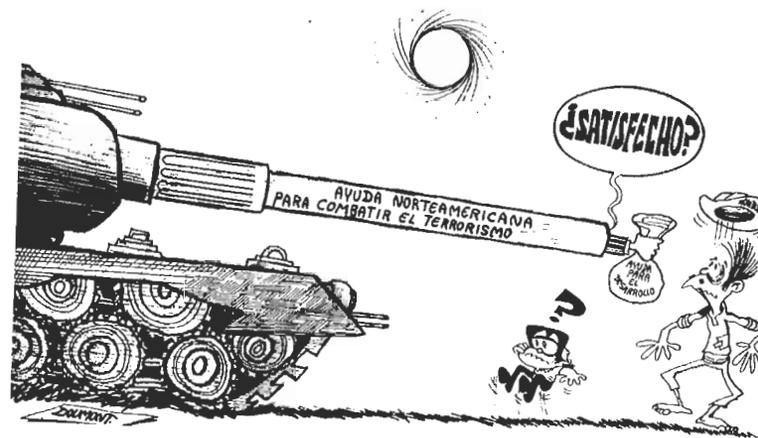
Diese Nachrichten, die die Uneinigkeit der Konterrevolution zeigen, wären nicht so beängstigend, fielen sie nicht mit Meldungen der sandinistischen Regierung zusammen, daß die von hondurenischer Grenze aus operierenden Kräfte nicht mehr einfach mit "Banden" verglichen werden könnten, sondern aufgrund hondurenischer und US-amerikanischer Unterstützung die Stärke einer regulären Armee erreicht hätten.

→ 3. Verschiedenen Berichten zufolge fielen Anfang Juni dieses Jahres 1000 Kontras nach Nord-Zelaya (Nicaragua) ein, die im Juli von weiteren mindestens 1.000 Exil-Nicaraguensern verstärkt wurden. Bei dem Versuch, die Hafenstadt Puerto Cabezas einzunehmen, was auf erbitterten Widerstand der Sandinisten stieß, griff sogar die hondurenische Luftwaffe in die Kämpfe ein. Zur selben Zeit führten die hondurenische Armee und die US-Luftwaffe ein gemeinsames Manöver durch, bei dem der Transport von Truppen und Material in die unzugänglichen Gebiete im Süd-Osten Ostens von Honduras geübt wurde. Nordamerikanische Piloten transportierten 1.000 hondurenische Soldaten von ihren Garnisonen in San Pedro Sula nach Puerto Lempira und anderen in der Nähe der Grenze liegenden Stützpunkten. Ein Sprecher der US-Streitkräfte bestätigte das Manöver, "beruhigte" aber, es habe sich nicht um eine "Kampfabübung" gehandelt.

Mittlerweile scheint es nach neusten Meldungen im hondurenischen Heer selber zu Auseinandersetzungen über Einfluß der USA zu geben. Jedenfalls beschuldigte der hondurenische Oberst Leonidas Torres Arias den Oberbefehlshaber der Streitkräfte und starken Mann hinter den Kulissen, General Gustavo Alvarez, Honduras in

seinem Machtwahn in den Abgrund der inneren Zerstörung zu führen. Er kündigte Beweise für Unregelmäßigkeiten in der Heerespitze und deren Kriegstreiberei an.

Seit Anfang Juni Unbekannte ein Kraftwerk in die Luft jagten und die Hauptstadt für drei Tage keine Elektrizität hatte, ist eine Terroristenhysterie entfacht worden. Praktisch kein Tag vergeht, an dem in den Zeitungen nicht über die Gefahr des Terrorismus, die Beziehungen der sogenannten Terroristen zum Ausland ("los terroristas son extranjeros" = die Terroristen sind Ausländer) oder über Erfolge bei der Bekämpfung der Subversion berichtet.



Nordamerikanische Hilfe zur Terrorismusbekämpfung
Entwicklungshilfe ? Zufrieden?

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die USA in großem Umfang die anti-sandinistischen Kräfte in der Region koordinieren und finanzieren, sowie militärisch ausrüsten und trainieren. Der Angriff auf die sandinistische Revolution umfaßt dabei sowohl die hondurenischen Militärs, als auch die Ex-Nationalgardisten, als auch die unter den Miskitos entstandene anti-sandinistische Opposition. Die Aufwertung von Honduras als Stützpunkt nordamerikanischer Interessen richtet sich logischerweise gleichzeitig gegen die Sandinisten in Nicaragua und gegen die salvadorische Opposition. Hohe Berater von Reagans Ex-Außenminister hatten schon im Frühjahr 81 verkündet, man werde die Aufstandsbewegungen in Mittelamerika nicht zerschlagen können, ohne die sandinistische Revolutionsregierung in Nicaragua zu zerstören.

* LAWR = Latin America Weekly Report

COSTA RICA

Costa Rica, IWF und USA

Die Widersprüche der Unterwerfungspolitik

Weil ihr Land finanziell bankrott ist, begibt sich zum ersten Mal eine Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale, Costa Ricas, PLN, gleichzeitig in die Fangarme des Internationalen Währungsfonds und der US-Regierung. Die wiederum ist zuallererst daran interessiert, aus der ehemaligen "Schweiz Zentralamerikas" eine politische und militärische Bastion gegen die nicaraguanische Revolution zu machen. Massive Verarmung der Bevölkerungsmehrheit, Angst der Unternehmer vor einem regionalen Krieg, der auch ihre Geschäfte bedrohen würde - das sind einige der Spannungen und Widersprüche, mit denen die Politik des neuen Präsidenten Luis Alberto Monge kämpft. Dennoch lassen die Kräfteverhältnisse gegenwärtig nur die Unterwerfung unter die US-Strategie zu, wie die folgende Analyse eines in Costa Rica lebenden lateinamerikanischen Autors zeigt.

Statt 8,60 Colones wie noch Ende 1979 muß der Costaricaner heute 62 Einheiten der nationalen Währung hinblättern, um einen Dollar zu kaufen. Nach dem neuen Wechselkurs sind es die Hälfte seiner Produktionskosten in der Landwirtschaft und 70% in der Industrie, die Costa Rica in US-Devisen zu bezahlen hat. Extreme Abhängigkeit von importierten Vorprodukten und die hohe Einkommenskonzentration bestimmen die internen Auswirkungen der erdrutschartigen Abwertung des costaricanischen Colón: Profitieren von ihr tun nur die großen Agrarexporteure, die jetzt das Mehrfache des früheren Exportwertes in einheimischer Währung kassieren können. Hauptverlierer sind die Arbeitenden - der mit Kaffeebohnen gefüllte Korb eines Pflückers erbrachte 1981 nur noch 11 Colones statt 12 im Vorjahr. Geschädigt sehen sich aber auch die auf den internen Markt angewiesenen Unternehmer in Handel und Industrie, deren Kapital mitten in Rezession und Inflation ständig an realem Wert in Dollar einbüßt. Kapitalflucht, rapide sinkende Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung und schließlich der Quasi-Bankrott des längst überschuldeten Staates vermitteln den Costaricanern heute den Eindruck einer chaotischen Wirtschaftslage und bewirken kollektive Reaktionen wie tiefe Frustration, Apathie, Glauben an Magie und Messianismus.

Was sich ökonomisch als Anpassungsprozeß an die internationalen Bedingungen der Kapitalakkumulation darstellt, hat in einem Land, das praktisch keine Volksbewegung aufzuweisen hat, gravierende politische Folgen. Ein radikaler Rechtsruck erfaßt derzeit alle politischen Kräfte in Costa Rica. Der Sieg des Kandidaten der sozialdemokratischen PLN (Partido de Liberación Nacional) bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Januar ist dabei in erster Linie einer Protestreaktion der Wähler gegen die vorherige Rechtsregierung von Rodrigo Carazo zuzuschreiben. Sie hatte die strukturelle Tendenz der Ökonomie durch eine frivole, korrupte und demagogische Wirtschaftspolitik noch verstärkt. Daß trotz des sozialdemokratischen Wahlsieges eine immer schnellere Rechtsentwicklung der politischen und ideologischen Strukturen eingetreten ist, zeigen die Ereignisse der letzten Monate: explizite Unterwerfung unter den Internationalen Währungsfonds und die US-Regierung, aufgeben der Menschenrechtspolitik gegenüber den Militärregimen, offene Kritik am eigenen System der repräsentativen Demokratie, Friedman'sche Wirtschaftspolitik und lautstarke Angriffe gegen Nicaragua.

Andererseits setzt sich die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der kapitalistischen Akkumulation und im Klassenkampf nicht automatisch und unmittelbar im Regierungsapparat um. Monges Präsidentschaft erscheint als die letzte Chance einer industriellen Bourgeoisie, die einmal versucht hatte, das Land mittels eines vergrößerten regionalen Marktes zu modernisieren. Sie sieht sich heute, mit dem Zerfall des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes, durch die großen Agrarexporteure und ihre Verbündeten geschwächt. Monges Aufgabe im Innern besteht nun darin, den Vormarsch der traditionellen Exportbourgeoisie aufzuhalten und längerfristig wieder ein Gleichgewicht mit den am internen und zentralamerikanischen Markt orientierten Unternehmern herzustellen. Auf die Unterstützung durch eine Volksbewegung oder ihre Organisationen muß er dabei allerdings verzichten. Denn seine ökonomische Anpassung kann nicht anders als durch die Verarmung des Volkes sowie, in geringerem Umfang, durch die Kürzung der Extraprofite der Exporteure (aus dem Währungsverfall) und eine Kontrolle der Kapitalbewegungen erreicht werden. Tatsächlich deuten die ersten Maßnahmen der Regierung Monge auf eine solche Strategie hin: staatliches Devisenmonopol, bis zu 200% Preiserhöhung für die staatlichen Dienstleistungen, Lohnstopps, neue Exportsteuern, ein partieller Schuldenerlaß für die Industrie, subventionierte Kredite für den kleinen und mittleren Bauern - all das garniert mit Warnungen vor einer "kommunistischen Verschwörung", die angeblich die Regierung destabilisieren will.

Natürlich möchte Monge, der laut Verfassung nicht wiedergewählt werden kann, 1986 von einer Regierung seiner eigenen Partei abgelöst werden. Denn ein Wahlsieg der voraussichtlich konkurrierenden neo-liberalen Koalition würde auch die ökonomische Auseinandersetzung vollständig zugunsten der Exportbourgeoisie entscheiden, die dann über eine fast uneingeschränkte politische Macht verfügte. Gewinnen kann Monges PLN jedoch nur mithilfe von populistischen Konzessionen in der letzten Phase vor den Wahlen: Die ökonomische Anpassung müßte sie dazu bereits in der ersten Phase erfolgreich abgeschlossen haben.

Da diese Umverteilung des sozialen Reichtums nicht anders als auf Kosten und durch Unterdrückung der Volksmassen vorstättgehen kann, gesellen sich zum unmittelbaren Konflikt der Kapitalgruppen noch andere, politische Spannungen: Einige entstehen in Kreisen der PLN, die sich durch ihre eigene Mythologie von der "traditionellen sozialen Sensibilität" der Partei verwirren lassen. Andere entstammen den besser organisierten Gruppen des Volkes, die immerhin in der Lage sind, ihren unmittelbaren Interessen Ausdruck zu verleihen - in der Regel die Staatsangestellten, die in den Städten auf die Straße gehen. Schließlich machen sich auch faschistoide Gruppen bemerkbar. Ermuntert von den großen Exporteuren, warten sie auf eine internationale Konfliktsituation, die - so hoffen sie - in Costa Rica den offenen Bruch mit der Wahldemokratie möglich machen wird.

Aus der Gesamtheit dieser Spannungen ergibt sich tatsächlich auf kurze Sicht die Gefahr eines Zusammenbruchs des politischen Systems - und nicht etwa aus einer lokalen oder internationalen "kommunistischen Verschwörung".

Costa Rica: Jüngste US-Bastion gegen Nicaragua

Nicht weniger bedeutend als die ökonomischen Verschiebungen sind für Costa Rica die Auswirkungen, die der Sieg der sandinistischen Revolution auf die mittelamerikanische Region gehabt hat. Der 19. Juli 1979 brachte zunächst einen Aufschwung des bewaffneten Volkskampfes in El Salvador und Guatemala sowie Fortschritte in Richtung auf eine Einheit der Linken in Honduras. Doch dieser Vormarsch wurde schon bald aufgehalten und dann sogar wieder zurückgedrängt durch eine Offensive der nordamerikanischen Regierung auf breiter Front: Boykott und Isolierung Nicaraguas, Wahlen in El Salvador und Honduras, Machtwechsel innerhalb des Militärs in Guatemala, militärische Intervention in Honduras und El Salvador und der Putsch in Panamá. Innerhalb dieser Offensive ist Costa Rica zur Basis für Drohungen,

Anklagen und Erpressungen gegen Nicaragua geworden - eine Rolle, die bis zum Anfordern einer internationalen Interventionstruppe gehen könnte, um den angeblichen "kommunistischen Expansionsdrang" Nicaraguas, wie es in der costaricanischen Presse heißt, aufzuhalten.

Der Hauptgrund für die Unterwerfung der Monge-Regierung unter das State Department liegt allerdings weniger im ideologischen Gegensatz zu den Sandinisten als im finanziellen Bankrott des costaricanischen Staates, dessen internationale Schulden drei Milliarden Dollar übersteigen und seit einem Jahr nicht mehr zurückgezahlt werden können. Nicht zufällig besteht das Gros der Schulden gegenüber nordamerikanischen Banken und Entwicklungsinstitutionen. Gleichzeitig ist das gesamte Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Regierung Costa Ricas - mit dem Ziel, ein neues Gleichgewicht in der Exportwirtschaft zu erreichen - auf neue Kapitalzuflüsse angewiesen. Auf kurze Sicht ergeben sich daraus zwei Aufgaben für die Regierung: über Umschuldung und über neue Kredite zu verhandeln.

Für beides ist das Wohlwollen des IWF und indirekt auch der US-Regierung unumgänglich. Damit wird das interne politische Programm der Regierung Monge extrem empfindlich für den Druck beider Institutionen. Neo-monetaristisch sind die Pressionen im Falle des IWF, militärpolitisch bei der Reagan-Administration. Die Forderungen beider treten ganz offensichtlich in Widerspruch zu dem neuen internen Gleichgewicht, das die PLN-Regierung anstrebt. Einerseits begünstigen die "Empfehlungen" des IWF fast ausschließlich die großen Exporteure, andererseits könnte die Aggressionspolitik gegenüber Nicaragua, die das State Department durchgesetzt hat, einen Krieg in ganz Mittelamerika auslösen, schreckt damit potentielle Investoren ab und heizt eher die Kapitalflucht aus der Region an.

Zur Unterwerfungspolitik unter die USA existieren freilich auch Gegengewichte, wie die Mitgliedschaft der regierenden PLN in der Sozialistischen Internationale - wenn sich auch die Beziehungen zur SI gelockert haben, seit die PLN-Führung eine eindeutig negative Haltung gegenüber der nicaraguanischen Revolution bezogen hat. Ein weiteres Gegengewicht bilden Costa Ricas gute Beziehungen zu Mexiko und Venezuela, die das Land gemeinsam und zu Vorzugsbedingungen mit Erdöl beliefern. Ausbalancieren können diese Faktoren allerdings das dominierende außenpolitische Bündnis mit den USA nicht. Denn ökonomisch wichtiger als sozialdemokratische und Ölländer sind gegenwärtig Kredite und Kapitalinvestitionen aus den USA.

Bei der internen Umsetzung dieser Unterordnung treten wiederum eine Reihe von Widersprüchen und Spannungen auf. Die Ausführung der dazugehörigen aggressiven und sogar plumpen internationalen Politik ist dem neuen Außenminister Fernando Volio, tiefgläubiger Katholik und eingefleischter Antikommunist, zugefallen. Einer der wenigen Politiker, die ehrlich glauben mögen, daß die Vernichtung der nicaraguanischen Revolution ihr göttlicher Auftrag ist. Damit Präsident Monge selbst nicht vollständig mit der nordamerikanischen Politikmaschinerie identifiziert wird und sein Gesicht vor allem gegenüber der internationalen Sozialdemokratie bewahren kann, spielt Volio die Rolle des "Falken", dem die "rebellische" PLN-Jugend oder der "gemäßigte" Innenminister Angel Edmundo Solano gegenüberstehen. So kann Monge als vermittelnder Landesvater präsentiert werden. Daneben existieren aber auch reale Gegensätze mit (eher marginalen) Kreisen inner- und außerhalb der PLN, die aus ideologischen, gefühlsmäßigen oder internationalistischen Gründen die sandinistische Regierung unterstützen. Auf der anderen Seite wiederum treten Spannungen auf mit Gruppen, die zwar die Zerstörung des sandinistischen Nicaragua wünschen, aber aus ökonomischem Eigeninteresse gegen eine Regionalisierung des Krieges sind und deshalb zur Vorsicht in der aggressiven Haltung gegenüber Nicaragua mahnen. Der Druck derjenigen schließlich, die prinzipiell die sandinistische Revolution verteidigen - in erster Linie die Parteien der Linken - ist von ge-

ringem quantitativem Gewicht, denn ein anti-imperialistisches Bewußtsein existiert in Costa Ricas Öffentlichkeit praktisch nicht. Solche Positionen werden von der Regierung und Massenmedien ständig als Verrat am Vaterland oder Fünfte Kolonne des Komplotts, das von Managua und Havanna gegen Costa Rica ausgeheckt werde, abqualifiziert. In jedem Fall lassen die lokalen und regionalen Kräfteverhältnisse eine starke Opposition gegen die aggressive Außenpolitik der Monge-Regierung gegenwärtig nicht zu.



Costa Ricas Präsident
seit Mai 1982:
Luis Alberto Monge

Ihr bleibt, eingezwängt von internen und externen Pressionen, nur die verhängnisvolle Wahl, auf eine schnelle Lösung des "nicaraguanischen Problems" zu drängen. Danach müßte Nicaragua so rasch "zur Demokratie zurückkehren", daß sich der Konflikt nicht in einen mittelamerikanischen Krieg ausweiten kann. Scheint es zweifelhaft, daß die objektiven Bedingungen die Erfüllung dieses Monge-Wunsches ermöglichen, so erlaubt ihm doch die aufgeputschte Stimmung gegen Nicaragua zweierlei: eine Stärkung des repressiven Apparates - die Umwandlung der Zivilgarde in ein regelrechtes Heer mit einem Generalstab ist nur noch eine Frage der Zeit - und die Marginalisierung und Ächtung von Ideologien, die sich dem rechten Konsens nicht beugen wollen. Offiziell wurde jetzt "der Marxismus" - was immer das in der Interpretation der Regierung bedeuten mag - aus den Klassenzimmern der Oberschulen verbannt, während die Parteien der parlamentarischen Linken mit einer in Costa Rica bislang unbekanntem Dreistigkeit als "anti-patriotisch" und "aufrührerisch" gebrandmarkt werden.



PANAMA

Der Staatsstreich der Guardia Nacional. Das Ende des »Torrijismo«?

Der Regierungswechsel in Panama vom 30. Juli war, wenn er auch verfassungsgemäß abrollte, ein militärischer Staatsstreich. Der 1978 vom Parlament gewählte Präsident Aristides Royo mußte seinen Rücktritt erklären und übergab sein Amt dem bisherigen Vizepräsidenten Ricardo de la Espriella. Royo, ein Mann des schon legendären, am 31. Juli vorigen Jahres durch einen bis heute ungeklärten Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen, populistischen Generals Omar Torrijos - der die ganzen siebziger Jahre Panamas durch seine soziale Reformpolitik und gegenüber den USA unabhängige Außenpolitik bestimmt hatte - sagte, eine Infektion seiner Stimmbänder zwingt ihn zum Rücktritt. Dies war aber nicht mehr als seine ohnmächtige Protesterklärung, nicht einmal am ersten Todestag Torrijos' - mehr als 200.000 Menschen waren auf Panamas Straßen - noch einmal reden zu können. Zeichen aber auch für seine Isolierung in der Clique der politischen Führung des mit zwei Millionen Einwohnern in dem über 1.500 km langgezogenen Kleinstaat zwischen Karibik, Süd- und Mittelamerika. Denn die "wirkliche Macht", so der seit März diesen Jahres kommandierende General der knapp 10.000 Mann starken militarisierten Polizei Guardia Nacional, Ruben Paredes, wird von eben diesen Militärs ausgeübt. Ein Regieren gegen sie, die den wachsenden Druck der nationalen Bourgeoisie, Torrijos' Sozialreformen wieder rückgängig zu machen, weitergaben, war für Royo nicht länger möglich. Paredes war es, der in einer Rundfunk- und Fernsehklärung die Ablösung Royos, die Entlassung aller Botschafter und der direkt gewählten Bürgermeister, Verhaftungen wegen Korruptionsverdacht, sowie ein Verbot aller Zeitungen für eine Woche verfügte - eine deutliche Drohung mit der Verfüzung eines Ausnahmezustands. Er ist im Moment derstarke Mann, der hinter dem öffentlich bisher kaum hervorgetretenen neuen Präsidenten de la Espriella, ein in den USA ausgebildeter Ökonom, steht.

Seit dem Tod von Torrijos gab es in Panama ein politisches Machtvakuum, das Nachfolgekämpfe, die allerdings nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wurden, auslöste. Sie wurden vor allem innerhalb der (wechselseitig voneinander abhängigen) Torrijos-Partei PRD (Partido Revolucionario Democrático) und dem Militär geführt. So erklärte sich der PRD, wie mit ihm die gesamte zahlenmäßig bedeutende, jedoch zersplitterte rechte und die eher marginale linke Opposition, vorsichtig gegen das Presseverbot.

"Der Moment der großen Entscheidung steht bevor! Die Welt dreht sich heute um zwei Pole: die traditionelle Demokratie und von den USA angeführte offene Marktwirtschaft und die kommunistische Welt. Wir sind keine Feinde von Rußland, aber wir wollen sie nicht mit uns herumspielen lassen." Dieser ehrliche Antikommunismus von General Paredes bei seiner Antrittsrede läßt eine nicht nur außenpolitische Rechtsentwicklung Panamas erwarten und wird vor allem innerhalb der nationalistischen PRD, die einen starken linken Flügel hat, umstritten sein. Noch kann Paredes Teile der in Parteien organisierten Linken (weniger die relativ unabhängige Gewerkschaftsbewegung) integrieren: Einen Kommunisten der kleinen orthodoxen KP etwa hat er in sein Kabinett als Wohnungsbauminister aufgenommen und auch Susana de Torrijós, die Witwe des "Revolutionsführers", konnte er als Erziehungsministerin wiedergewinnen. Eben die Frau, die von der Linken für die noch von Torrijos angekündigten ersten direkten Präsidentschaftswahlen (seit seinem Putsch 1968) ins Gespräch gebracht worden war - als Gegen-

kandidatin zu dem Mann des Militärs: General Paredes. Ob es ihm allerdings gelingen wird, auch nach seiner für den 11. September vorgesehenen turnusmäßigen Ablösung als Kommandeur der Guardia Nacional, seinen erwarteten Nachfolger und Gegenspieler (über den praktisch nichts bekannt ist) Oberst Manuel A. Noriega zu kontrollieren, ist nicht sicher. Ebenso wie de la Espriella gehören beide zur Rechten innerhalb des "Torrijismus", während Royo zur Linken zählt.

Das Erbe von Torrijos, der für Lateinamerika eine weitgehende Durchsetzung kapitalistischer Sozialreformen mit einem nationalistischen Programm versuchte, steht auf dem Spiel: Panama hat nur 20 % Analphabeten, 80 % aller Jugendlichen haben Zugang zu weiterführenden Schulen, die Lebenserwartung im multiethnischen Panama (Nachfahren der Spanier dominieren jedoch die indianische und afroamerikanische Bevölkerung) beträgt 70 Jahre. Allerdings gab es 1981 eine schon 15 %ige Inflation - bei fast gleichbleibenden Löhnen. Und schon ein Drittel aller Jugendlichen wird nach der Schule arbeitslos.

Mit der beginnenden Ausbeutung von Kupfer im Tagebau im Cerro Colorado, mitten im Gebiet der Guaymí Indianer, der Erdölsuche im Darién, auf dem Land der Emberá, mit der Erdölpipeline von der Karibik in den Pazifik und Plänen für einen zweiten, schleusenfreien Panama-Kanal, sowie dem internationalen Finanzzentrum in Panama-Stadt und den Militärstützpunkten seiner Marines in der Kanalzone (die immerhin ein Drittel des panamesischen Staatshaushalts finanziert) sind die USA Klient und Verkäufer der Interessen Panamas zugleich. Welche Rolle schließlich die Reagan-Administration bei diesem Staatsstreich spielte, ist nicht bekannt geworden. Eigenartigerweise nur wurde Royo gerade zu dem Zeitpunkt abgesetzt, als er in Caracas eine amerikanische Außenministerkonferenz über die Folgen des Krieges zwischen Argentinien und Großbritannien vorbereitete: mit einer Einladung des kubanischen und einer Ausladung des US-amerikanischen Außenministers, wegen der pro-britischen Haltung der US-Regierung im Falkland-Krieg.

Quellen: FAZ, LARM, LAWR, El País.

NICARAGUA

Warum ist die Banane krumm?

"Heute im Angebot, Bananen das Kilo für 1,93 DM", so schallt es aus den Lautsprechern der Supermärkte. Was zum Segen unseres Frühstücks - vor allem zur Bereicherung des Müslis - gehört, war und ist für die nicaraguanischen Campesinos noch nie ein Segen sondern härteste Arbeit.

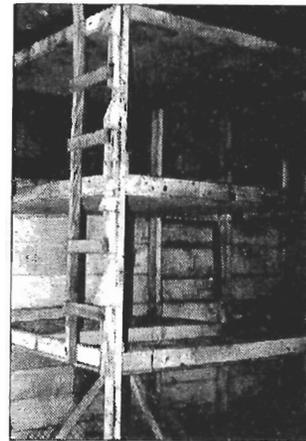
Die Bananenexportproduktion Nicaraguas erbrachte im letzten Jahr Deviseneinnahmen von 21 Mio US-\$, die ... für 144 500 Tonnen Bananen bezahlt wurden. Neben Zucker sind die Bananen das einzige weitere Exportprodukt des Landes, das 1981 auf dem Weltmarkt einen deutlichen Preisanstieg zu verzeichnen hatte. Bei einer 25 prozentigen Produktionssteigerung und einer erheblichen Qualitätsverbesserung gegenüber dem Vorjahr stiegen die Einnahmen um fast 150 %. Dennoch verlautete in Nicaragua von offizieller Seite, die Bananenproduktion sei ein Zuschußgeschäft. Wie ist das zu erklären? Dazu zunächst ein historischer Rückblick:



Kleine Sozialgeschichte der Banane

Die Bananen kamen während des Baumwollbooms in den 50er Jahren nach Nicaragua; Hauptanbaugbiet ist der Norden in der Tiefebene am Pazifik in Chinandega.

Die rücksichtslosen Landkäufe der vorwiegend US-amerikanischen Gesellschaften waren die Grundlage für die Schaffung riesiger Baumwoll- und Bananen-Monokulturen. Die hier lebenden Campesinos wurden größtenteils von ihren fruchtbaren Äckern vertrieben. Sie konnten sich aus dem verstepten Regenwald in den Bergen ein Stück Acker schlagen, doch die kargen Böden gaben nicht genug her, um das Überleben der meisten der dort ansässigen Campesinos zu ermöglichen. Sonst gäbe es ja auch keinen Grund, alljährlich hinab ins Tiefland auf die riesigen Haciendas zur Ernte zu gehen, um ein paar lumpige Cordobas bei der Erntearbeit zu verdienen.



Die ehemals US-amerikanische Gesellschaft hat am Rand einer großen Bananenplantage eine kleine Hüttenstadt errichtet, in der die Saisonarbeiter samt ihren Familien einziehen, wenn die Bananen geerntet werden. In den Hütten sind links und rechts je ein Holzgestell - besser gesagt Regale - mit drei Etagen in 20cm, 90 cm und 1,60 m Höhe angebracht, eingeteilt in Fächer der Größe 1,80 m auf 1,80 m. Dies ist der Schlafplatz für je zwei Arbeiter. Wenn die Ernte gut ist und mehr Arbeitskräfte gebraucht werden, müssen sich drei Arbeiter diese Fläche teilen. Vorn und hinten ist 1 m Platz über die ganze Breite der Hütte. Je nach Arbeitskräftebedarf leben in einer Hütte 60 - 90 Menschen. Die ganze Anlage unterscheidet sich von den Hütten im KZ Birkenau, die ich vor einigen Jahren in Polen sah, lediglich dadurch, daß in den KZ-Behausungen in der Mitte ein Tisch mit Hockern stand; aber selbst das hielten und halten US-Bananengesellschaften nicht für nötig. Warum auch? Wenn morgens die Sonne aufgeht, ziehen die Arbeiter in langen Reihen hinaus auf die Felder, Alte, Junge, Frauen, Kinder, alle arbeiten mit. Hier darf keine Hand fehlen, um den kargen Lohn der Campesinofamilien ein wenig zu steigern. Geregelt Arbeitszeit war hier bis zur Revolution ein Fremdwort; es wurde bis zum Sonnenuntergang gearbeitet. Seit der Revolution beträgt die Arbeitszeit - wie überall in Nicaragua - 48 Stunden in der Woche, Überstunden werden auch entsprechend übertariflich bezahlt.

Alles, was wir an sanitären Anlagen vorfanden, von der Latrine bis hin zur einfachen Dusche, ist auch erst ein Produkt der Gesundheitskampagne des neuen Nicaragua, die der Alfabetisierungskampagne 1980 folgte.

Bohnen und Reis bilden hier die Ernährungsgrundlage für die Campesinos; für Gemüseanbau war der gute, fruchtbare Boden zu schade. Daß auch heute noch wenig Gemüse zur Bereicherung der Mahlzeiten angebaut wird, liegt wohl mehr an der zur kulturellen Norm gewordenen Armut, als daran, daß immer noch keine Äcker dafür bereitstünden.

Der Widerstand der Campesinos

Doch diese Ausgeburt des Kapitalismus brachte nicht nur Profit für die STANDARD FRUIT und Elend für die Campesinos. Bereits Anfang der 70er Jahre entstanden hier die ersten Bauernkomitees, die die geringen Landnahmen der großen Konzerne mit Landbesetzungen beantworteten. Legale Aktionsmöglichkeiten haben diese Komitees nie gehabt, und so war der Weg zu den sich herausbildenden Zellen des bewaffneten Widerstands nicht weit.

Dieses Bewußtsein setzte sich Mitte der 70er Jahre unter den Campesinos mehr und mehr durch; Schritt um Schritt wurden heimlich die Verbindungen zu der vornehmlich in den Bergen operierenden FSLN geknüpft. Von der organisierten Kraft dieser Bewegung erfuhr die Diktatur Anastasio Somozas nur, wenn es zu Aktionen, zu Besetzungen, Streiks oder Manifestationen kam.

Um diese aufkommende Bewegung im Keim zu ersticken, schickte Somoza seine Nationalgarde und ließ im Jahr 1976 allein im Gebiet Leon / Chinandega 3 600 Bauern ermorden, um - wie es hieß - der FSLN die Basis zu entziehen. Da die Repression mehr oder weniger ungezielt verlief, wurden die Strukturen der Opposition von diesem blindwütigen Abschlichten jedoch nicht zerstört. Die Kader schwammen wie Fische im Wasser oder zogen sich in die Berge zurück.

Diese brutale Repression förderte die Einsicht in die Notwendigkeit, in die Unausweichlichkeit des bewaffneten Kampfes, des Aufstandes. Die ATC (Landarbeitergewerkschaft) wurde bereits vor dem Triumph am 19. Juli 1979 aufgebaut; so ist es nicht verwunderlich, daß die ATC - Chinandega mit ihren heute 6 000 Mitgliedern zu den kämpferischsten Bastionen der Revolution zählt.

Soziale Verbesserungen der Revolution

Die uneingeschränkte politische Arbeitsmöglichkeit der ATC ist nur eine Errungenschaft der Revolution, die - mit der Waffe erkämpft - heute über die poder popular (Volksmacht) der Bauernmilizen abgesichert und verteidigt wird.

Doch auch die poder popular hat ihre Grenzen, die die ATC sehr bald zu spüren bekam, als die Campesinos den Scheck eines besseren Lebens, den die muchachos der FSLN damals ausgestellt haben, bei der heutigen Regierung einlösen wollten. Der Handlungsspielraum einer revolutionären Regierung in einem abhängigen Land ist knapp, wie sich bald an Hand der Verhandlungen mit der STANDARD FRUIT zeigte.

Die Bananenplantagen des Konzerns wurden einer Gesellschaft übergeben, die zu 20% vom nicaraguanischen Staat und zu 80% von der STANDARD FRUIT beherrscht wird. Dem Abkommen von 1981 zufolge soll die vollständige Übergabe in nicaraguanischen Besitz 1986 erfolgen, wobei der Außenhandel in Nicaragua bereits seit 1979 in den Händen des Staates liegt.

Für die Campesinos änderte sich vieles nach der Revolution: statt einer Lohnerhöhung verkündete die Revolutionsregierung den "sozialen Lohn". Für die Campesinos in Chinandega bedeutet "sozialer Lohn" Alfabetisierung, Gesundheitskampagne mit einer Hygienekampagne, geregelte Arbeitszeit, festgesetzte und subventionierte Preise für Grundnahrungsmittel.

Weiterhin forderten die Campesinos neue Wohnungen für die festangestellten Arbeiter und neue Unterkünfte für die Saisonarbeiter. Dies wurde nach der Revolution zunächst zugesagt, dann aber wegen der Streichung der US-Kredite durch die Reaganadministration Anfang 1981 aufgeschoben. Wie sollte man dieses Programm finanzieren, fragte man in Managua. Nach einer Manifestation in Managua setzten die Bananenarbeiter schließlich doch ihr Wohnungsprogramm durch, lösten ihren sozialen Lohn erneut ein.

Die ATC organisierte unter den Campesinos Baubrigaden, das Material wird gestellt. Beim Bau helfen alle mit; sie sind die Architekten und Bauherren ihrer eigenen besseren Zukunft.



Der Konflikt mit der STANDARD FRUIT

Die 1981 auf dem Weltmarkt kräftig angestiegenen Bananenpreise ließen dieses Programm finanzierbar erscheinen, was die Campesinos in ihren Forderungen bestärkte... doch die Verhandlungen mit der STANDARD FRUIT gerieten schnell in eine Sackgasse. Die STANDARD FRUIT zahlt 2,60 US-\$ pro bushel (ca. 18-20kg) statt der von den Nicaraguanern geforderten 3,50 US-\$; die STANDARD FRUIT blieb bisher in dieser Auseinandersetzung hart. Zu einer Konfrontation kam es im Januar, als die STANDARD FRUIT drohte, zwei Schiffe mit nicaraguanischen Bananen, die in New Orleans lagen, nicht zu entladen; die Nicaraguaner sollten auf ihrem Produkt sitzen bleiben, wenn sie nicht bereit waren, den Preis von 2,60 US-\$ zu akzeptieren.

Die Nicaragua-Solidaritäts-Komitees in den USA entluden kurzerhand die Schiffe und verkauften die Bananen für 5 US-\$ das bushel an eine Supermarktkette, die diese dann für ca. 8 US-\$ weiterverkaufte. (STANDARD FRUIT verkauft für ca. 4 US-\$ an den Handel, der dann beim Endverbraucher ca. 12 US-\$ pro bushel erzielt.)

Diese Aktion brachte zwar kurzfristig gutes Geld in die Kassen, doch eine langfristige Lösung ist nicht in Sicht. Die in Nicaragua errechneten Selbstkosten der Bananenproduktion - unter Einbeziehung der Kosten für den "sozialen Lohn" - liegen bei 3,25 US-\$.

Die ATC der Bananenarbeiter wollte nach den gescheiterten Verhandlungen sofort enteignen, doch das hätte nur noch mehr Probleme gebracht: Die Techniker aus den USA, die in den nächsten 5 Jahren Nicaraguaner für die Leitung der Bananenproduktion ausbilden sollen - was bisher nur unbefriedigend geschieht - würden dann sofort gehen, und die Produktion würde völlig zusammenbrechen. Mal ganz abgesehen davon, daß dann die STANDARD FRUIT als Verteiler in den USA wohl keine Bananen aus Nicaragua mehr kaufen würde.

Exportieren in andere Länder? Bei der Monopolstellung der US-Gesellschaften blieben nur die Ostblockländer, deren leere Devisenkassen keine Bananenkäufe aus Nicaragua erlauben. Trübe Aussichten für nicaraguanische Bananen. Die Revolution stößt dort an ihre Grenzen, wo die Abhängigkeit von den US-Monopolen beginnt. Man wehrt sich zwar gegen diese ungerechte Umverteilung durch den Imperialismus, aber ändern können die Sandinisten daran alleine nichts. So überlegt man in Nicaragua, ob man unter diesen Bedingungen nicht die Bananenproduktion aufgibt und Grundnahrungsmittel anbaut... bei dem derzeitigen Loch in der Devisenbilanz ist dieser Plan doch wohl eher als Drohung in den Verhandlungen mit der STANDARD FRUIT zu sehen. Die wiederum läßt sich davon wenig beeindruckt, wie ihre harte Position in den Preisverhandlungen zeigt.

Noch eine Schlußfolgerung: Seit ca. einem Jahr gibt es eine verschärfte Qualitätsanforderung an Bananen, wonach die Dicke und Länge der Bananen in einem wohlproportionierten Verhältnis stehen müssen. Das führt dazu, daß ca. 60% der nicaraguanischen Bananen im Lande bleiben müssen, oder als minderwertige Produkte zu niedrigen Preisen verschleudert werden. Das ist übrigens der Grund dafür, daß es in Nicaragua auf den Märkten nur kurze dicke oder dünne lange Bananen gibt.

Solche unproportionierten Produkte der Natur sind der zivilisierten Welt in den Supermärkten der USA wohl kaum zuzumuten... und warum eigentlich verlangen US-amerikanische Bananengesellschaften gerade Bananen anstelle der krummen, die die Natur zu bieten hat?

Nicaragua: Humanitäre Hilfe ist politische Hilfe

Es hat viel zu lange gedauert, bis wir begriffen hatten, welchen Umfang an Zerstörungen die massenhaften Regenfälle vom 20. bis 30. Mai in Nicaragua angerichtet haben. Zu lange haben wir auch die politischen Auswirkungen der Natur-Katastrophe auf die Revolution unterschätzt.

Nach neuesten Angaben belaufen sich die Schäden auf 370 Mio US-Dollar, das sind weit mehr als die Hälfte des jährlichen Exportvolumens. Insbesondere im Bezirk Chinandega, in dem die landwirtschaftlichen Exportprodukte erwirtschaftet werden, aus denen Nicaragua seine Devisen bezieht und seinen Schuldendienst bezahlt, sind die Zerstörungen besonders groß. 60 % der Maisernte sind kaputt. 90 % der Baumwollsaat wurde zerstört, konnte aber zum größten Teil wieder neu ausgesät werden.

Aber nackter und kälter als jede Zahl dies ausdrücken kann, sind die Existenzbedingungen der Menschen selbst. Mitglieder der Solidaritätsbewegung, die das Unwetter in Nicaragua erlebten, berichten von ihren Eindrücken.

"Doña Olympia brachte uns zu dem Uferstreifen, der am stärksten betroffen ist. Einzelne Holzpfähle zeigten an, wo mal eine Hütte stand, ein Steinofen läßt auf eine frühere Küche schließen. Umgeknickte Palmen und Bananenstauden rahmen das makabre Bild ein. Aus dem Abflußkanal stinkt es nach Seife und Fäkalien. Im Wasser plantschen Hunde und Kinder. Von 6.000 Bewohnern dieses Barrios waren 80 Familien bereits evakuiert. Trotzdem herrscht reger Betrieb. Doña Chilo, Mutter von 7 Kindern, die Älteste 13 Jahre alt, das Jüngste 9 Monate, war am Wäschewaschen. Die Familie war bereits evakuiert worden, sie kamen aber nochmal zurück, um alle verwertbaren Bauteile des Hauses mitzunehmen. 'Eine Wellblechplatte kostet ca. 300 Cordobas und ein längeres Holzbrett ca. 100 Cordobas und das mit einem Wochenlohn meines Mannes von 300 Cordobas. Er hilft in einer Privatfirma Lastwagen zu beladen. Nächste Woche wird er keinen Lohn bekommen, weil er diese Woche nicht arbeiten kann. Dann haben wir nichts mehr, nicht mal die Seife, um unser bißchen Wäsche zu waschen. Wir sind auf die Hilfe der Regierung angewiesen'."

Die Regierung hat aber selbst nur begrenzte Mittel zu Verfügung. Der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Befreiungskrieg hatte sich angesichts von Investitionsboykott und Kapitalflucht der Unternehmer, sich verschlechternden Terms of Trade und niedriger Produktivität schwieriger herausgestellt als zunächst erwartet.

Die dunklen Wolken, die sich nach 3 Jahren Revolution über Nicaragua aufgetürmt haben, können sich mit den 10 Tage andauernden Regengüssen zu einem politischen Unwetter entladen, das bedrohliche Ausmaße für die Sandinisten annimmt. Denn für den Mangel an Lebensmitteln, für die hohe Inflations- und Arbeitslosenrate wird die Frente Sandinista verantwortlich gemacht. Auch, wenn die Ursachen woanders als in einer schlechten Wirtschaftspolitik zu suchen sind. Die Revolution wird eben daran gemessen, was sie den Leuten an materiellen Verbesserungen bringt.

Ein wichtiger Erfolg der Revolution, die festgesetzten, niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel, geraten mit dem plötzlich durch das Unwetter aufgetretenen Mangel gefährlich ins Wanken. Durch die Knappheit fühlen sich sofort die Spekulanten aller Art auf den Plan gerufen.

Die größte Gefahr droht der Revolution von außen. Es ist kein Zufall, daß ausgerechnet nach den wirtschaftlichen Zerstörungen die militärischen Überfälle auf Nicaragua ein bisher nicht gekanntes Ausmaß annehmen.

Am 4. Juli wurde durch den Angriff von ca. 600 Konterrevolutionären auf die Hafenstadt Puerto Cabezas eine Kette von kriegerischen Angriffen auf Nicaragua eingeleitet. Bis heute dauern die Auseinandersetzungen an. Die konterrevolutionären Truppen operieren in quasi regulären Einheiten von hondurenischem Gebiet aus, sind mit modernen Waffen und schwerer Artillerie ausgerüstet. Zwar konnten die Sandinisten diesen Angriffen bisher stand halten, aber die aufgezwungenen Verteidigungsanstrengungen gehen zu Lasten der Beseitigung von Schäden durch das Unwetter, gehen zu Lasten des Aufbaus einer stabilen Wirtschaft, die die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen kann.

Letzteres mit allen Mitteln zu verhindern, das ist eines der Ziele der Interventionspolitik der USA in Mittelamerika. Die Linie dafür wurde schon 1980 von US - Instituten wie die Heritage-Stiftung und das Komitee von Santa Fe entwickelt, die den US-Präsidenten beraten. Dort heißt es u.a., die "Unterstützung des Volkes für den Sturz der sandinistischen Regierung kann in dem Maße wachsen, in dem sich die ökonomischen Probleme entwickeln... Es wird aber nicht möglich sein, die gegenwärtige Regierung anders zu verdrängen als durch die militärische Aktion."

Vor einigen Monaten hat die Reagan - Administration nach Angaben der Washington Post 19 Mio US-Dollar für Untergrundaktionen in Nicaragua zur Verfügung gestellt.

Ende Juli führten hondurensische und US-Militärs gemeinsame "Manöver" in der Nähe des nicaraguanischen Grenzgebietes durch.

- Der Ring um Nicaragua wird in jeder Hinsicht enger gezogen.

In dieser Situation ist es umso bedeutsamer, die Revolution politisch, moralisch und materiell nicht zu isolieren.

Wir rufen darum zu einer Spenden-Aktion auf, die hilft, das größte Elend der Unwetter-Katastrophe zu lindern und die Revolution zu verteidigen.

Spendenkonto:

medico international, Stadtparkasse Frankfurt Kto.Nr. 1800
Stichwort Unwetterkatastrophe Nicaragua

Informationsbüro Nicaragua e.V., Stadtparkasse Wuppertal, Nr. 976 738
Stichwort Unwetterkatastrophe Nicaragua

Nicaragua-Komitee Hamburg

Nicaragua-Komitee Berlin

Der Aufruf der FDCL-Frauengruppe, für das von der Unwetterkatastrophe in Nicaragua total zerstörte Frauenprojekt in Corinto zu spenden, war ein großer Erfolg. Bisher gingen ca. DM 5.200,- auf das Konto des FDCL ein.

Wir möchten allen Spendern im Namen der Frauen in Corinto recht herzlich danken.

Die Geldspenden wurden durch eine zuverlässige Kontaktperson nach Corinto mitgegeben. Die Kleiderspenden gingen über medico international per Schiff nach Nicaragua.

Wer jetzt noch Spenden will kann dies gerne tun und zwar auf das Konto des FDCL beim Postscheckamt Berlin-West, Nr. 176966-104 unter dem Stichwort "Nicaragua".

Höhenflug und Bauchlandung

Was sich anfangs wie die turnusmäßige Abwertung zum Ende der Legislaturperiode Lopez Portillos ausmachte, um dem Nachfolger de la Madrid günstigere Startbedingungen zu hinterlassen, wuchs in atemberaubender Geschwindigkeit an die Grenzen des Staatsbankrotts. Das erfolgreiche "Schwellenland" wurde mit über 80 Milliarden Dollar, das entspricht annähernd dem gesamten Haushalt des Landes für 1981, zum höchstverschuldeten Land der Welt.

Ende August bat der mexikanische Finanzminister Jesús Silva Herzog in der New Yorker Federal Reserve Bank die versammelten Vertreter von 115 Banken aus den USA, Kanada, Westeuropa und Japan um eine "Atempause" durch einen weiteren Kredit von 1 Milliarde Dollar und um Aufschub der fälligen Rückzahlung von 10 Milliarden Dollar um 90 Tage. Trotz aller Skepsis, ob diese Maßnahmen ausreichen würden, um Mexikos Wirtschaft vor dem Kollaps zu bewahren, willigten die Bankiers ein - sie hatten keine Wahl: eine mexikanische Pleite würde für die kränkelnden Wirtschaften der Industrieländer einem zusätzlichen Aderlaß gleichkommen.

Mexikos Ökonomen verbreiten zwangsläufig Zweckoptimismus: "Dies ist lediglich eine Finanzkrise, keine Wirtschaftskrise. Unser Produktionsapparat bleibt intakt. Es fehlt lediglich Vertrauen - und das kann wiedergewonnen werden." Laut Newsweek vom 30.8. eine entschiedener problematische Einschätzung, denn selbst wenn Mexiko kurzfristig die finanziellen Probleme in den Griff bekommen sollte, so wird es doch einen hohen Preis bezahlen müssen, um von den internationalen Banken die Absolution zu erhalten. Der Internationale Währungsfond (IWF) wird neue Kredite nur mit hohen Auflagen vergeben, wie die Reduzierung der Subventionen für Lebensmittel, Benzin und Transport, die Einschränkung öffentlicher (Bau-)Vorhaben und die Durchsetzung weiterer Austeritätsmaßnahmen zur Verringerung der öffentlichen Ausgaben (1976 betrug die Subventionen 5%, 1980 bereits 16 % des mexikanischen Bruttosozialprodukts !).

Dollars und Illusionen

Nachdem Mitte der 70er Jahre die riesigen Erdölvorkommen Mexikos entdeckt worden waren, wurde zunächst eine gemäßigte Exportpolitik als "Hebel der Entwicklung" angestrebt, um eine "Iranisierung" bzw. "Venezolanisierung" der Wirtschaft zu vermeiden. Als jedoch 1980 die Erdölpreise stark anzogen, erlag die Regierung der Verführung und erhöhte weiterhin die Erdölexporte (1978 = 29%; 1979 = 43%; 1980 = 60% der Gesamtexporte). Mit den Mehreinnahmen sollte ein massives Modernisierungsprogramm finanziert werden: Stahlwerke, petrochemische Großanlagen, mehrere Industriehäfen sowie eine Palette sozialer Programme zur Linderung der extremsten Armut. Das ganze wurde mit internationalen Krediten vorfinanziert, 1980 wurden allein 10 Milliarden Dollar aufgenommen - für die Banken angesichts der weltweiten Rezession und der hohen Zinsen ein willkommener Kunde, der mit seiner inneren Stabilität, seinem jährlichem Wachstum von durchschnittlich 8% und den unermeßlichen Erdölvorkommen kreditwürdig erschien.

Die Wende bahnte sich an, als bereits 1981 statt der erwarteten 27 Milliarden Dollar lediglich 14 Milliarden Dollar mit den Erdölexporten eingenommen wurden. Die bereits anlaufenden o.g. Industrialisierungsmaßnahmen mußten mit weiteren Krediten finanziert werden und zudem wurde der Staatshaushalt durch die Fülle struktureller Mängel belastet, die durch den Erdölboom lediglich kaschiert worden waren.

- Der Rückgang der industriellen Produktion durch einen allgemeinen Investitionsrückgang bei zunehmender Kapitalkonzentration. Die Kapitalkonzentration bewirkte einen Kaufkraftschwund, einen Rückgang der Nachfrage und eine zunehmend niedrigere Auslastung der bestehenden Kapazitäten. Der rückläufige Absatz wurde mit inflationsfördernden Preissteigerungen aufgefangen, die ihrerseits Nachfragehemmend wirkten.
- Die Stagnation eines landwirtschaftlichen Sektors, deren verarmte Minifundien immer weniger in der Lage waren, das Land mit Grundnahrungsmitteln zu versorgen, während einige moderne Großbetriebe sich im lukrativen Exportgeschäft gesundstießen.
- Einer Tourismusindustrie, die einmal zu den großen Devisenquellen des Landes gehört hatte, die aber erhebliche Einbußen erleiden mußte, als durch die hohe Inflation des Landes die ursprünglichen Preisvorteile für Ausländer allmählich abgebaut worden waren und außerdem der schlechte Service immer mehr Touristen abschreckte. In einer Zeit, in der die Wirtschaftskrise die Anzahl der Touristen aus den Industrieländern schrumpfen ließ, baute der mexikanische Staat ausgerechnet Luxushotels und Ferienanlagen wie Cancún, die heute vor dem Bankrott stehen. In den letzten Jahren verführte der starke Peso immer mehr Mexikaner zu Einkaufsfahrten in die USA und zum Ferntourismus, so daß sie 1981 mehr Devisen außer Landes brachten, als das Land am Tourismus eingenommen hatte.
- Einem Steuersystem, das die Großverdiener nur geringfügig belastet, um einerseits die lokale Bourgeoisie nicht zu verprellen und um andererseits ausländische Investoren anzulocken. Daneben sorgt ein breitgefächertes Katalog von Subventionsmaßnahmen für die Kostensenkung der allgemeinen Produktionsbedingungen. Durch diese "Sozialisierung der Unkosten" konnte über lange Zeit die Ineffizienz der Privatwirtschaft kaschiert werden, die trotz geringer Auslastung und mangelhafter Produktivität auf ihre Kosten kam.
- Einer legendären Korruption, die zwar in den Wirtschaftsstatistiken nicht als ökonomische Determinante auftaucht, die aber entscheidend zu der latenten wirtschaftlichen Misere beigetragen haben dürfte. Allzu viele Mandatsträger und Funktionäre begreifen ihre Arbeit als die Chance, sich in kürzester Zeit gesundzustoßen. Davon zeugen die immensen Besitztümer der ehemaligen Politiker. So war z.B. die Geschäftspolitik von PEMEX nie frei von dem Verdacht zwielichtiger Machenschaften - Heberto Castillo wies nach, daß ca. 25 % der mexikanischen Erdölproduktion in dunklen Kanälen einfach verschwindet ! Die ersten Zulieferfirmen von Produktionsmitteln für PEMEX stehen in den USA wegen des Verdachts der Bestechung bereits vor Gericht. Die haarsträubende Korruptionspraxis, die auf allen Ebenen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens präsent ist, trägt in erheblichem Maße zur Kapitalkonzentration, Kapitalflucht und zur Steigerung der Inflationsrate bei.

Die Inflationsrate des Peso bewegte sich in den letzten Jahren zwischen 20 und 35 % und lag damit weit über der staatlich reglementierten Anpassungsrate (ca. 1 %) an den Dollar. Zur Überbewertung des Peso trugen außerdem bei: das zunehmende Ungleichgewicht zwi-

schen den internen und externen Preisen, die negative Außenhandelsbilanz und die öffentliche und private Verschuldung. Die Inflationsschere mit den USA beflügelte den Abfluß von Devisen. Neben der Kapitalflucht ins Ausland machten immer mehr Mexikaner von der Möglichkeit Gebrauch, in Mexiko Dollarkonten zu eröffnen. Anfang dieses Jahres liefen bereits die Hälfte aller Einlagen auf Dollarbasis.

Anfang dieses Jahres konnte der künstliche Peso nicht länger gehalten werden. Am 17. Februar erfolgte die Freigabe des Wechselkurses, und der Dollar sackte von 26,5 Pesos zunächst auf 38 Pesos ab. In den nächsten Monaten bis Ende Juli erfolgte eine kontinuierliche Abwertung bis nahe an die 50 Peso-Marke. Die Sorge vor weiteren Abwertungen trieb die Mexikaner zu Dollarkäufen in die Wechselstuben. Firmen, die in der Vergangenheit Dollarkredite aufgenommen hatten, wurden angesichts der Verdoppelung ihrer Schulden zahlungsunfähig. Die Preissteigerung der importierten Waren trug zu einem Anstieg der Inflationsrate über die 50 % bei.

Am 5. August sah sich die Banco de Mexico außerstande, den Peso weiterhin zu stützen. Der Dollarpreis sackte erneut von 48 auf 83 Pesos ab und war damit um 220 % seit Januar gesunken. Der Dollarverkauf mußte zugunsten eines gespaltenen Devisenmarktes eingeschränkt werden: Vorzugskurse von 49,5 für wichtige Importe und für die Zahlung von Krediten und Zinsen, ansonsten freier Markt mit Kursbildung durch Angebot & Nachfrage. Die Folge war ein wild spielender Schwarzmarkt, auf dem der Dollar bis zu 200 Pesos kostete. Der Zentralbank blieb keine Alternative, als den Dollarkurs am 23.8. zu 130 Pesos allgemein anzubieten, so daß sich der Kurs gegen Ende August bei 95 Pesos einpendeln konnte.

Der »neue Realismus« des Miguel de la Madrid

Die jetzige Krise ist weitaus schwieriger als die von 1976, da damals "Manna vom Himmel fiel" in Form des schnell anwachsenden Ölreichtums (LAWR 82 - 34). Wenn nicht kurzfristig die Ölpreise ansteigen, dürfte die mexikanische Wirtschaft (und erst recht die Bevölkerung) eine schwere Zeit vor sich haben. Der faktisch regierende neue Präsident Miguel de la Madrid Hurtado wird die angekündigten Reformen streichen müssen. Anfang August wurden bereits die Preise für Mais um 100 %, für Benzin um 60 % und für Strom/Gas um 30 % erhöht, um die staatliche Subventionierung dieser Produkte zu reduzieren, "eine erste Dosis des 'neuen Realismus'" (LAWR 82 - 31). Die neue Preisstruktur wird in allzu kurzer Zeit von der Inflationswelle überspült werden. So ist jetzt schon das Normalbenzin zu 10 Pesos ein Verlustgeschäft, und die Tortillas müssen zu 40 % subventioniert werden. Allerdings steht der große Katalog der Austeritätsmaßnahmen, den der IWF zur Voraussetzung weiterer Stützmaßnahmen der mexikanischen Wirtschaft machen wird, noch aus.

Schon jetzt zeichnet es sich ab, daß bei der diesjährigen Inflationsrate von um die 100 % die bereits gewährte Anhebung der Löhne um insgesamt 60 % (gestaffelt in 30 - 20 - 10 %) nicht ausreichen wird, um den ohnehin niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung zu halten. Forderungen nach weiteren Lohnerhöhungen werden bereits laut.

Die Austeritätspolitik trifft die Armen in den Städten und auf dem Land am stärksten. Dennoch kann der massivste Widerstand von der bisher hofierten Mittelklasse kommen, bei denen die größten Erwartungen für einen Fortbestand des mexikanischen Wirtschaftswachstums geweckt worden waren. Jeder 7. Betrieb steht heute vor dem Ruin, selbst mächtige Konzerne wie die Industriegruppe Alfa mußten 8500

Angestellte entlassen, PEMEX wird bis zum Jahresende 10000 Leute feuern. Der Grenzverkehr zu den USA hat in den letzten Monaten bereits einen qualitativen Wandel erfahren. Die kaufkräftigen Mexikaner sind ausgeblieben (übrigens eine erhebliche wirtschaftliche Einbuße für die Grenzregion), statt dessen ist der Strom der illegalen Grenzgänger, die in den USA Arbeit suchen, erheblich angewachsen.

Die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes ist kaum zu prognostizieren. Die Arbeitslosigkeit liegt derzeit bei 20 % (eine genaue Bestimmung ist bei den fließenden Grenzen zur Unterbeschäftigung nicht möglich), zum Jahresende können es 25 %, eine Million mehr sein. Eine Anhebung der Mindestlöhne dürfte in nächster Zeit nicht zu erwarten sein, es ist aber mit einem erheblichen Anstieg der Warenpreise zu rechnen. Ob soziale Unruhen größeren Ausmaßes bevorstehen, bleibt ungewiß. Die Wahlen vom 4. Juli, inmitten der Krise abgehalten, sind trotz Manipulation der Ergebnisse ein Indiz für das Fehlen einer breiten systemkritischen Opposition.

Quellen: Newsweek vom 30.8.82
Latin American Weekly Report (LAWR)



Wahlen:

Enttäuschendes Abschneiden der Linken

Daß die PRI am 4. Juli die Präsidentschaftswahlen mit 71,63 % überragend gewann, war nicht anders zu erwarten. Am Wahltag gab es mal wieder die üblichen "Unregelmäßigkeiten", aber auch einige Überraschungen bei der Stimmenauszählung.

Zunächst einmal war die Wahlbeteiligung mit 75 % der eingetragenen Wähler die höchste seit 35 Jahren, ein Resultat, das als Erfolg der "Politischen Reform" bewertet wird.

Der eigentliche Sieger war die konservative PAN, die ihren Stimmenanteil von 11 % (1979) auf fast 17 % steigern konnte. Abgesehen von den Stimmen der konservativen Teile der (in den letzten Jahren erstärkten) Mittelklassen dürfte sie auch davon profitiert haben, daß

sie die bekannteste (und in manchen Regionen des Landes die einzig bekannte) Oppositionspartei ist und deshalb unabhängig von ihrer politischen Position einen Teil des Protestpotentials absorbieren konnte.

Die PDM, hervorgegangen aus der neo-faschistischen "Sinarquista"-Bewegung, konnte immerhin 1,85 % erzielen.

PPS und PARM haben von Anfang an die Kandidatur von Miguel de la Madrid unterstützt, und auch die PST ist dem PRI-Lager zuzuordnen (insgesamt 4,19 % der Stimmen).

Es bleiben außer der bedeutungslosen PSD die beiden registrierten linken Parteien. Insbesondere das Wahlergebnis der PSUM (3,65 %) enttäuschte, konnte sie doch lediglich 800 000 der 22 Millionen abgegebenen Stimmen erringen. Der wesentlichste Grund dieser Niederlage war das verwaschene Profil der Allianz, die sich in ihren programmatischen Aussagen nicht deutlich genug von der PRI unterschied. Die PSUM vertrat linke sozialdemokratische Positionen, schuf aber mit den KP-Insignien (Hammer & Sichel, Internationale) das alte orthodoxe Image, so daß die Wähler eher de la Madrid mit der Sozialdemokratie identifizierten. Die Kirche behinderte den Wahlkampf der PSUM erheblich und verteilte am Wahltag Flugblätter, auf denen die Stimmenabgabe für die Marxisten als Sakrileg verdammt wurde.

Insgesamt bestanden extrem ungleiche Chancen für die kandidierenden Parteien. Die PRI hatte während ihres großangelegten Wahlkampfes alle finanziellen und institutionellen Privilegien einer Regierungspartei und die Aufmerksamkeit der gesamten Presse – selbst linke Zeitungen wie die "uno más uno" widmeten Miguel de la Madrid fast täglich seitenlange Artikel, während die Oppositionsparteien nur marginal in Erscheinung traten. Am Wahltag konnten die Oppositionsparteien garricht in alle 50438 Wahllokale Vertreter entsenden, um den Wahlvorgang zu kontrollieren. So blieben "Unregelmäßigkeiten" nicht aus.

Die PSUM hat Anklage wegen Wahlmanipulation in verschiedenen Regionen des Landes erhoben, wo örtliche Führer ("caciques") die Bauern unter Druck gesetzt bzw. die Wahlergebnisse verfälscht haben sollen. Den klarsten Beweis der Manipulation lieferte die Comisión Federal Electoral selber: als bereits 75 % der Wählerstimmen ausgezählt worden waren, prognostizierte die Kommission 1,1 Millionen Stimmen für die PSUM – nach Ende der Auszählung waren es dann auf einmal nur 800 Tausend.

Die trotzkistische PRT konnte mit ihrer charismatischen Kandidatin Rosario Ibarra de la Piedra einen beachtlichen Erfolg erringen, zum Nachteil der PSUM.

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen von 1982

Partido Acción Nacional (PAN)	16,41 %
Partido Demócrata Mexicano (PDM)	1,93 %
Partido Revolucionario Institucional (PRI)	71,63 %
Partido Popular Socialista (PPS)	1,60 %
Partido Auténtico de la Revolución Mexicana (PARM)	1,07 %
Partido Socialista de los Trabajadores (PST)	1,52 %
Partido Socialista Unificado de México (PSUM)	3,65 %
Partido Revolucionario de los Trabajadores (PRT)	1,85 %
Partido Social Demócrata (PSD)	0,21 %

CHILE

Für diese September-Nummer hatten wir uns vorgenommen, anlässlich des neunten Jahrestages des Putsches gegen die Regierung Allendes einen Überblick über die wichtigsten gesellschaftlichen Veränderungen in Chile nach neun Jahren Diktatur zu versuchen. Es sollte dabei vor allem um die Auswirkungen der sogenannten "Modernisierungen" in den Bereichen Sozialversicherung, Kommunalverwaltung und Erziehung gehen. Daß wir diesen Überblick nicht zustande gebracht haben, hat zwei Gründe: Einmal gelang es uns nicht, die dafür notwendigen konkreten Berichte aus Chile selbst zu erhalten. Mögliche Bewußtseinsveränderungen als Folge dieser Maßnahmen lassen sich aus dem Informationsmaterial, das uns normalerweise zugänglich ist, allein nicht hinreichend erfassen.

Der andere Grund: Unsere eigene Unsicherheit, wie die gegenwärtige Situation in Chile einzuschätzen sei.

Seit der Kabinettsumbildung im April, der Abwertung des Peso im Juni, hat sich ein Klima von Ratlosigkeit in Chile verbreitet, dessen jüngster Reflex auf offizieller Ebene die Kabinettsumbildung im August ist. Daß in einem solchen Klima von Ungewißheit, das auch die ideologischen Sympathisanten der Regierung erfaßt hat, und der offiziellen Nicht-Informationspolitik die Gerüchteküche kocht, ist plausibel. Wortspielend wird das Gerücht zum "General" gemacht (El rumor se hace general). Die Regierung ihrerseits beginnt eine eigene Werbekampagne in Fernsehspots gegen die Gerüchtemacher. Unter diesen Umständen hatten wir nicht viel Zutrauen, längerfristige Auswirkungen der von der Diktatur durchgeführten Maßnahmen angemessen darstellen zu können.

Die Regierung ihrerseits hat für den 11.9. ein "Sparprogramm" angekündigt: keine öffentlichen Feiern, keine Aufmärsche.



Der Bock als Gärtner

Der Bankier, Kapitalist, Manager und Artikelschreiber Rolf Lüders, ein weiteres Produkt aus Milton Friedmans Monetaristen-Schule an der Universität von Chicago, ist vor Staatspräsident Augusto Pinochet zum Superminister für Wirtschaft und Finanzen gemacht worden. Lüders soll die Krise bewältigen, in die die Politik der "Chicago Boys" das Land geführt hat. Da er aber seinen eigenen Aufstieg gerade dieser Politik verdankt, wird er sie kaum grundlegend ändern.

Rolf Lüders ist zugleich ein Mann der Theorie und der Praxis. Als ehemaliger Studienkamerad fast aller maßgeblichen Funktionäre aus Pinochets Wirtschafts-Team war er mit deren ultra-liberalen Dogmen und ihrer praktischen Umsetzung stets so vertraut, daß er diese Erkenntnisse profitabel als Geschäftsmann in klingende Münze umsetzen konnte. Zuerst als Mitglied eines Wirtschafts-Clans, den man wegen seiner Gefräßigkeit die "Piranhas" - wie die Raubfische - nannte. Als diese Gruppe nach 1973 so sehr wuchs, daß sie zerfiel, war Lüders Großaktionär und Manager der sogenannten BHC-Gruppe um die Banco Hipotecario und deren Hauptaktionär Javier Vial.

Diese BHC-Gruppe war nicht nur von jeher die rabiateste, wenn es um die Verteidigung des reinen, unverfälschten Kapitalismus ging - sie holte zuerst die Chicago-Professoren Harberger und Friedman als Berater nach Chile und hielt für ausrangierte Chicago Boys aus der Regierung jederzeit ein interessantes Manager-Pöstchen frei -, die BHC-Gruppe war auch unternehmerisch, genauer: spekulativ immer die aggressivste Gruppe. Der Grundstein dafür wurde gelegt, als die Gruppe anlässlich der Verschleuderung der Aktien der mehrheitlich staatlichen Banco de Chile zum Hauptaktionär dieser heute größten Privatbank des Landes aufstieg.

Den Platz als zweitgrößte Wirtschaftsgruppe Chiles hatte sie damit bereits errungen. Jetzt kam es darauf an, das System der freien Marktwirtschaft für ein ungehemmtes Wachstum zu nutzen. Und das geschah vor allem, indem man die auf den internationalen Finanzmärkten herumschwirrenden Petro-Dollars in den 70er Jahren zu niedrigen Zinsen als Kredite ins Land holte, einen Teil davon an die Unternehmen der eigenen Gruppe günstig weitergab, um so die Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, und den anderen Teil zu weit aus höheren Zinsen an mittlere und kleine Unternehmen, Finanzierungsgesellschaften und Konsumenten weiterverlieh. Auf diese Weise hat allein die Banco de Chile 2,3 Milliarden Dollar Auslandsschulden aufgeschafft, fast ein Drittel von den insgesamt 7 Milliarden Dollar aller Privatbanken.

Bis 1981 lief das alles ausgezeichnet. Die ständig zunehmenden Kredite aus dem Ausland, die sich auch für die Arbeiter und Angestellten als ständige Verlockung zur privaten Verschuldung für bestimmte Konsumgüter bemerkbar machten, wurden als ein Zeichen

für die hohe Kreditwürdigkeit und damit als Maßstab für die Richtigkeit der staatlichen Wirtschaftspolitik betrachtet. Was gut war für die Banco de Chile, war auch gut für Chile und umgekehrt. Mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus hatte das wenig zu tun, weil es gar keiner Absprachen bedurfte: Die Regierung tat einfach nichts. Rolf Lüders hat öfter betont, daß er sich natürlich nach Feierabend mit seinen Freunden aus der Regierung treffe; dann werde aber von Politik und Geschäften nicht geredet, sondern geschwommen und Champagner getrunken.

Dieses System konnte eigentlich nur funktionieren, solange es lawinenartig anwuchs. Was eine Zeit lang als "chilenisches Wirtschaftswunder" gefeiert wurde, war denn auch weniger ein solides Wachstum der Produktion über den Stand von 1970 hinaus als vielmehr ein immenser Import- und Verschuldungs-Boom. Das System konnte nicht mehr funktionieren, wenn entweder viele kleine Schuldner am Ende der Kette zahlungsunfähig und kreditunwürdig wurden oder die Auslandskredite spärlicher und zu höheren Zinsen flossen, oder wenn beides geschah. Seit spätestens 1981 geschah beides in verstärktem Umfang.

Hunderte von kleinen, mittleren und großen Unternehmen mußten Konkurs anmelden. Hunderttausende wurden arbeitslos. Für die Banken bedeutete das, daß immer mehr Schuldner ausfielen, immer mehr Kredite abgeschrieben werden mußten. Gleichzeitig aber stiegen auf den internationalen Finanzmärkten die Zinsen, wuchs die Schwierigkeit, die Rückzahlung der Auslandsschulden zu finanzieren.

Das starre Festhalten an einem Dollarkurs von 39 Pesos über fast drei Jahre erschwerte die Situation vieler Unternehmen gegenüber dem Ausland immer mehr. Aber die völlig überraschende Aufwertung des Dollars auf 46 Pesos im Juni und die dann folgende völlige Freigabe des Kurses im August, die sofort zu einer Steigerung auf über 60 Pesos führte, schufen ein Klima der Unsicherheit, das von der Geschäftswelt als fast noch schlimmer eingestuft wurde.

Als die ersten kleineren Banken und Finanzierungsgesellschaften kurz vor dem großen Krach standen, konnte es sich die Regierung noch leisten zu intervenieren. Die Manager wurden teils als Verbrecher, teils als Versager hingestellt, und der Staat übernahm zeitweilig die Garantie gegenüber den Gläubigern. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, daß Garantien für alle Banken den sicheren Weg zum Staatsbankrott bedeuten würden, den ja der Monetarismus gerade unbedingt vermeiden will. Die Mehrheit der ausgegebenen Unternehmer- und Konsumentenkredite wird nicht mehr getilgt, es sind, wie man in Chile sagt, "schlechte" Schulden geworden. Die Zentralbank hat nun im Juli beschlossen, unter bestimmten Bedingungen solche schlechten Schulden zeitweilig zu übernehmen. Im Klartext bedeutet das, daß diese Schulden von den Banken nicht alle auf einmal abgeschrieben werden müssen, sondern auf zehn Jahre verteilt. Aber selbst diese bloße Verschönerung der Bilanzen ist den Bankiers eine Menge wert.

Javier Vial, Rolf Lüders und ihre BHC-Gruppe mußten sich, um bei der Banco de Chile verschuldet bleiben zu können, als Hauptaktionäre dieser Bank verabschieden, denn nur unter dieser Bedingung war die Zentralbank bereit, die schlechten Schulden dieser Bank zeitweilig zu übernehmen. Lüders war zu diesem Schritt bereit, Vial aber nicht. Schließlich konnte sich Lüders am 13. August durchsetzen. Die Lust an der Führung der BHC-Gruppe hatte er aber verloren. Er stieg aus und war damit frei für neue und wichtige Aufgaben. Pinochet machte den Bock zum Gärtner.

Quellen: HOY, El Mercurio, Latin America Weekly Report

Tomé: Ruin einer Stadt

Der Name TOME stand vor Jahren in Chile für eine blühende Textilindustrie. Heute ist es eine Geisterstadt. Die drei großen Textilbetriebe sind stillgelegt, andere Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitslosen existieren praktisch nicht. Tomé, dessen Produkte früher nicht nur in Chile, sondern auch in anderen Ländern Lateinamerikas für Qualität bürgten, hielt dem Import noch billigerer Produkte aus Asien nicht stand. Vor einem Jahr, als es noch Löhne gab, verdiente ein Textilarbeiter im Schnitt 140 Pesos oder ca. 3,50 Dollar pro Tag. Die Belegschaft der beiden größten Betriebe, früher 4.000, war schon vor einem Jahr auf rd. 1.000 Beschäftigte geschrumpft. Inzwischen sind die Betriebe ganz geschlossen. Über die materielle Verelendung der Arbeitslosen und ihrer Familien hinaus sind es die Begleitumstände, die uns betroffen machen und die Chile heute, neun Jahre nach dem Putsch gegen Allendes Regierung, kennzeichnen. Die Schließung der Industrie hat natürlich Auswirkungen auf die ganze Stadt; entsprechend waren auf einer Versammlung nicht nur die Textilarbeiter vertreten, sondern auch der Einzelhandel und Vertreter eines Busunternehmens.



Wandmalerei in TOME vor dem Putsch

Zitate aus der Lokalpresse über die Versammlung:

- Tagtäglich sperren sie uns Licht und Wasser, weil wir nicht bezahlen können, und wegen fehlender Mittel können die Kinder nicht zur Schule.
- Heute ist Tomé eine Geisterstadt, und es gibt Kriminalität, Alkoholismus und Prostitution wie nie zuvor.
- Hatte der Einzelhandel zunächst noch die Gemeinschaftsküchen mit Lebensmittelspenden unterstützt, so ist diese Hilfe mit der Zeit geringer geworden, "unsere eigene Situation wird jeden

Tag kritischer, weil die Kaufkraft am Ort fast völlig geschwunden ist."

Angesichts des herrschenden Wirtschaftsmodells blieben natürlich alle Versuche von Gewerkschaftsvertretern erfolglos, irgendeine Form staatlicher Hilfe zur Rettung der Arbeitsplätze zu erreichen. Die Delegation, die in die Hauptstadt Santiago reiste, um die Interessen der Arbeiter zu vertreten, wurde im zuständigen Ministerium nicht einmal empfangen.

Die Organisation von Gemeinschaftsküchen - ollas comunes - ist einer der Versuche der Arbeitslosen, die gemeinsame Not solidarisch anzugehen. Von der Kirche organisierte Speisesäle für Kinder versuchen, außerhalb der Region finanzielle Mittel aufzutreiben, um in ihr Programm eine paar Erwachsene einbeziehen zu können.

Die Herrschenden freilich bestreiten, daß es materielle Not überhaupt gebe. Der (von Pinochet eingesetzte) Bürgermeister von Tomé sieht nicht ein, daß jemand in der Stadt Hunger haben könne. Schließlich gebe es Fischerei, und man bekomme den Fisch sogar geschenkt.

Zeichnete sich vor Jahren das Problem ab, daß der Einsatz industrieller Fangmethoden die kleinen Küstenfischer ruinierte, so haben sie heute das Problem, mangels Käufer ihr Fänge überhaupt noch abzusetzen. So verschenken sie tatsächlich im Verlauf des Nachmittags die Ware, die sie bis dahin nicht verkauft haben, anstatt sie - nach gesunden kapitalistischen Gesichtspunkten - ins Meer zu werfen ...

Auch ein Plan der Textilarbeiter, einen von der Schließung bedrohten Betrieb in eigener Regie zu übernehmen, hatte keine Chance. Statt dessen heuerte das Unternehmen noch einmal Arbeiter an und bezahlte sie dafür, daß sie ihre früheren Arbeitsplätze selbst demontierten und die Maschinen verschrotteten.

Unter Tränen der Wut begriffen sie, was Klassenhaß von oben bedeutet.





Wie paßt man Löhne an?

Chile im Winter 1982. Die Regierung gibt eine Briefmarke zum hundertsten Jahrestag einer Schlacht heraus, eine weitere zum Welternährungstag der FAO. Derweil zwingt die Not die Bewohner der Armenviertel wieder Volksküchen zu organisieren, und kein gezacktes Papier erinnert an die Überlebenskämpfe der Arbeitslosen, deren Quote mittlerweile so hoch ist wie noch nie seit in Chile die Arbeitslosigkeit gemessen wird. Und der Winter ist so hart, als wenn drei Jahre auf eines fielen. Zehntausende haben ihre Hütte bei den Überschwemmungen verloren, viele sind umgekommen oder erkrankt. In einem Klima sinkender Produktion, von Pleiten, Abwertung, Massenarbeitslosigkeit, Kabinettskarussell, geschieht seit einigen Monaten legal, was die Ökonomen der Regierung schon lange fordern: die Löhne werden "angepaßt", d.h. gekürzt. Anpassung ist das neue, elegante Zauberwort. So wurden die Löhne der ca 180.000 Arbeiter des staatlichen Arbeitsprogramms "PEM" angepaßt: ihr Lohn fiel von 3.300 Pesos/pro Monat auf 2.000 Pesos (ca. 80,-- DM). Im Folgenden wollen wir die jüngsten Ereignisse in dem zur Luksic-Gruppe gehörenden Unternehmen MADECO (Kuperartikel für die Bauindustrie, z.B. Rohre) dokumentieren, die zeigen, wie die "Anpassung" in der Privatwirtschaft vor sich geht.

Lohnkürzung ohne Gegenleistung

Am 31. Mai 1982 ruft die Geschäftsführung von MADECO die Leitung der drei dort existierenden Betriebsgewerkschaften zu sich (Nr. 1 die Arbeiter, Nr. 2 Angestellte, Nr. 3 Techniker und Leitende Angestellte) und eröffnet ihnen, daß sie ohne Gegenleistung auf die letzten drei Sondervergütungen des Jahres zu verzichten hätten, was eine Senkung des Lohnes um 20% bedeutet. Und nicht einmal die Sicherheit der Arbeitsplätze will man garantieren. Und wenn die Gewerkschafter nicht akzeptierten, würde man jeden einzeln befragen. Die ökonomische Situation des Unternehmens sei

katastrophal: in den ersten vier Monaten des Jahres habe man 80 Millionen Pesos (ca. 3 Millionen DM) Verlust gehabt und ein Ende der Krise sei nicht in Sicht, nicht zuletzt wegen der billigen ausländischen Konkurrenz.

2. Juni. Die drei Gewerkschaften halten eine Betriebsversammlung ab, und alle drei lehnen das Vorhaben der Unternehmensleitung ab. (Nr. 1 mit 170:2 Stimmen). Unter anderem, weil MADECO 1981 105 Millionen Pesos Gewinn gemacht habe, weshalb die Situation nicht so dramatisch sein könne, wie dargestellt. Und warum habe man - trotz Rezession - andere Firmen wie ALUSA, ALUMCO und INALCO aufgekauft? Oberhaupt habe sich die Produktivität des einzelnen Arbeiters in den letzten Jahren verdoppelt, wohingegen die Löhne gesunken seien. Warum kürze man nicht die Gehälter der Geschäftsleitung? Warum ermögliche man den Gewerkschaften nicht den Zugang zu den Bilanzen?

Der Druck nimmt zu

3. Juni. Die Firmenleitung bestellt die Mitglieder der Gewerkschaften Nr. 2 und 3 einzeln zu sich, da sie diese als schwächste einschätzt. Man teilt ihnen mit, daß, wer nicht unterschreibt, entlassen wird. Am Nachmittag geben diese beiden Gewerkschaften auf. Die Beschäftigten versammeln sich erneut, Nr. 1 bleibt standhaft.

4. Juni. Die Firmenleitung zitiert jene Arbeiter einzeln zu sich, die sie als am wenigsten kämpferisch einstuft. Wer nicht unterschreibt, wird sofort entlassen. Als Ausdruck des Protestes gehen die Arbeiter an diesem Tag nicht in die Kantine. Erneut versammelt man sich, diesmal weniger zahlreich - es fehlen jene, die unterschrieben.

5. Juni. Weitere Entlassungen. Das Arbeitsgericht teilt mit, keine legale Handhabe zu besitzen, um intervenieren zu können. Die Entlassenen bilden ein Komitee.

Veränderte Taktik

8. Juni. Die Firmenleitung ändert ihre Taktik und handelt mit den Gewerkschaften 2 und 3 den Kompromiß aus, die Sondervergütungen in den kommenden Jahren nachzuzahlen. Dieses zeigte einen gewünschten Nebeneffekt: die Mitglieder der Gewerkschaft Nr. 1 wenden sich gegen ihre Leitung in der Annahme, man habe sie falsch informiert. Nr. 1 tritt in Verhandlung mit der Geschäftsführung, die verspricht, alle Entlassenen wieder einzustellen. Unter dieser Voraussetzung wollen die Arbeiter den Kompromiß annehmen.

9. Juni. In der Presse erscheint eine Anzeige, in der die Firma MADECO nach Arbeitskräften sucht. Tausende (!) von Arbeitssuchenden finden sich vor dem Werkstor ein, um dort nur das Schild zu finden: "Keine Stelle frei". Dieses verdeutlicht den Arbeitern die Zwecklosigkeit weiteren Widerstandes, sie unterschreiben. Trotz Zusage werden die Entlassenen nicht wieder eingestellt.

So konnte die Geschäftsführung von MADECO ihre Kosten vermindern, den Widerstand der Betriebsgewerkschaften brechen und die Belegschaft reduzieren. Wenngleich die anfänglich standhafte Haltung von Gewerkschaft Nr. 1 dazu verhalf, das Ergebnis für alle zu verbessern, so wurde doch deutlich, wie gering in der heutigen Krise der Spielraum der Gewerkschaften ist, zumal von staatlicher Seite her der Willkür der Unternehmer keine Grenzen gesetzt werden, ja sogar eine solche Lohnpolitik dem herrschenden Geist des Neo-Liberalismus entspricht.

Die Antwort der Kupferarbeiter

Ende Juli beschlossen die Delegierten auf dem Kongreß des Verbandes der Kupferarbeiter CTC, in dem 24 000 Kupferarbeiter der staatlichen Großen Minen organisiert sind, einen Streik für den Fall, daß die Regierung das Gesetz 18 134 nicht zurücknimmt. Die Entscheidung über die tatsächliche Durchführung des Streiks liegt in den Händen des Gewerkschaftsvorstands.

Auf einer Betriebsversammlung der größten Kupfermine, Chuquicamata, erhoben sich die 4 000 Teilnehmer und applaudierten dem Beschluß. Mit dem kürzlich erlassenen Gesetz kam die Regierung den Klagen der Unternehmer über "zu hohe Lohnkosten" entgegen. '79 hatte sie in ihrem "Arbeitsgesetz" (plan laboral) festgelegt, daß bei Lohnverhandlungen der jeweils geltende Lohn plus Inflationsausgleich garantiert bleibe; in der damaligen "Aufschwungphase" aufgrund üppiger Auslandskredite und noch kräftiger Inflation akzeptierten die Unternehmer diese Klausel. Deren Aufhebung jetzt erlaubt ihnen dagegen Lohnverhandlungen "nach unten", sprich Lohnkürzungen, indem das neue Gesetz als Ausgangspunkt das Lohnniveau von '79 neu festlegt. Damit stehen die seit '79 unter zuweilen selbstmörderischen Streiks erkämpften Lohnerhöhungen zur Disposition.

Das Verlangen der CTC, mit Pinochet zu sprechen, wurde von 228 Gewerkschaftsführern anderer Organisationen unterschrieben. Pinochets erste Reaktion: "Mit Kommunisten spreche ich nicht!" Aber damit nicht genug. Natürlich verfolgt die Diktatur jeden Ansatz zu einer wirksamen Vertretung von Arbeiterinteressen mit äußerstem Argwohn und sucht ihn durch dosierte Repression zu unterbinden - sei es durch Inhaftierung von Gewerkschaftsführern wie vor einem Jahr (vgl. LN 86) oder durch Ermordung wie im Fall von Tucapel Jiménez im Februar dieses Jahres (vgl. LN 102). Deshalb faßten die Kupferarbeiter vorsorglich einen zweiten Beschluß: Sollte irgendeinem ihrer Vertreter an der Basis oder auf nationaler Ebene aufgrund ihrer Ermächtigung zum Streikaufruf etwas zustoßen, so träten sie sofort in Streik.

Die Regierung reagierte "flexibel". Sie zeigte sozusagen nur ihre Mittel, ohne sie direkt einzusetzen. Zwei Kriminalpolizisten "besuchten" den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Kupferarbeiter Emilio Torres und "luden ihn ein" zu einem Gespräch mit Kripochef General Paredes. Dazu Torres später: "General Paredes erklärte mir, daß er auf Befehl von Präsident Pinochet handelte. Er sagte, ich handelte auf eine Weise, die die Regierung unannehmbar fände. Dies sei die erste und letzte Warnung." (Latin America Weekly Report, WR-82-33).

Solche Einladungen zum Frühstück entsprechen offenbar einer neuen Taktik. Zuvor hatte sie Hernol Flores, Gewerkschaftsführer der ANEF (Angestellte im Staatsdienst) und Nachfolger von Tucapel Jiménez, erhalten. ANEF hatte ihr Gewerkschaftslokal einer anderen Gewerkschaft für eine Pressekonferenz zur Verfügung gestellt, schon das in den Augen des Regimes eine illegale Handlung. Anzumerken bleibt, daß weder Torres noch Flores bei irgendjemand im Ruf stehen, "Kommunisten" zu sein; sie sind Christdemokraten.



Karikatur aus HOY in Anspielung auf die "Frühstückseinladungen".

"Mein Chef möchte die Gelegenheit wahrnehmen, Sie zu grüßen und zum Frühstück einzuladen- sofort!"

Tucapel Jiménez

Ein halbes Jahr nach der Ermordung des Gewerkschaftsführers ist natürlich noch immer nichts aufgeklärt; es ist auch schwer vorstellbar, daß dem Untersuchungsrichter gestattet wird, den Fall zu klären. Daß er Agenten des Geheimdienstes CNI und Funktionäre regierungstreuer Gewerkschaften vernimmt und dieses publiziert werden kann, verblüfft, besagt über die Möglichkeiten einer Anklage noch nicht sehr viel. Zwei Zeugen, die CNI-Agenten identifizieren sollten, haben nach Todesdrohungen das Land bereits verlassen; einer der Anwälte, der Jiménez' Gewerkschaft ANEF vertritt, erhält täglich telefonisch Morddrohungen (HOY 265).

Noch ist die Macht der CNI ungebrochen. Der Entführungs- und Mordfall COVEMA aus dem Sommer 80 (vgl. LN 85) ist nach zwei Jahren noch nicht "aufgeklärt"; und da die CNI durchsetzte, daß die Zeugen nicht im Gerichtsgebäude, sondern in einem Büro des Geheimdienstes die Entführer identifizieren sollten, litten die Zeugen unter bedauerlichen, aber verständlichen Erinnerungslücken.

Kirche und Regime: Krise in der Krise

Die folgende Begebenheit, die sich im Juli 1982 in der Hafenstadt San Antonio zugetragen hat, sagt sehr viel über den gegenwärtigen Zustand der chilenischen Gesellschaft und über die Haltung weiter Teile der katholischen Kirche Chiles aus. Zum Pfarrer des Hafenviertels, der schon des öfteren Streitfälle und soziale Konflikte schlichten konnte, kamen mehrere minderjährige Prostituierte und baten ihn um Unterstützung gegen ihre Pensionswirtin, der sie - aus Mangel an Einnahmen - seit einiger Zeit die Miete schuldig geblieben waren und die sie deshalb kündigte. Die Kündigung bedeutet aber den totalen Verlust aller Einnahmen.

Der Pfarrer setzte sich tatsächlich für die jungen Mädchen ein ohne jedoch zu versäumen, auf die katastrophale wirtschaftliche Situation des Landes öffentlich hinzuweisen, die nicht nur junge Mädchen zur Prostitution zwingt, sondern ihnen zudem nicht einmal mehr ein ausreichendes Einkommen sichern könne.

Auch auf der Ebene der kirchlichen Hierarchie hat es in diesem Jahr bereits mehrfach scharfe Kritik an der Wirtschaftspolitik des Regimes, am "Modell", wie sie in den Zeitungen einfach genannt wird, gegeben. In seiner traditionellen Ansprache zum 1. Mai sagte Kardinal Silva Henriquez vor 800 Arbeitern, Gewerkschaftern und kirchlichen Mitarbeitern u.a. wörtlich:

"Die Lösungen, die bisher der Krise entgegengesetzt worden sind, sind gescheitert. Die Aumerlegung eines neo-liberalen Systems hat nicht nur die Mißstände nicht korrigiert, sondern hat sie akzentuiert und in höchst gefährlichem Maße verschlimmert. Die ökonomischen Maßnahmen leiden unseres Erachtens an einem unbarmherzigen, den Menschen und dessen Rechte mißachtenden Materialismus. Ihre gesellschaftlichen Kosten sind unermeßlich und für einen Christen unannehmbar... Ohne Zweifel ist es das Volk, die Arbeiter- und Landarbeiterklasse, welche das Hauptgewicht der Krise auf seinen Schultern zu tragen hat..."

Doch trotz dieser deutlichen Stellungnahme des Kardinals scheinen sich Kirche und Regime seit einiger Zeit wechselseitig nach dem bewährten Rezept von Zuckerbrot und Peitsche zu behandeln, so daß unter den einfachen Gläubigen zuweilen Verwirrung entsteht. So nahmen z.B. der Vorsitzende und der Generalsekretär der chilenischen Bischofskonferenz im Juni eine Einladung zum Mittagessen bei Pinochet an, um dabei über "gemeinsam interessierende Fragen" zu sprechen. Fast gleichzeitig zu diesem Ereignis verwahrte sich Kardinal Silva gegen eine systematische Einschüchterung und Bedrohung von Mitarbeitern seines Solidaritätsvikariats. In Briefen und Telefonanrufen waren die Rechtsanwältin der Vicaria und sogar deren Leiter, Prälat Juan de Castro, massiv bedroht worden. Als Urheber dieser Einschüchterungsversuche gab sich jedesmal eine bisher völlig unbekannte Organisation zu erkennen, die sich "Katakomben-Gemeinde" nennt. Damit soll offenbar der Eindruck erweckt werden, als handle es sich um eine militante innerkirchliche Gruppe, die mit der Menschenrechtspolitik der Kirche, die sich naturgemäß gegen das Regime richtet, nicht einverstanden ist. Doch es besteht wohl kein Zweifel daran, daß es nichts anderes ist als eine neue Variante des Geheimdienstes gegen die ihm äußerst verhaßte Organisation. Ein extra eingesetzter Untersuchungsrichter hat bisher jedenfalls keinerlei Resultate vorzuweisen, die auf die Existenz einer solchen Gruppe hindeuten.

Zur im Juni erfolgten Abwertung des Peso nahm der Kardinal ebenfalls öffentlich Stellung. Er bezeichnete die Maßnahme als viel zu spät, um in der tiefen Krise der chilenischen Wirtschaft irgend eine positive Wirkung hervorbringen zu können.

Die Konstellation innerhalb der chilenischen Bischofskonferenz ändert sich in diesen Wochen und Monaten, was u.U. nicht ohne Auswirkungen auf die zukünftige Haltung der katholischen Kirche gegenüber dem Regime bleiben wird. Zunächst erlitt der progressive Flügel einen herben Verlust durch den plötzlichen Tod von Weihbischof Enrique Alvear aus Santiago. Ihm soll an dieser Stelle ein ehrendes Andenken

durch die Erwähnung der Tatsache bewahrt werden, daß er, noch in der Anfangsphase der Militärdiktatur, die berüchtigte "Villa Grimaldi", das bekannteste Folterzentrum der damaligen DINA, aufsuchte, sich vorstellte und einige seiner Gemeindemitglieder zu sprechen verlangte, von denen er wußte, daß sie dort von Pinochets Chergen festgehalten wurden.

Der konservative Flügel der Bischofskonferenz wird in Kürze einen seiner bekanntesten und auch reaktionärsten Vertreter durch Erreichung der Altersgrenze verlieren: der Erzbischof von Valparaiso, Emilio Tagle, hat dem Papst seinen Rücktritt angeboten. Dem Vernehmen nach will Johannes Paul II. das Rücktrittsgesuch auch annehmen.

Ob er das im Falle von Kardinal Silva Henriquez auch tun wird - der Kardinal von Santiago vollendet demnächst ebenfalls das 75. Lebensjahr -, ist hingegen zweifelhaft. Doch Kardinal Silva ist in den Jahren der Auseinandersetzung müde geworden. Viel wird davon abhängen, wer sein Nachfolger wird. Selbst wenn es ein weniger kämpferischer Typ sein sollte: die Vikare der Hauptstadt (im Rang von Weihbischofen) verfolgen alle eine kompromißlose Linie gegenüber dem Regime.

Auf ihnen ruht die Hoffnung vieler Chilenen - auch der linken Parteien und der Gewerkschaften.

Botschaften aus der Botschaft

Am Freitag, den 28. Mai wurden in der Botschaft 15 hohe Polizeioffiziere der PIP durch den Botschafter Dr. Hille verabschiedet. Die Offiziere unternehmen auf Einladung der Bundesregierung und des Polizeipräsidenten von Berlin eine 14-tägige Informationsreise in die Bundesrepublik. Dort werden sie über die modernste Computer-Personenfahndung, Drogenbekämpfung sowie über Einrichtungen zur Terroristenbekämpfung informiert werden. Auf dem Gebiet der Drogenbekämpfung hat es bereits zwischen der deutschen und der peruanischen Kriminalpolizei eine gute und intensive Zusammenarbeit gegeben. Die Reise der 15 hohen Polizeioffiziere kann als Höhepunkt der bisherigen polizeilichen Beziehungen angesehen werden.

aus: "Humboldt-Magazin" Nr.2 Juni 1982, Lima, Peru

BOLIVIEN

ZerreiBprobe

"Gibt's Brot heute?" - "Kein Brot da" - Täglich sich tausendfach wiederholende Frage und Antwort in Bolivien während dieser Monate. Da, wo es aus unerfindlichen Gründen dann doch einmal Brot gibt, bilden sich lange Schlangen von Menschen, die geduldig warten, um dann eine beschränkte Menge - meist höchstens 5 Brötchen - nach Hause tragen zu können.

Nur in Achacachi, dem Dorf auf dem Hochland auf der Straße zwischen La Paz und Sorata, bekannt wegen seiner militanten Bauern, gibt's - keiner weiß wieso - immer noch Brot, wenn in La Paz schon lange keines mehr zu finden ist. Die dort durchfahren, decken sich ein.

Not macht genügsam: Wasserkekse haben Hochkonjunktur - und erfinderisch: Kuchenbrote zu horrenden Preisen werden beispielsweise auf dem Schwarzmarkt von La Paz angeboten. Kuchen unterliegt nicht der Preisbeschränkung so wie Brot. Die Polizei, die die Preise kontrolliert, muß unverrichtete Dinge von dannen ziehen.

//

"Cambio Dolares! Wieviel verkaufen Sie, ich zahle 172!" - Trauben von Schwarzhändlern hängen sich an den Fremden, der in La Paz auf der Calle Camacho entlang geht, ähnlich ist es in den Departamentshauptstädten Cochabamba und Santa Cruz. Der Parallelmarkt blüht, seit der Dollarkurs freigegeben wurde. Allein innerhalb von 10 Tagen Ende Juni/Anfang Juli stieg der Kurs von 90 auf 175 Pesos. Medikamente, Autos, Maschineneersatzteile, alles was importiert werden muß und dies sind fast alle Industriegüter - sind unerschwinglich teuer geworden. Das Mehl aus USA für das Brot kann nicht mehr importiert werden, die Bauern können kein Saatgut kaufen. Weil sie die Ersatzteile nicht bezahlen kann, legt die Bahnverwaltung einige Linien still. In die Staatskasse, die schon vor dem Militärputsch leer war, fließen keine Einnahmen mehr. Seit die staatliche Mißwirtschaft die Zinn- und Erdölproduktionen immer unrentabel gemacht hat, stiegen Boliviens Auslandsschulden ständig. Kurzfristig fiel jetzt der hilflosen Militärregierung ein, anzukündigen, sie werde 30 Millionen Dollar über die Banken zu festem Preis verkaufen lassen, um so die Dollarspekulationen aufzufangen. Als nach einer Woche begonnen wurde, einige wenige tausend Dollar in mühsamen Verfahren über die Nationalbank auszuliefern, war die Spekulation wieder voll im Gange und der kurzfristig gefallene Dollarkurs des Parallelmarktes kletterte wieder rapide. Denn die versprochenen Dollars gab es garnicht in den Staatstresors. Die Militärs hatten einmal wieder unter Be weis gestellt, wie unglaub-

würdig und unfähig sie waren.

///

Im Volk brodelt es. Man schließt sich zusammen zu Comités Civicos, eine Art Bürgerinitiative - klassen- und parteiübergreifend. Die Initiative dazu wurde in Santa Cruz ergriffen - innerhalb einer Woche gibt es in jeder größeren Stadt ein Comité. Das Comité aus Santa Cruz bleibt der Wortführer. Fast täglich erscheinen ihre Verlautbarungen in der Presse, in der sich auch zunehmend Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen zu Worte melden. In ihren Komunikés fordern die Comités die Regierung auf, allgemeine demokratische Wahlen durchzuführen, wirtschaftliche Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu ergreifen, den Dollarkurs zu stabilisieren und für gerechte Preise bei den Grundnahrungsmitteln zu sorgen. Sie rufen zusammen mit der COB auf zu "marchas de hambre", zu Hungermärschen im ganzen Land. In der Juliwoche vor dem 2. Jahrestag des Putsches finden sie in allen großen Städten des Landes statt. Hausfrauen, Angestellte und Beamte, Arbeiter und Bauern und sogar Unternehmer beteiligen sich. In Potosí kommt es im Anschluß an diese Demonstration zu Plünderungen von Geschäften.

Die Krise hat solche Ausmaße erreicht, daß erst mals in der Geschichte Boliviens die Bourgeoisie sich gegen eine rechtsgerichtete Militärregierung wendet.

In der alten Hauptstadt Sucre demonstriert fast ein Viertel der Bevölkerung der Stadt. Militär und Polizei halten sich zurück, auf der Abschlußkundgebung tönen Sprechchöre: "Brot, Brot, wir wollen Brot". Die Redner klagen die Regierung an, der Studentenvertreter ruft unter lautem Beifall der Menge:

"2 Jahre Regierung der Militärs ist genug. Tod der korrupten Regierung, Tod den faschistischen Rauschgiftmilitärs. Es lebe ein freies Bolivien!" Die Militärposten auf dem Platz rühren sich nicht, auch nicht, als die Menge in diesen Ruf miteinstimmt.

Anders in Santa Cruz. Da wird ein Häuflein von 500 Demonstranten von starken Militär- und Polizeiaufgöb auf der Plaza empfangen und escortiert. Zivilpolizisten kontrollieren die Schaulustigen am Straßenrand. Obgleich hier das erste Komitee entstand, scheint es nicht so im Volk verankert zu sein, wie in den anderen Städten. Vielleicht liegt das daran, daß Komitees hier eine lange Tradition haben als Sprachrohr (groß)-bürgerlichen Interessensansprüchen. Stunden später blüht schon wieder das Dollargeschäft, frech abgewickelt aus dicken Ami-Schlitten heraus, die sinnigerweise vor einer der größten Banken parken.

IV

Die Militärs spüren, wie sie immer mehr unter Druck geraten. Die Wirtschaftskrise spitzt sich immer weiter zu, der Unwille und die Unzufriedenheit des Volkes werden immer lauter. Die Regierung Torrelío hatte schon im April mit der sogenannten "apertura" zu erkennen gegeben, daß auch ihr bewußt geworden war: eine Bewältigung der wirtschaftlich katastrophalen Lage des Landes ist nur auf dem Wege der politischen Demokratisierung möglich.

Im Juni/Juli unternimmt nun die Regierung einen Vorstoß: sie versucht in einen "dialogo" zu treten mit Unternehmerverbänden, den wieder geduldeten politischen Parteien und der Gewerkschaft.

Eine Organisation nach der anderen erhält eine Einladung in den Regierungspalast. Unter den ersten Eingeladenen befindet sich die Central Obrera Boliviana, der Gewerkschaftsdachverband. Die COB schickte als ihre Vertreter neben Juan Lechin, dem ersten Sekretär, auch u.a. Genaro Flores, den ersten Sekretär der Bauerngewerkschaft CSUTCB und Mitglied der COB-Führungsspitze. Mit dem Erscheinen dieser Delegation sieht sich die Regierung auf eine harte Probe gestellt - die sie dann auch prompt nicht besteht. Die Regierung will Genaro Flores nicht akzeptieren. Mit dem Hinweis auf die Existenz der officialistischen Bauernvereinigung CNTCB sprechen die Militärs der CSUTCB das Recht ab, die bolivianischen Bauern zu vertreten. Der "dialogo" mit der COB wird zwar nicht als abgebrochen erklärt, aber erstmal "verschoben". Von der CSUTCB verlangen die Militärs, sich in die officialistische, die Regierungsgewerkschaft, zu integrieren, was diese selbstverständlich ablehnt. Dieses Ansinnen der Regierung wird als Verhöhnung der Mehrheit der bolivianischen organisierten Bauernschaft begriffen, denn für sie heißt die rechtmäßige, demokratisch gewählte Organisation: CSUTCB. Genaro Flores in einem Interview, daß wir am 4.8.82 in La Paz mit ihm führten, zum Standpunkt seiner Gewerkschaft:

"Die Confederacion benötigt nicht die Anerkennung durch die Regierung....Wir benötigen allein die Anerkennung durch die Basis, allein durch die Basis. Insofern erwarten wir auch gar keine Lösung der wirtschaftlichen Krise, durch diese Herren. Abgesehen davon, daß sie sowieso Putschisten sind..... Aber nun wissen wir Bescheid. Die COB ist mit der Regierung in Verbindung getreten und die Regierung hat uns wissen lassen, daß sie nicht bereit ist, mit uns zusammenzuarbeiten. Vielmehr hat sie - ohne es zu einem Gespräch kommen zu lassen - uns zur Bedingung gemacht, mit den nationalistischen officialistischen Confederacion zusammenzuarbeiten und so gemeinsam die bolivianischen Bauern zu vertreten. - Aber dieses Vorgehen ist keine Besonderheit dieser Regierung. So etwas gab es schon unter den gewählten Regierungen. Während der Regierung Guevara Arze oder L. Gueiler geschah beispielsweise das gleiche. Selbst diese gewählten Regierungen haben uns nicht anerkannt. Wir haben unsere Anerkennung durch den Kampf erzwungen. So haben wir z.B. während der Regierungszeit der gewählten Regierung L. Gueiler die nationalen Straßenblockaden organisiert. Das war am 1.12.1979. Es war unsere Antwort auf Wirtschaftsmaßnahmen dieser Regierung, welche sich gegen das bolivianische Volk richteten, insbesondere gegen die Bauern. Auch in jener Epoche haben sie uns also auf die gleiche Weise bekämpft. Und es waren immerhin rechtmäßig eingesetzte Regierungen! Was können wir dann schon von einer Militärregierung erwarten? Sie haben viele Gründe, uns zu bekämpfen, denn sie sind unsere Feinde. Wir erwarten nichts von ihnen. Diese Tatsache bedeutet aber nicht, daß wir uns unterkriegen lassen werden."

V

In dieser Zeit neuer Bombenattentate auf MIR-Leute in La Paz, der Entführung eines Gewerkschaftsfunktionärs nach der nationalen Vollversammlung der CSUTCB in La Paz, nach der Zertrümmerung des Wagens von Genaro Flores und eines Überfalls auf den Fahrer des querschnittsgelähmten Gewerkschaftsführers, fragt man sich, was von dem Versprechen der Demokratisierung, das die Militärs nun verkünden, zu halten ist. Flores, selbst Opfer eines Attentates, von Verhaftung und Folter im Juni 1981, ist nach 1/2 Jahr Krankenhausaufenthalt aus Paris wieder zurückgekehrt, um seine Aufgaben wieder zu übernehmen. Er lebt versteckt im Untergrund, trotz aktiver Mitarbeit am Wiederaufbau seiner politischen und gewerkschaftlichen Organisation. Er sieht diese Situation so: Die Möglichkeit eines Putsches seitens irgendwelcher Fraktionen des Militärs ist täglich gegeben. Zu viele Leute innerhalb der Streitkräfte haben ein ganz persönliches Interesse, auf den Regierungssessel zu gelangen. "Sie sind Teil der Korruption und der Unmoral, die es innerhalb der Streitkräfte gibt", sagt er.

Das dauernde Gerangel um den Präsidentensessel zwischen den Militärs um General Rico Toro im Gefolge von rechts-außen Arce Gomez, ehemaliger Innenminister, der gemeinsam mit García Meza im Juli 1980 geputscht hatte, bekannt als Rauschgiftmafioso und Chef der gefürchteten Paramilitärs auf der einen Seite und dem amtierenden tumben Präsidenten Torrelio sowie der uneinigen Junta der Chefs der drei Waffengattungen auf der anderen Seite charakterisiert die Situation. Das Heraufschwimmen eines neuen Kompromißpräsidenten, des weitgehend unbekanntem Brigadegenerals Vildoso zeigt nur, wie uneins die Streitkräfte untereinander sind.

VI

"Das Volk hungert" steht auf den Plakaten, die die Hausfrauen und die Bauern auf ihren marchas de hambre mit sich führen. "Wir fordern gerechte Preise". Unter anderem für diese Forderung sind in La Paz campesinos der Bauerngewerkschaft CSUTCB Ende Juli/Anfang August für eine Woche in den Hungerstreik getreten. -

Auf den Märkten haben sich die Preise für Orangen, Bananen und Tomaten, für all die zahlreichen Produkte, die die Kleinbauern Boliviens produzieren, seit Jahren kaum verändert. In die Höhe aber schnellen die Preise für Produkte der Agroindustrie, z.B. Fleisch und Zucker. Die Produzenten drohen, den Markt nicht mehr zu beliefern, falls die staatlich festgesetzten Höchstpreise nicht heraufgesetzt würden. Täglich teurer werden all die Konsumgüter, die nicht von den Bauern hergestellt werden, von den Nudeln bis zum Plastikeimer. Wie soll denn der Bauer die Preise dieser Waren noch bezahlen können?

Das Faß zum Überlaufen bringt die Ankündigung der Transportunternehmer und Taxibesitzer, ihre Preise um bis zu 250 % anzuheben, da sie bei den galoppierenden Dollarpreisen sonst ihre auf Kredit gekauften Wagen nicht abzahlen können. Die neue Re-

gierung Vildoso war zuvor auf den Vorschlag der Transportunternehmer, ihnen entsprechend dem Kurs am Parallelmarkt angepaßte Dollarverrechnungen zuzubilligen, nicht eingegangen. Die Reaktion auf diese unmäßige Fahrpreiserhöhung: Generalstreik im ganzen Land. Die Bauern wehren sich auf ihre traditionelle Weise: sie blockieren die Überlandstraßen.

VII

Wie können die Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land verändert werden?

Wahlen, ja, natürlich. Wiederherstellung der demokratischen Verhältnisse. Schafft das die Veränderung? Ist es mehr als ein Wechsel der Regierenden?

Genaro Flores, der campesino, der Aymara, sieht das gewiß anders als mancher Parteiaktivist aus der Stadt. Auch die CSUTCB hat sich auf ihrer nationalen Vollversammlung im Juli für sofortige allgemeine Wahlen ausgesprochen, darüberhinaus gefordert, eigene Kandidaten aufzustellen.

"Das Land wieder auf den konstitutionellen Weg zu führen, ist ein Mittel. Es ist ein Mittel, das wir benötigen, um die Befreiung der Bauern voranzutreiben". Ein Mittel, nicht mehr. Nicht die Lösung. Denn grundsätzlich, so seine Auffassung, ändert sich für den campesino durch die "Demokratisierung" nichts. "Welche Regierung auch am Ruder war.... und welche auch demnächst kommen wird, das Problem der Bauern lösen sie nicht. Das ist bereits bewiesen".

Heißt das, er sei der Ansicht, Veränderungen, die eine grundsätzliche Verbesserung der Lage der Bauern und Arbeiter bedeuten, würden nur mit Waffengewalt durchsetzbar sein? Eine Revolution, entsprechend den Erfahrungen von 1952?

"Das kann ich derzeit nicht sagen.... Wenn ich Dir sage, daß wir weder der heutigen Regierung vertrauen, sowenig wie wir den früheren vertraut haben noch den von Morgen trauen werden, so will ich damit sagen, daß die Zivilisten, unsere Ausbeuter aus verschiedenen politischen Lagern, Zeit hatten seit der Gründung der Republik, seit 1825. Das einzige, was sie von 1825 bis 1952 gemacht haben, war, uns zu unterdrücken, zu erniedrigen, uns bis zum geht nicht mehr auszubeuten. Uns, die wir die Mehrheit des Volkes sind.

Nach 1952, ja, nachdem diese sogenannte Revolution von 1952 gewesen war - und die kein Geschenk war, weder von Paz (Estenzorro) noch von Siles (Zuazo) noch von sonstjemandem, sondern Ergebnis des Kampfes der Bauern, Minen- und Fabrikarbeiter sowie der übrigen lohnabhängigen Bevölkerung - da kam es zu Maßnahmen wie der Agrarreform. In einer Weise stehen wir heute an der gleichen Stelle wie 1952. Es wird sich zeigen, zu welchen Kampfformen wir greifen werden. Wir müssen untereinander jetzt darüber diskutieren."

VIII

Die meisten Menschen Boliviens leben auf dem Land. - Dem campo. Der campo: weites, riesiges, einsames Land. Hochland, Täler, Urwald.

Die campesinos: Die Bauern in der Umgebung der Städte, die ihre Güter für die Märkte produzieren. Und die Bauern in den fernen Regionen, unwegsame Einsamkeit, lebend und arbeitend wie in uralten Zeiten, keine Elektrizität, keine Verbindung zur Stadt. Daraus muß doch notwendigerweise ein unterschiedlicher Grad an politischem Bewußtsein resultieren, eine ganz unterschiedliche Form, das Leben zu sehen.

Für diejenigen, die mitten in einer so harten Natur leben, dreht sich - so ist zu vermuten - das Planen und Handeln allein um die Bewältigung des täglichen Überlebens.

Gewerkschaftliche Organisation? Betrifft sie das?

"Die CSUTCB ist der wichtigste Repräsentant der bolivianischen Bauern". "Die CSUTCB repräsentiert die bolivianische Bauernschaft", sagt Genaro immer wieder.

Wer sind "die Bauern"? Inwieweit kann man ehrlichen Gewissens sagen, daß das Movimiento Tupac Katari und daß die CSUTCB Interessenvertreter aller Bauern - und nicht nur der einiger SEktoren? Möglicherweise derjenigen, die in Reichweite der Städte leben?

Genaro geht auf die Bedenken ein: "Was man aber mit aller Aufrichtigkeit sagen muß ist, daß wir natürlich nicht mit allen notwendigen Mitteln ausgestattet sind, wie sie beispielsweise den politischen Parteien zur Verfügung stehen. Diese erhalten finanzielle Unterstützung aus allen möglichen Finanzquellen aus der ganzen Welt. Sie haben die Mittel, um auch in den entlegensten Ortschaften politisch zu arbeiten.

Uns hingegen fehlen diese Mittel. Wir haben bisher oftmals nicht die Möglichkeit gehabt, um zu den compañeros zu gelangen, und - sagen wir - dort Aufklärungsarbeit zu leisten. Im Extremfall werden viele von ihnen nichtmal ihre eigene Geschichte kennen. Das kann ich garnicht abstreiten. Aber das betrifft solche Regionen wie Muñecas, Saavedra, 3 oder 4 Provincias im Departamento La Paz. In den übrigen Provinzen von La Paz haben die Bauern ein politisches Bewußtsein, da funktioniert auch unsere politische Arbeit.

Die Entfernung, die Topographie der Provinzen hat uns daran gehindert, in diesen entlegenen Provinzen politisch zu arbeiten. Ich würde sagen, auch die Agrarreform ist nicht bis dorthin vorgestoßen. Ich bin mir dieses Problems sehr bewußt. Ebenso sieht es übrigens im Departament Pando oder im Beni aus. Dort gibt es relativ wenig Bauern. Aber auch dorthin konnten wir mit unserer Arbeit kaum vorstoßen. Man gelangt dort nur mit dem Flugzeug hin, und dafür fehlt uns das Geld.

Damit wird ein weiteres Problem angesprochen. Warum zahlt der Bauer nicht seinen Gewerkschaftsbeitrag für die Erweiterung der Organisationsarbeit? Das hat seinen Grund in der Vergangenheit. Die MNR-Regierung und auch andere Parteien, ob sie sich nun Marxisten oder Nicht-Marxisten nannten, korrumpierten die Leute, in dem sie ihnen Geld gaben, sie mobilisierten mit Geldgeschenken. Aus dieser Erfahrung ergeben sich immer noch Probleme für uns.

Aber es ist nicht hinzunehmen, wenn man im Ausland behauptet, die CSUTCB repräsentiere nicht alle Bauern im Land."

Er hat die Frage als versteckten Vorwurf aufgefaßt. So war sie nicht gemeint. Im Gegenteil. Wenn man mit offenen Augen durchs Land reist, dann wird man sich der großen Schwierigkeiten be-

wußt, die bei der Organisierung der Bauern entstehen. Man erkennt die großen Probleme, die in der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung liegen, und es wird klar, wie problematisch es ist von "dem campesinado" zu sprechen als einer Einheit. Und Flores, der selbst zum indianischen Volk der Aymara gehört, weist noch auf weitere Erschwernisse bei der politischen Organisierung hin:

"Dazu kommt noch die Schwierigkeit der Kommunikation gerade mit den Aymara-Bauern. Sie sind sehr verschlossen. Wenn Du sie fragst, erfährst du erstmal nichts. Man kommt nicht an sie heran. Dagegen sind die Quechua viel offenere Menschen. Ähnliche Schwierigkeiten des Kontaktes gibt es mit der verschiedenen kleineren ethnischen Gruppen in der Umgebung von Santa Cruz. Das muß man ehrlich eingestehen. Aber die absolute Mehrheit der bolivianischen Bauern haben wir erreicht und sie repräsentieren wir."

IX

Ende August kommt die Nachricht, daß die Minenarbeiter in einen 48 stündigen Generalstreik getreten sind. Wie sagte Genaro Flores: "In einer Weise stehen wir heute an der gleichen Stelle wie 1952".....



Krise und kein Ende

Wenn hier über die sich immer weiter zuspitzende Krise in Bolivien berichtet wird, dann geschieht dies zugleich mit einer Reihe von Fragezeichen, die hinter die möglichen Perspektiven für ihre Überwindung gesetzt werden müssen.

Die Wirtschaftskrise

Es mag komisch und zugleich makaber klingen, daß schon wieder von einer Verschlechterung der Lebensbedingungen berichtet wird, nachdem wir in den letzten drei Jahren schon wiederholt festgestellt haben, daß eine weitere Verschlechterung nicht mehr denkbar sei. Trotzdem ist die Versorgung seither immer schlechter geworden. Die Streiks und die Hungermärsche mehren sich in den letzten Wochen, der Regierung klar zu machen, daß das nackte Überleben kaum noch möglich ist.

Dies ist vielleicht der beste Ausdruck für die fast aussichtslose Wirtschaftslage Boliviens. Die alljährlichen Pakete von Wirtschaftsmaßnahmen, die im Endeffekt die Grundnahrungsmittel verteuern und die die Löhne weitgehend konstant halten, haben erwartungsgemäß die Wirtschaft nicht belebt, sondern zusätzlich sogar noch die bolivianischen Unternehmer in Bedrängnis gebracht.

Die wichtigsten Indikatoren für die bolivianische Wirtschaftskrise sind: Nach der erneuten Abwertung des bolivianischen Peso im Februar auf 45 Peso für einen US-\$ ist der Schwarzmarktkurs mittlerweile bei fast 200 Peso angelangt. Zugleich galoppiert die Inflation im Land munter hinterher. Die Banken haben die DEvisengeschäfte eingestellt, weil ihnen keine US-\$ mehr zur Verfügung stehen. Auch die Regierung und die Zentralbank verfügen nicht einmal mehr über die Menge an Dollars, die monatlich zur Rückzahlung alter Kredite erforderlich ist; Importrechnungen können nicht mehr in Devisen bezahlt werden.

Durch den Rückgang des Zinnpreises und der Produktion anderer Exportgüter stehen weniger Exporterlöse zur Verfügung als vorausberechnet. Bisher verhandelte der Finanzminister ohne Erfolg über einen weiteren Überbrückungskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF), der mindestens 600 Mio US-\$ zur Verfügung stellen müßte, um Bolivien vor dem Bankrott zu retten.

Die einzigen nennenswerten Einnahmen sind die Coca-Dollars. Diese fließen unkontrolliert ins Land und entziehen durch den Schwarzmarktkurs, zu dem sie getauscht und in den Geldkreislauf integriert werden, dem Land überdurchschnittlich viel inländische Kaufkraft. Außerdem schaden die Kokain-Schmuggler der inländischen Produktion von Gebrauchsgütern, weil sie den bolivianischen Markt mit ausländischen Waren "zollfrei" überschwemmen.

Es fällt schwer, für diese seit Jahren im Prinzip kaum veränderte, nur weiter verschlechterte, Wirtschaftslage eine Perspektive aufzuzeigen.

Die Generäle suchen einen Ausweg

Nachdem es General Torrelío trotz relativer Ruhe während seiner Präsidentschaft vor allem wegen der Wirtschaftskrise nicht gelungen war, das Regime zu stabilisieren und auch nur ansatzweise einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere zu finden, hatte er vor, für die Militärs zum Rückzug zu blasen. Er wollte zivile Politiker den Karren aus dem tiefen Morast ziehen lassen. Innerhalb der Streitkräfte wird diese Vorstellung aber keineswegs von allen geteilt. Vor allem Teile der Drogen-Mafia sowie die Paramilitärs - soweit diese nicht identisch sind - widersetzen sich einer politischen Liberalisierung. Als Drahtzieher wird Oberst Arce Gomez vermutet. Auch über den Zeitplan und die weitere Beteiligung der Militärs gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Bereits über den ersten von Torrelío eingeleiteten Schritt, eine Amnestie für die politischen Oppositionellen, war im Mai auf der Kommandeurstagung keine Einigung zu erzielen. Erst im Juni wurde eine eingeschränkte Amnestie erlassen, die aber bei den Politikern im Exil mit Vorsicht und Mißtrauen aufgenommen wurde.

Nach den Vorstellungen der Regierung Torrelío sollte Anfang 1983 eine Verfassungsgebende Versammlung einberufen werden und 1984 sollten allgemeine Wahlen abgehalten werden. Nachdem selbst der Luftwaffenchef Morales öffentlich für sofortige Wahlen eingetreten ist, wurde allen klar, wie eilig es die Militärs haben, die politische Verantwortung abzugeben oder zumindest mit anderen politischen Kräften zu teilen. Vor allem zweifelt niemand daran, daß die Regierung Torrelío einen so langfristig angelegten Zeitplan selbst nicht überleben würde.

An der Abfolge und der Parallelität der Ereignisse in den Sommermonaten wird deutlich, wie verfahren und fast ausweglos die Situation ist. General Torrelío erklärte sich bereit, für jede politische Lösung offen zu sein und den Weg frei zu machen, um die Nation aus der tiefsten Krise ihrer Geschichte zu führen.

Im Juni wurde deshalb die Bildung eines Krisenkabinetts vorgeschlagen, das aus den drei bei den letzten beiden Wahlen erfolgreichsten Parteigruppierungen bestehen soll. Eine solche Regierung könne auch mit der Unterstützung der Streitkräfte rechnen, obwohl diese selbst nicht an ihr beteiligt wären, ließen sie verlauten. An den Verhandlungen, die unter der Schirmherrschaft der katholischen Kirche stattfanden, nahmen neben Vertretern der Parteienbündnisse auch der Verband der Privatunternehmer und der Gewerkschaftsdachverband COB - der eigentlich verboten ist - teil. Es kam jedoch zu keiner Einigung; u.a. weigerte sich der Führer der UDP, Siles Zuazo, mit Banzer gemeinsam eine Regierung zu bilden.

Torrelío änderte daraufhin überraschend den Zeitplan und kündigte bereits für April 1983 allgemeine Wahlen an, damit am 6. August, dem Nationalfeiertag, ein gewählter Präsident das Amt übernehmen könne.

Der Vorschlag, das 1980 gewählte Parlament einzuberufen, wurde allgemein als wenig realistisch angesehen und vor allem von den Parteien abgelehnt, die mit ihrem Abschneiden bei den Wahlen nicht zufrieden waren. Kaum hatte Torrelío seine Vorschläge für einen Übergang zu einer zivilen Regierung vorgestellt, begann seine Position innerhalb der Streitkräfte zu wanken.

Besonders die Fraktion, die jeder Liberalisierung ablehnend gegenübersteht, machte ihre Bedenken deutlich. Deshalb meldete der derzeitige Kommandeur der Militärakademie, Rico Toro, ein Vertreter der harten Linie, seinen Anspruch auf das Präsidentenamt an. In den

Streitkräften hatte sich jedoch weitgehend die Ansicht durchgesetzt, daß es den Militärs wohl kaum gelingen wird, das Land aus der Krise herauszuführen, in die sie es selbst manövriert haben. Torrelío wurde dann durch General Vildoso ersetzt, ein Offizier, der unter Banzer bereits Minister war, aber sonst bisher wenig in Erscheinung getreten ist.

Vildoso beeilte sich, zu versichern, daß er den Demokratisierungsplan seines Vorgängers auf jeden Fall einhalten wolle und daß die angekündigten Wahlen durchgeführt werden sollen.

Unterdessen herrscht bei sämtlichen Parteien rege Geschäftigkeit, und die Diskussionen nehmen kein Ende, finden aber auch kein Ergebnis. Inzwischen wird von allen, auch von den Militärs und dem Unternehmerverband, der Mitte-Links-orientierte Siles Zuazo von der UDP als einziger ernstzunehmender und aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat gesehen und akzeptiert. Aber die UDP und ihre Parteien sind sich gar nicht so klar, ob sie unter diesen Umständen die Regierung übernehmen wollen.

Die Möglichkeit, nach drei gewonnenen Wahlen nun doch an die Regierung zu kommen, ist für viele UDP-Politiker zweifellos eine Versuchung. Jedoch ist ihnen klar, daß auch sie mit der Lösung der Krise überfordert wären und sich in weiten Teilen der Bevölkerung unbeliebt machen müßten, ihre Kräfte verbrauchen und sich binnen kurzer Zeit aufreiben würden.

Aus diesem Grund ist keine der Parteien gewillt, die Regierungsgewalt, die das Militär nicht nur anbietet, sondern - wie nie zuvor - geradezu aufdrängt, zu übernehmen. Dieser politische Prozeß mit wahrlich offenem Ausgang und einigen Fragezeichen gewinnt zusätzlich an Brisanz, seit als möglicher Wahltermin jetzt auch schon der November dieses Jahres genannt wird.



Den Feind ausfindig machen und zerstören

Im folgenden Bericht geht es um eine militarisierte Zone in Kolumbien, den Caquetá. Der Bericht beruht auf über 300 Zeugenaussagen, die vor Priestern, Rechtsanwälten und Menschenrechtskomitees abgegeben wurden. Der Caquetá steht für die Gebiete Kolumbiens, die wegen angeblicher oder tatsächlicher Guerillatätigkeit militarisiert wurden, d.h. die Streitkräfte ersetzen die zivilen Behörden und üben verschiedene Formen der Kontrolle über die Zivilbevölkerung aus.

"Als ich schließlich die Toten sah, 3 Tage nachdem die Militärs sie umgebracht hatten, bemerkte ich, daß dem ermordeten Ramón Elías Cardona der Arm gebrochen worden war und daß seine Hände voller tiefer Schnittwunden waren, wie von einer Machete, einem Buschmesser. Außerdem hatte er eine tiefe Wunde im Rücken und sein Gesicht sah aus, als hätten sie ihn mit Gewehrkolben geschlagen, der Unterkiefer war gebrochen. Fabio de Jesús Herrera hatten sie den Bauch aufgeschlitzt und die Gedärme herausgerissen und sein Körper war voller Schußwunden. Dem alten Don Gilberto Duque hatten sie den Kopf abgeschlagen und ihm die Haut vom Gesicht gezogen."

"Es waren viele Militärs, die am 28. November 1981 in unser Haus eindrangen. Sie fragten meinen Mann, ob er 'Donald Florez' heiße. Er sagte nein, er heiße Donalito und wenn sie wollten, könne er ihnen seine Papiere zeigen. Aber sie wollten nicht. Sie banden ihm die Hände auf den Rücken zusammen und setzten ihn zu den anderen Gefangenen: dem 16-jährigen Juan Carlos Gómez und dem 18-jährigen Alberto Ríos. Der Befehlshaber der Truppe sagte zu meinem Mann: "Ah, Sie sind also der Leutnant der Guerilla." Er sagte nein, das sei falsch, er habe nichts damit zu tun. Dann führten sie ihn zu ihrem Militärposten ab.

Am nächsten Morgen wurden sie am Haus von Don José Collazos vorbeigeführt, wo sie um zwanzig vor sechs getötet wurden. Wir alle hörten die Schüsse. Erst waren es drei Schüsse, dann folgten einige Salven.

Ich hatte wirklich geglaubt, sie seien im Militärposten und machte mir keine besonderen Sorgen, aber so gegen zehn Uhr kam jemand und sagte, es seien drei Leute getötet worden und darunter sei mein Mann. Er erzählte, die Militärs hätten ihn gerufen, damit er die Toten nach Curillo schaffen solle. Die Militärs sagten ihm: "Da haben wir drei Hunde getötet, die uns angegriffen haben." Und während er noch wartete, sagten sie, nein, sie wollten die Toten gleich dort begraben. - Und da mir alle Leute sagten, ich solle nicht hingehen, es sei zu gefährlich, weiß ich nicht mal, wo er begraben liegt.

Ich bin eine arme Frau, wir haben nichts. Er verdiente den Unterhalt mit einer Motorsäge. Wir hatten nur die Hütte aus Brettern und Pappe und die habe ich jetzt verlassen. Ich habe vier Kinder und bin Schwanger. Die Bedingungen erlauben mir nicht, daß ich alle Kinder bei mir habe. Jetzt habe ich erfahren, daß die Militärs meine 15-jährige Tochter gefangen genommen haben und sie in der Militärbasis von Curillo festhalten.

Die Leute sagen, daß es vor der Ankunft der Truppe keine Problemegab, man konnte fischen und jagen, wo man wollte. Jetzt aber werden die Bauern mißhandelt, man läßt die Leute nicht mehr arbeiten, sie werden ermordet. Sie haben doch nichts getan... Ich brauche Hilfe, denn ich bin krank und arm. Und ich brauche Hilfe, damit meine Tochter freikommt."

"Und was hast du gesehen, als dich das Heer festhielt und mitnahm?"

- Sie hängten die Frauen auf, verbrannten ihre Mäuler mit brennenden Holzstücken. Sie zündeten ihre Hütten an mit allem, was drin war. Sie raubten ihre Hühner

und Schweine und töteten ihre Männer.

- Hast du jemanden erkannt, den sie zu Tode folterten?

- Ja, einen Herrn Jesús Pastrana. Sie hängten ihn auf und schnitten ihm die Ohren und die Finger ab. Sie fügten ihm Verbrennungen zu und schnitten die Gelenke ab. Schließlich schnitten sie ihm die Hoden ab. Dann holten sie ihn mit verhülltem Gesicht hervor, damit wir ihn nicht erkennen sollten, zertritten ihn auf ein Stoppelfeld und gaben ihm ein paar Schüsse.

- Das habt ihr alles sehen können?

- Ja, wir konnten es gut sehen, denn wir mußten unter einem Baum sitzen, wo wir alles hören und sehen konnten... Wir bekamen auch mit, wie andere Leute gefoltert und ermordet wurden, jeden Tag fehlte jemand von denen, die die Armee gefaßt hatte und die mit ihnen durch die Berge marschieren mußten wie wir. Die Namen kenne ich nicht.

- Und was sagten die Militärs, wenn sie folterten?

- Nun, daß sie Guerilleros seien, daß sie Waffen hätten und daß sie die Guerilla unterstützen würden... und alles mögliche."

"Wir waren im Haus. Es war so gegen 9 Uhr abends, als drei bewaffnete Typen ankamen. Sie führten uns aus dem Haus, knebelten uns und trieben uns zur Militärbasis. Das war am 6. Dezember 1981. Mein 60-jähriger Vater war bei mir. Dort, in der Militärbasis, mußten wir eine zeitlang auf dem Bauch liegen. Dann mußten wir aufstehen und sie verbanden uns die Augen. Als sie einen Augenblick nicht aufpaßten, konnte ich die Augenbinde herunterziehen und sah, wer uns führte. Es waren Soldaten der Militärbasis! La Canelo! Sie führten uns zu einem offenen Grab. Das Grab hatten sie selbst geschaufelt. Es war sehr groß und wir wurden zu sechst dort hineingesteckt. Wir mußten auf dem Rücken liegen, die Arme ausstrecken und sie stießen mit ihren Bayonetten auf uns ein. Dann stachen sie uns damit durch den Hals. Als sie uns erstochen hatten, gaben sie uns Fußtritte und wer sich noch bewegte, erhielt weitere Tritte. - Dann stachen sie weiter mit dem Bayonett auf mich ein. Ich blieb ganz still. Als sie mir ins Gesicht leuchteten, atmete ich nicht. Dann vergingen fünf Minuten bis sie sagten: "Dieses Gesindel ist sicher schon kalt" und so warfen sie uns, einen nach dem anderen, in eine Grube. Ich war der letzte, mein Vater der Vorletzte. Bevor sie uns töteten, hatten sie meinem Vater einen Fußtritt gegeben und sagten, er sei es, der die Guerilla mit Lebensmitteln und Medikamenten versorge, er würde diese Leute unterstützen. Er antwortete, er sei ein einfacher Bauer, er sei alt und habe viel gelitten und wisse nichts davon. Er sei ein guter Bürger und die Politiker hier im Caquetá würden ihn gut kennen. Sie sollten ihn nicht so einfach töten, sondern wenigstens eine ernsthafte Untersuchung über sein Verhalten anstellen... Und sie hatten auch kein Mitleid mit der Mutter..."

So lagen wir dort im Grab, eng nebeneinander. Sie sagten: "Man muß etwas Erde darauf werfen." Und so fingen sie an, Erde auf uns zu werfen. Da hörte ich, wie eine Stimme vom Fluß her rief: "Kommt schnell!" Und die Militärs liefen alle schnell zum Fluß runter. Als ich sie laufen hörte, zog ich die Augenbinde runter, trennte mich von den Toten und verschwand aus dem Loch. Ich lief etwa 30 Meter und versteckte mich. Dann hörte ich, wie sie zurückkamen und sagten: "Einer ist weg. Es ist der und der." Und sie suchten mich, fanden mich aber nicht. Dann sagten sie: "Der wird schon sterben, der ist schwer verletzt. Dann finden wir ihn." Sie fuhren fort, die anderen fünf zuzuschaukeln."

"- Señor, haben Sie dort Leichen gesehen?

- Ich selbst habe sie nicht gesehen, aber einer meiner Schwiegersöhne hat sie gefunden. Sogar ein junges Mädchen war darunter. Sie war völlig nackt und mit ein paar Blättern bedeckt... Die Leichname lagen in einer kleinen Grube, so etwa 30cm tief.

- Haben Sie sie beerdigt?

- Nein, das hat keiner gewagt. Wir alle leben hier in großer Angst, denn das Militär kontrolliert uns genau.

- Dann haben die Tiere die Leichname gefressen?

- Ja, die Hunde und die Vögel. Manchmal sehen wir einen Hund hier mit dem Schienbein von einem Jungen rumlaufen, das Bein hatte er ihm ausgerissen und dann sahen



Ereignisse, wie sie in diesen Aussagen geschildert werden, gehören inzwischen zum Alltag in Caquetá. Der Caquetá liegt im Amazonasbecken im Südosten des Landes und ist mit 106.325 km² das viertgrößte Department. Die Bevölkerung wird auf etwa 300.000 geschätzt, d.h. es kommen etwa 3 Einwohner auf einen Quadratkilometer. Damit ist es eine der am dünnsten besiedelten Regionen des Landes. Die Bevölkerung besteht zum großen Teil aus Siedlern (Colonos), die aus anderen Departments einwanderten. Nur 25% des Territoriums ist bis jetzt landwirtschaftlich erschlossen (5% Ackerbau, 20% Viehzucht). Die Landreformversuche der 60er Jahre verschärften die Bödenbesitzverhältnisse und förderten den kapitalistischen Anbau von Exportproduktion und extensive Viehzucht auf Kosten des Anbaus von Grundnahrungsmitteln durch Kleinbauern. Es ist auffallend, in welchem Ausmaß der Anbau von Subsistenzmitteln wie Reis, Mais, Yuca und Bananen abnahm zugunsten von Kaffee, Kakao, Kautschuk und Zucker und gleichzeitig eine parasitäre Schicht von Händlern und Kaufleuten sich ausbreitete. Auch ließ sich ein Teil der berüchtigten Rauschgiftmafia im Caquetá nieder und widmet sich dort dem Cocaanbau und seiner Verarbeitung. Auch Militärs profitieren von diesem Geschäft, unter dessen Begleiterscheinungen - insbesondere der Inflation - in erster Linie die arme Bevölkerung leidet. Auffallend ist auch das Fehlen von kleiner und mittlerer Industrie (und überhaupt von produktiver industrieller Aktivität) in den Städten, was ein Fehlen von Arbeitsplätzen zur Folge hat und die Importe von lebensnotwendigen Gütern zu teuren Preisen bedingt. Angesichts der durch diesen Prozeß in Gang gesetzten Verelendung und Vertreibung der Kleinbauern und Colonos bildeten sich verschiedene Ansätze von Landbewegungen heraus, die in der Regel militärisch unterdrückt wurden. So wurde z.B. im Juli 1972 die Hauptstadt des Caquetá, Florencia, zehn Tage lang von Colonos besetzt, die von der städtischen Bevölkerung unterstützt wurden. Ihr Protest richtete sich gegen die staatliche Unterstützung und Förderung der extensiven Viehzucht, die die Existenz von Kleinbauern und Colonos bedroht. Dieser massive Protest konnte allerdings den Prozeß der Verelendung nicht aufhalten. Die Landflucht nahm zu, zum einen in andere Departments im Inneren des Landes, zum anderen in die Randviertel Florencias. Die

städtischen Problem wie Arbeitslosigkeit und das Fehlen von Wohnraum verschärften sich und es kam zu einem rapiden Anwachsen von Stadtteilbewegungen, die ihren Protest in zivilen Streiks ausdrückten. Der wichtigste wurde im Juli 1977 von der gesamten Bevölkerung und ihren wirtschaftlichen und politischen Organisationen getragen. Die Antwort des Staates bestand in der Militarisierung des Gebietes, d.h. zwischen 1978 und 1980 übernahmen die Militärs die Funktion der zivilen Behörden. Es wurden Militärposten eingerichtet, die Versammlungs- und Organisationsfreiheit sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung wurden eingeschränkt. Für den Transport von Gütern ist eine Genehmigung erforderlich. Die Kontrollmaßnahmen schränken weiter das Recht auf Eigentum, Freizügigkeit, Arbeit und körperliche Unversehrtheit ein. Die Militarisierung hat aber noch eine weitere und wichtigere Ursache: der Caquetá ist das Rückzugsgebiet von zwei Guerillaorganisationen, der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias Colombianas - Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens, eine der kommunistischen Partei nahestehende militärische Organisation) und M-19 (Movimiento 19 de Abril). Die FARC sitzen schon seit Jahren im Nordosten des Departments. M-19 erkor sich ungefähr ab 1979 den südwestlichen Teil des Caquetá zum Rückzugsgebiet, wo sie eine starke Front aufbauten. Die Angaben über die Stärke der Guerillaorganisationen sind unterschiedlich, man munkelt es seien mehrere tausend Mann. Unter den revolutionären militärischen und/ oder politischen Organisationen ist die M-19 sicher die Gruppe, der die kolumbianische Bevölkerung die meisten Sympathien entgegenbringt und somit werden sie von der Regierung als potentiell gefährlicher Gegner gesehen.

»Den Feind ausfindig machen und zerstören«

Der Kommandant der Armee, General Fernando Landazábel Reyes (wahrscheinlich demnächst Verteidigungsminister unter dem neuen Präsidenten Belisario Betancur) richtete im Januar 1981 das Operationskommando Nr. 12 (Operativo No.12) ein, dessen Ziel und Zweck in großen Lettern über dem Eingang des Bataillons ' Juanambú ' in Florencia steht: ' den Feind ausfindig machen und zerstören ' (localizar y destruir al enemigo). Der General verlangt Unterstützung und Mitarbeit von Seiten der Bevölkerung: " Hiermit möchte ich festhalten, daß diejenigen, die unserer Sache gleichgültig oder abgeneigt gegenüber stehen, mit Sicherheit an der Aktivierung des Chaos beteiligt sind... " Hierin drückt sich die Logik der regulären Truppen wie auch der auf Counterguerilla spezialisierten Einheiten aus, die in ihrer Repressionsstrategie davon ausgehen, daß der Bauer perse ein Kollaborateur der Guerilla ist. Der Befehlshaber des Kommando Nr.12, das aus 12-17000 Mann besteht (zum Vergleich: in der Provinz Moarán in El Salvador befinden sich zur Zeit 6000 Soldaten) ist der Oberst Luis Eduardo Barragan Gutierrez, der laut Landazábel besonders spezialisiert ist im Antiguerrillakampf und über eine langjährige Erfahrung verfügt. Das Operationskommando Nr.12, die ' Ambulante Brigade ' ist von der technischen Ausrüstung und der Zahl der Soldaten her gesehen genauso groß wie jede andere Brigade, aber es verfügt über keine Kasernen: seine Funktion besteht in der Bekämpfung der bewaffneten Gruppen in ländlichen Gebieten, im Moment im Südwesten des Caquetá (also dort, wo die M-19 sitzt), in El Pato (Huila), Guayabero, Llanos de Yarí und in der Serranía de la Macarena. Zu der technischen Ausrüstung gehören neben modernen und hochentwickelten leichten Waffen auch schwere Waffen, Hubschrauber und Flugzeuge. Im südwestlichen Caquetá sind in den am dichtesten besiedelten Zonen Militärbasen eingerichtet worden. Die militärische Offensive begann im Mai 81, nachdem ein von M-19 entführtes Flugzeug mit einer Ladung Waffen im Fluß Orteguzo im Caquetá landete.

Anatomie einer abgelegenen Region

Zur Zeit ist die Hälfte des Caquetá vollständig, der Rest teilweise militarisiert. Ein Viertel des Department ist absolut gesperrt und unzugänglich seit Dez.81; sämtliche Land- und Wasserwege werden kontrolliert. Die im Rahmen der Militarisierung eingeführten Kontrollmaßnahmen umfassen:

Passierschein- und Einwohnerkontrolle: Die gesamte Bevölkerung muß sich bei dem zuständigen Militärposten melden, wo sie Passierscheine mit Foto erhält, ohne die sich niemand - auch in der näheren Umgebung - frei bewegen darf. (Anmerkung: In Kolumbien gibt es keine Meldepflicht). Wer ohne (oft sogar mit) Passierschein angetroffen wird, läuft Gefahr, standrechtlich erschossen zu werden.

Kontrolle der Lebensmittel: Die Militärs bestimmen, wieviel Lebensmittel eine Familie pro Woche kaufen darf. Die erlaubte Ration ist so gering, daß sie für die Versorgung einer Familie nicht ausreicht. Bei jedem Einkauf muß der Kommandant die Lebensmittelliste unterzeichnen. Später wird der Einkauf anhand der Liste kontrolliert. Diese Kontrolle schränkt den gesamten Warenverkehr ein, was bedeutet, daß die Bauern ihre Produkte auch nicht mehr vermarkten können. Ziel dieser Maßnahme ist es, zu verhindern, daß die Bevölkerung die Guerilla mit Nahrungsmitteln versorgt.

Kontrolle von Medikamenten: Arzneimittel gegen die vorherrschenden Krankheiten wie Malaria und Schlangenbisse sind nicht erhältlich und dürfen nicht aufbewahrt werden. Dadurch stieg die Häufigkeit von Malaria z.B. stark an. Auch diese Maßnahme wird damit begründet, die Überlebenschancen der Guerilla einzuschränken, als sei selbige nicht zumindest soweit organisiert, sich solche Dinge anderweitig zu besorgen.

Weitere militärische Maßnahmen sind: eine psychologische Kampagne über die Massenmedien, Verteilung von Werbebroschüren gegen die Guerillabewegungen (Tenor: der Kommunismus zerstört unsere heiligen Werte wie Familie, Staat, Kirche, nimmt dem kleinen Mann alles weg und sät Haß); das Recht auf Versammlungsfreiheit und gemeinsame Arbeit ist eliminiert. Wer die Ausgangssperre, die um 18 Uhr beginnt, nicht einhält, muß damit rechnen, erschossen zu werden. Es wurden regelrechte Folterzentren eingerichtet, dazu gehören die Militäreinrichtungen, das Militärhospital in Venecia und Kellergewölbe in Solano.

Es ist offensichtlich, daß nicht die Lager der bewaffneten Gruppen, sondern die Zivilbevölkerung die Zielgruppe dieser militärischen Maßnahmen des Antiguerillakampfes darstellt. Die Zivilbevölkerung muß ihre "Unschuld" unter Folter beweisen. So wurde insbesondere die bäuerliche Bevölkerung zum Opfer illegaler und willkürlicher Verhaftungen mit der generellen Begründung, zur Guerilla zu gehören oder sie zu unterstützen. Den Gefangenen werden keine Gründe für ihre Verhaftung genannt, Viehweiden werden von Militärs zu Konzentrationslagern umfunktioniert, wo die Gefangenen ohne Essen und Trinken tagelang an Bäumen festgebunden dem Wetter ausgesetzt und ständig mit dem Tode bedroht werden. Ermittlungen werden ersetzt durch Verhöre unter Folter, Urteilsprechungen werden durch das 'Verschwinden lassen' ersetzt. Begriffe wie 'Tod' und 'Verschwinden' gehören immer mehr zum Alltag der Bevölkerung im Caquetá. Immer wieder werden brutal verstümmelte Leichen in der Nähe der Dörfer gefunden oder treiben die Flüsse herunter. In einem Jahr sind über 100 Bauern **b e w i e s e n e r m a ß e n** ermordet worden. Zig weitere bleiben verschwunden, nachdem Militärpatrouillen sie mitnahmen, viele Leichen können nicht mehr identifiziert werden. Das Beerdigen der Leichen ist zu einem Wagnis geworden, das die Militärs als verdächtige Tat ansehen und oft mit dem Tod bestrafen. Wo schon das Leben so wenig geachtet wird, verklingt jede weitere Forderung nach Grundrechten im Winde. Zeugenaussagen belegen, daß die Militärs in der Regel nach folgendem Schema vorgehen:

Die Bevölkerung hängt von der Gnade der Truppe ab, die ein Dorf einnimmt, um die Hütten zu durchsuchen. Die Durchsuchung wird häufig zum Raub allen Eigentums der Bauern. Nahrungsmittel, Geld, Kleidung u.ä. werden gestohlen, die Ernte verbrannt, das Vieh mitgenommen, die Möbel zerstört, und oft sogar die Hütte angezündet. Die Mehrheit der männlichen Bevölkerung - von Kindern bis hin zu Alten - werden mitgenommen und gefoltert: an Bäumen festgebunden und ohne Nahrung warten sie auf die Folter. Die Folter beginnt damit, daß sie mit auf dem Rücken zusammengebundenen Händen aufgehängt werden. Zwischen Schlägen - zum Teil mit Gewehrkolben gegen besonders empfindliche Körperteile, Verbrennungen, Messer- und Bayonettstichen, fast immer Todesdrohungen werden sie gefragt 'wo die Waffen sind'. Langes Untertauchen des Kopfes in Wasser oder Kot, Elektroschocks u.ä. sind weitere Methoden, wenn die ersten nannten keine 'Wirkung' zeigen. Um Auskunft zu erzwingen, wird häufig ein

Gefangener vor dem anderen Gefangenen ermordet. Wenn die Männer sich vor Ankunft der Militärs im Wald verstecken, werden die Frauen festgenommen und vergewaltigt, oft mit einem unbeschreiblichen Sadismus, damit sie den Aufenthaltsort der Männer verraten. Die Urwaldregionen werden von Hubschraubern und Flugzeugen aus bombardiert, um die Männer aus ihren Verstecken in Richtung Militärposten zu treiben.

Falls die Gefangenen wieder freigelassen werden, sind sie verpflichtet, sich regelmäßig, oft alle 2-3 Tage, bei der zuständigen Militärbehörde zu melden. Diese Posten liegen oft mehrere Tagesreisen von ihrem Dorf entfernt.

Die Freigelassenen werden auch oft unter eine dreifache Alternative gestellt, aus der es keinen Ausweg gibt: zum Kollaborateur der Militärs zu werden und sich den zivilen Counterguerillagruppen anzuschließen, sich der Guerilla anzuschließen oder getötet zu werden.

Diese zivilen Counterguerillagruppen oder auch Todesschwadronen wurden in verschiedenen Dörfern von den Militärs geschaffen. Sie bestehen aus Jugendlichen, die der Bevölkerung bekannt sind. Viele wurden selbst gefoltert und konnten ihr Leben nur dadurch retten, dem Druck ihrer Folterer nachzugeben. Zum Teil werden sie bezahlt und können sich von der Bedrohung durch eigene repressive Maßnahmen befreien. So brachte das Schwadron 'Machete', dessen Mitglieder als Einwohner des Dorfes San José del Fragua bekannt sind, an einem Sonntag im April 1982 den 75-jährigen Don Rosendo Cuéllar mitten auf dem Dorfplatz vor den Augen der Bewohner um. Das Dorf ist seit Bestehen der Gruppe tot, viele Bewohner sind fortgezogen, das Gemeindeleben ist durch den Terror zerstört. Die Zeugenaussage eines Bauern aus San José besagt:

"Einen meiner Brüder nahmen die Militärs fest und folterten ihn, fesselten ihn und gaben ihm Fußtritte. Er sagte, die Guerilla sei noch nicht mal an seiner Hütte vorbeigekommen. Sie wollten ihn zwingen, sich der Counterguerilla anzuschließen. Aber er sagte: 'Wie können wir uns mit Blut beflecken? Wie kommt jemand dazu, Leute auszuliefern zu lügen und unschuldige Menschen auszuhändigen?' Und sie boten ihm Geld an. Sie drohten damit, ihn zu töten, wenn er nicht zur Counterguerilla ginge. Er mußte zustimmen."

Aber die Repression bleibt nicht auf die Wälder beschränkt, wo das Operationskommando Nr.12 im Schutz der Einsamkeit ungestraft alle Arten der Barbarei an den Bauern praktizieren kann. Den Gewerkschaften in Florencia wurden per Dekret sämtliche Arten von politischen oder gewerkschaftlichen Treffen untersagt und auch das Wahlrecht wurde drastisch beschnitten, indem die Militärs unter Androhung des Todes befahlen, die Stimme für einen Kandidaten der Regierungsparteien abzugeben. (Anmerkung: Der Wahlsieg Betancurs ist allerdings nicht mit diesen Repressalien zu erklären.)

Flüchtlingslager in Florencia

Angesichts dieser Situation sehen sich mehr und mehr Familien gezwungen, in die Hauptstadt Florencia abzuwandern. Dort befinden sich gegenwärtig 600 Familien in einem Flüchtlingslager und in den Randvierteln täglich kommen im Schnitt 10 Familien nach Florencia, um dem Militärterror auf dem Lande zu entkommen. Ihr bißchen Hab und Gut mußten sie zurücklassen, oder das Militär hatte es ihnen gestohlen, in der Regel wurde mindestens ein Familienglied gefoltert oder ermordet oder ist verschwunden. In Florencia sind sie erstmal arbeitslos. Es fehlt an Nahrung, die Unterernährung nimmt zu. Die fehlenden sanitären Einrichtungen lösen Krankheitsepidemien aus, die nur unzureichend behandelt werden können, da Medikamente ja nicht frei erhältlich sind.

Die Logik der Repression

'Den Feind auffinden und zerstören', lautet die Devise des Operationskommando Nr.12. Bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zeigt die Counterguerilla ihr wahres Gesicht: die gewaltsame Repression wird mit dem Ziel gerechtfertigt, Ruhe und Ordnung zu schaffen.

Wer ist nun der ominöse Feind, den es zu bekämpfen gilt? In der repressiven Praxis des Militärapparates dieser Region werden die Widersprüche in der Logik ihrer Arbeitsweise deutlich: auf der einen Seite möchten sie die Bevölkerung auf ihre Seite ziehen im Kampf gegen die politisch-militärischen Organisationen, auf der anderen Seite wird die Bevölkerung selbst das Ziel der Repression, sie wird zum Feind, der vernichtet werden muß. Während die Armee eine defensive Haltung gegenüber der Guerilla einnimmt, richten sich ihre Offensiven gegen die Zivilbevölkerung. Diese Logik, die die Zivilbevölkerung zum Hauptziel der Repression hat, verfolgt ein doppeltes Ziel: die Aushöhlung der potentiellen oder tatsächlichen Basis der politisch-militärischen Organisationen und die Schaffung eines Klimas von Angst und Schrecken, das die Bevölkerung lähmt und sie politisch und sozial handlungsunfähig macht. Die große Mehrheit der Opfer der Militärs sind Männer zwischen 15 und 35 Jahren. Das zeigt, wie die Strategie gegenüber der Guerilla auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt wird: innerhalb der Bevölkerung soll der Teil ausgerottet werden, der sich potentiell mit der Waffe in der Hand erheben könnte. Counterguerilla wird zum Völkermord. Von der Vernichtung der Guerilla zur Vernichtung der Bevölkerung ist der Schritt nicht groß, einer Bevölkerung, die schuldig ist oder sein könnte oder werden könnte, Guerilleros nicht auszuliefern oder sie zu unterstützen.

Offensichtlich gibt es in Caquetá kaum bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Militär. Die Soldaten des Operationskommando Nr. 12 äußern in Gesprächen auch offen ihre Angst vor der Guerilla: die Guerilleros kennen die Region, sie sind mit guten und modernen Waffen ausgerüstet und werden von der Zivilbevölkerung unterstützt. Außerdem glauben sie, daß der Guerilla geheimnisvolle Kräfte zur Seite stehen (operan con mística). Wenn es zu Auseinandersetzungen kommt, dann gibt es nur Tote, keine Gefangene. Das hängt sicher nicht mit der Treffsicherheit der Soldaten zusammen, sondern mit der gegenwärtigen Strategie, keine Gefangenen mehr zu machen. Die vielen Anprangerungen u.a. von Amnesty International gegen Folter, Mißhandlungen und den Massenprozeß gegen 217 mutmaßliche Mitglieder der M-19 in kolumbianischen Gefängnissen hat die demokratische Fassade dieses Landes zum Bröckeln gebracht. Die Regierung kann sich gegenwärtig keine weiteren Skandale in ihren Gefängnissen erlauben. Die Liquidierung der Bevölkerung dagegen findet fernab von nationaler und internationaler Berichterstattung statt. Gleichgültig, ob die Toten Guerilleros oder einfache Bauern sind, die Militärs begründen ihren Tod mit: 'im Kampf gefallen' oder 'auf der Flucht erschossen'. Damit schaffen sie sich gleichzeitig die Rechtfertigung für ihr Vorgehen: je mehr Tote sie als gefallene Guerilleros ausgeben, desto notwendiger erscheint es, gegen die Aufständischen vorzugehen, um den Frieden wiederherzustellen. Und im Notfall muß dann die Bevölkerung einer Region geopfert werden, wenn es darum geht, die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten.

Der Caquetá: Ausnahme oder Prototyp?

Inwiefern ist die Situation im Caquetá beispielhaft für die militarisierten Zonen Kolumbiens bzw. was ist das Besondere daran? Militarisierte Zonen gibt es seit langem in Kolumbien, dazu gehören das mittlere Magdalena und Teile des Departments Córdoba, Sucre, Chocó, Antioquía, Cundinamarca, Narino, Putomayo, Huila, Meta, Arauca, Tolima, Caldas, Cauca, und der Guajira. Es gab auch immer wieder Bombardierungen ländlicher Gebiete, zum Beispiel der 'Unabhängigen Republiken'. In den 60er Jahren bombardierten nordamerikanische Militärs noch selbst die Gebiete, die als 'Unabhängige Republiken' bezeichnet werden, da sie Strukturen der Selbstverwaltung und Autonomie aufbauten. Inzwischen hat das kolumbianische Militär diese Aufgaben übernommen. 1980 wurde die Zone 'El Pato' in Huila bombardiert, seit Mitte 1982 werden Bombardierungen im mittleren Magdalena bekannt. Das Vorgehen der Militärs gegen die Zivilbevölkerung folgt in allen diesen Zonen den gleichen Schemata und Prämissen. Es gibt auch in diesen Zonen Flüchtlinge, allerdings hat es den Anschein, als sei die Repression in Caquetá weitaus intensiver als in anderen Gebieten. Das hat verschiedene Gründe: Der Caquetá ist nun mit Sicherheit weder von der Bevölkerungszahl noch wirtschaftlich von besonderer Bedeutung. Sicher gibt es dort wertvolle Edelhölzer, es kann auch sein, daß es dort Erdöl gibt, aber es handelt sich nicht um eine wirtschaftliche Kernzone. Dafür ist der Caquetá eines der wichtigsten Gebiete für die 'unterirdische

Wirtschaft': als Anbau- und Verarbeitungsgebiet von Coca nimmt der Caquetá eine wichtige Rolle ein. Da bekanntlich Teile des Militärs sich diesem Geschäft, insbesondere dem Schmuggel, intensiv widmen, ist ihr ökonomisches Interesse an dieser Region verständlich. Strategisch gesehen nimmt der Caquetá eine Schlüsselstellung für den Süden Kolumbiens ein. Der Zugang zu den besiedelten Provinzen des Südwestens ist günstig, gleichzeitig stellen die Wasserwege die Verbindung zu den unerschlossenen Urwaldregionen des Südostens dar. Die Entfernungen zu den Nachbarländern Brasilien, Venezuela und Ecuador sind nicht groß.

Die Zentralregierung hat die Grenzgebiete stets vernachlässigt, was nicht nur dazu führte, daß es der Bevölkerung an 'Nationalgefühl' mangelt, sondern, daß sich auch starke Volksbewegungen herausbildeten. Die zunehmende Stärke dieser Volksbewegungen, die sich durch staatliche Befriedungspolitik nicht mehr absorbieren ließen, waren der Auslöser für die Militarisierung. Die Repression richtete sich gegen alle Formen der Organisation: von Basisgemeinden über Gewerkschaften und Bauernbewegungen bis hin zu dem linken Wahlbündnis 'Frente Amplio'. Alle Organisationen erlitten schwere Schläge. Die Tatsache, daß neben einer organisierten, politisch bewußten Bevölkerung eine politisch-militärische Organisation, die FARC, existierte, erschien der Regierung bedrohlich, aber das Hinzukommen von M-19, der Guerillaorganisation, der die Sympathie eines großen Teils der Bevölkerung gehört und deren Aktionen der Regierung offensichtlich gefährlich erscheinen, verstärkte vom Blickpunkt der Herrschenden aus gesehen das Gefahrenpotential, das von dieser Provinz ausgeht. Ein 'befreites' Gebiet in seinem Territorium kann sich kein Staat leisten. Auch wenn der Caquetá noch weit davon entfernt war, sich zum 'befreiten Gebiet' zu erklären, so machte aber doch die politisch-organisatorische Konstellation diesen Weg möglich.

Der Zweck der militärischen Vorgehensweise, die Bevölkerung zu liquidieren, ist offensichtlich die effektivste Methode, Unruheherde auszulöschen. Der Versuch, der Guerilla ihre Basis zu entziehen, kann in einem Fall wie dem von Caquetá nicht nur ideologisch oder durch Verbreitung eines Klimas von Angst und Schrecken erfolgen, sondern diese Basis muß als revolutionäres Potential physisch ausgelöscht werden.

Abschließender Aufruf

Der Wechsel der Regierung am 7.8.1982 veranlaßt eine Reihe von Organisationen und Gruppen in Kolumbien dazu, die Menschenrechtsorganisationen in aller Welt dazu aufzurufen, von der neuen Regierung zu fordern, daß sie ihre Haltung in Bezug auf die Menschenrechte radikal ändert.

Alle Personen und Gruppen, die sich mit den Menschen solidarisch fühlen, deren grundlegende Rechte angegriffen werden, rufen wir hiermit dazu auf, von der neuen Regierung in Kolumbien in Form von einer Briefaktion und/oder durch eine Kampagne zu fordern:

- unmittelbare Entmilitarisierung des Departments Caquetá und der anderen militarisierten Zonen.
- Entschädigung der Witwen, deren Männer durch militärische oder paramilitärische Kommandos umgebracht wurden.
- Entschädigung derjenigen Personen, die der Folter unterzogen wurden und deren Besitztümer geraubt wurden.
- Einrichtung einer Kommission, auf oberster Ebene, die die Rückkehr der Bauern in ihre Dörfer gewährleistet, sowie ihr Recht auf Arbeit und Sicherheit auf dem Land.
- Informationen über Aufenthaltsort und Schicksal der Personen, die aus ihren Dörfern verschwunden sind.
- Gerichtsverfahren für die Personen, die für Folter und Morde verantwortlich sind.

Briefe an: Señor Presidente de la República de Colombia, Belisario Betancur Cuartos
Palacio San Carlos
Bogotá

PERU

»Ich fühlte mich zum ersten Mal wirklich nützlich«

Frauen in den Elendsvierteln von Lima

Lima, die Hauptstadt von Peru hat wie fast alle Großstädte in den Ländern der Dritten Welt das Problem mit dem explosionsartigen An wachsen der Bevölkerung.

Ab Mitte dieses Jahrhunderts setzte in Peru eine große Landflucht ein. Auf Grund der völlig falschen Agrarpolitik der verschiedenen Regierungen verloren immer mehr Bauern und Landarbeiter ihr Land oder ihre Arbeit und drängten in die großen Städte auf der Suche nach einem Lebensunterhalt für sich und ihre Familien. Dort kamen sie völlig mittellos an und fanden natürlich keinen Platz zum Wohnen.

So waren sie gezwungen, sich in Gruppen zusammenschließen und freies Gelände zu besetzen, wo sie ihre Hütten aufbauten. Diese Invasion hält bis heute an und der Gürtel von "Pueblos Jovenes" (junge Dörfer, wie die Elendsviertel in Peru genannt werden) wächst immer weiter um das Zentrum herum. Heute leben von den etwa 6 Millionen Einwohnern Limas mehr als ein Drittel in solchen Siedlungen.

Diese Landbesetzungen sind am Anfang immer hart und oft blutig. Die Bewohner müssen darum kämpfen, vom Staat als neue Siedlung anerkannt zu werden. Dabei werden sie oft von der Polizei vertrieben. Alle Regierungen haben sich bisher mit verschiedenen Methoden das Problem vom Hals schaffen wollen. Das Prinzip ist aber immer das gleiche: Da die Landbesetzungen nicht zu verhindern sind, versucht man die ganze Verantwortung auf die Bewohner selbst abzuwälzen. Ihnen wird zwar das Land zur Verfügung gestellt, dafür müssen sie aber für alles andere selbst aufkommen, d.h., für die Häuser und die ganze Infrastruktur wie Licht, Kanalisation, Wasser etc. Damit zieht sich der Staat mit seinen sozialen Verpflichtungen aus der Affäre.

Um diesen Kampf gegen die Repression und Bürokratie zu gewinnen, müssen sich die Bewohner eines Pueblo Joven gut organisieren. Die Struktur dieser Selbstverwaltung sieht folgendermaßen aus: Jeder Häuserblock oder -zeile bildet eine "Nachbarschaftskomitee". Dieses Komitee wählt 5 Verantwortliche für verschiedene Ressorts (Finanzen, Gesundheit, Kultur etc.). Aus den Reihen dieser Verantwortlichen wählen alle Bewohner die Stadtteilleitung, die sogenannte "Directiva Central".

Seit Ende 1979 haben sich alle Pueblos Jovenes in Lima und Callao zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, der FEDEPJUP (Federacion Departamental de Pueblos Jovenes y Urbanizaciones Populares). Ziel dieser Organisation ist es, die Probleme und Aktionen der einzelnen Pueblos Jovenes zu koordinieren und eine starke versierte Kraft zu bilden. Diese Aufgaben stecken aber noch in den Anfängen.

Zu Gast in Berlin war die Verantwortliche für Frauenangelegenheiten der FEDEPJUP, Nelly Rumrill. Nelly lebt im Pueblo Joven "Rescate" (die Befreiung), das seit 10 Jahren existiert. Sie ist Gründerin des dortigen Frauenkomitees und war lange Mitglied in der Stadtteilleitung.

Hier ein Bericht über die Landbesetzung von "Rescate", ihre Arbeit mit den Frauen und aus ihrem persönlichen Leben.

"Ich heiße Nelly Rumrill, bin 45 Jahre und Mutter von 11 Kindern. Wie die meisten Bewohner Limas stamme ich vom Land, aus Iquitos im peruanischen Urwald. Schon mit sechs Jahren mußte ich meiner Mutter zur Hand gehen, die dort als Wäscherin und Dienstmädchen in einem Kloster arbeitete. Dort bin ich ziemlich abgeschlossen und weltfremd aufgewachsen. Die Schule konnte ich nur bis zum 5. Schuljahr besuchen.

Seit 22 Jahren lebe ich mit meiner Familie in Lima. Bevor ich an der Landbesetzung von Rescate teilnahm, war ich eine ganz normale Hausfrau, die ihren Haushalt und ihre Familie versorgte und nebenher durch Nähen und andere Arbeiten etwas Geld verdiente, da der Lohn meines Mannes kaum zum Nötigsten ausreichte. Um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen, möchte ich gleich am Anfang hinzufügen, daß ich auch heute noch meinen Hausfrauenpflichten nachkomme. Mir ist aber durch die Erfahrungen in unserem Kampf klargeworden, daß wir Frauen neben unseren Aufgaben im Haus und mit den Kindern auch eine Aufgabe im Klassenkampf haben. Da wir arme Leute sind, müssen wir uns unsere Interessen selbst erkämpfen, zum Beispiel in dem wir Land besetzen, um einen Platz zum Wohnen zu haben.

Die Landbesetzung

Am 1. Oktober 1972 besetzten wir mit 1 500 Familien das Gelände, das heute "Rescate" heißt. Damit fing ein langer harter Kampf an, in dem wir uns gegen die Vertreibung wehren mußten. Am 3. Tag der Besetzung gab es einen brutalen Polizeieinsatz bei dem viele Leute verletzt wurden und die Polizisten unsere Strohhütten niederrissen und anzündeten. Danach wurde das Gelände 18 Tage lang von einem Polizeigürtel abgeriegelt, mit der Absicht, uns im wahrsten Sinne auszuhungern und somit zur Aufgabe zu zwingen. Tatsächlich hatten wir die ersten 8 Tage weder Essen, Wasser noch Decken, um uns gegen die Kälte nachts zu schützen. Aber wir gaben natürlich nicht auf. Denn jeder, der Lateinamerika ein wenig kennt, weiß, daß die Leute, die eine Landbesetzung machen, dies wirklich aus bitterster Notwendigkeit tun. Die meisten Leute ziehen vom Land in die Stadt, auf der Suche nach Arbeit und kommen hier ohne jeden Pfennig an. Andere kommen aus bereits bestehenden Pueblos Jovenes, die vor 20, 25 Jahren entstanden und durch die wachsende Bevölkerung aus den Nähten geplatzt sind. Da Wohnungen oder Grundstücke in der Stadt für die Leute aus den unteren Schichten unerschwinglich sind, bleibt ihnen nichts anderes als eine Landbesetzung übrig, um sich ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Aus der einfachen Notwendigkeit heraus, zu überleben, lernten vor allem wir Frauen, uns zu organisieren. Wie gesagt hatten wir die ersten 8 Tage so wenig zu essen, daß nur die Kinder davon ernährt werden konnten und die Erwachsenen hungern mußten. Alle vorhandenen Lebensmittel wurden zusammengelegt in der "Olla Comun" (gemeinsamer Topf). Daneben lebten wir in einer ständigen Alarmbereitschaft, aus Angst vor einem erneuten Polizeiüberfall, sodaß wir ständig Wache schieben mußten und eine Woche kein Auge zutun konnten. Wir lebten von Kaffee und hielten uns gegenseitig wach, indem wir jede halbe Stunde von Haus zu Haus mit einer Liste gingen, um zu kontrollieren, ob die Leute auf ihren Posten waren. Wir hatten damals noch einen Hügel mitten auf dem Gelände, von dem aus man gut die ganze Gegend überschauen und die Polizei im Auge halten konnte. Während dieser langen Wachstunden von unserem Beobachtungsposten aus konnte ich beobachten, wie die Polizeisperrn regelmäßig zu einer bestimmten Zeit abgelöst wurden. Während der

Ablösung waren die Reihen weniger dicht und die Polizisten abgelenkt, was uns auf die Idee brachte, diese Gelegenheit zu nützen, um aus unserem Gefängnis auszubrechen und Hilfe von außen zu holen. Ich trommelte also die Leute zusammen und wir besprachen die Aktion. Wir entschieden, daß eine Gruppe von Frauen den Ausbruch wagen sollte, da gegen sie die Repression vielleicht weniger stark sei. Noch am gleichen Tag gingen wir los und kamen auch wirklich nach draußen. Wir gingen zuerst zu den umliegenden Märkten und baten um Unterstützung in Form von Lebensmitteln wie es bei uns auch im Fall von Streiks so üblich ist. Danach gingen wir zu anderen Pueblos Jovenes, Gewerkschaften und sonstigen Institutionen und baten, uns zu helfen. Auf dem gleichen Weg wie wir ausgebrochen waren, gelangten wir wieder aufs Gelände zurück. Wir hielten uns in der Nähe der Polizeisperren bis zum Moment der Ablösung versteckt und dann rannten wir alle auf einmal beladen mit unseren Bündeln durch.

Man muß sich vorstellen, daß das Land bei einer Besetzung in schlimmsten Zustand ist. Oft sind es völlig öde Flächen oder ehemalige Müllhalden, die erst einmal gesäubert und eingeebnet werden müssen, bevor mit dem Häuserbau und der Infrastruktur begonnen werden kann. Dies hieß in unserem konkreten Fall: Das Gelände in Bauplätze aufteilen, tiefe Löcher für Klogruben zu graben, Wasserleitungen zu legen, Brunnen zu bauen, eine Kanalisation anzulegen usw.

Große Probleme machte uns auch die Krankenversorgung. Wir hatten ja alle unsere Kinder auf dem Gelände, die den ganzen widrigen Umständen ausgesetzt waren und häufig krank wurden. Wir hofften auf die Unterstützung von offiziellen Einrichtungen wie das "Rote Kreuz" und schickten eine Frauenkommission dorthin, um Hilfe zu erbitten. Die wurde uns aber mit dem Argument abgeschlagen, daß wir uns in einer "illegalen" Situation befänden.

Diese Erfahrungen mit offiziellen Stellen halfen uns Frauen sehr, uns über unsere wirkliche Situation klarzuwerden und Hilfe an anderen Orten zu suchen: bei Pueblos Jovenes, Gewerkschaften, fortschrittlichen Kircheneinrichtungen und Organisationen, die auf unserer Seite standen. Mit dieser Unterstützung konnten wir später eine kleine Krankenstation einrichten für dringende Fälle. Außerdem halfen uns Medizinstudenten, 45 Frauen in erster Hilfe zu unterrichten. In Notfällen haben wir sogar Geburtenhilfe geleistet und ich bin in der Zwischenzeit eine ganz gute Hebamme geworden. Im Verlauf unseres 10 jährigen Bestehens habe ich sicher schon ein Dutzend Babies geholt.

Die Besetzer organisieren sich

Damit diese Aufgaben alle in Angriff genommen werden können, ist es notwendig, daß die Bewohner eine gutfunktionierende Organisation gründen, die die Arbeiten verteilt und organisiert und die Verhandlungen mit den staatlichen Einrichtungen wie zum Beispiel das Wohnungsministerium führt, damit die neue Siedlung legalisiert wird.

Nach 18 Tagen wurde zwar die Polizeisperre aufgehoben, aber die Repressionen gingen trotzdem weiter. Die Besitzer des Geländes eröffneten einen Prozeß gegen uns wegen "widerrechtlicher Aneignung von fremdem Eigentum und politischer Agitation". Das sind immer die gleichen Anschuldigungen, die die Herrschenden gegen das Volk erheben, wenn es anfängt, sich sein Recht einfach zu nehmen. Sie wollten der Öffentlichkeit weismachen, daß wir das Land nicht aus direkter Notwendigkeit sondern nur, um Unruhe zu stiften, genommen hätten. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis, sofortige Räumung des Geländes und eine Entschädigung für die Landbesitzer. Da wir aber zu dieser Zeit schon organisiert waren, setzte ein

wirklich harter Kampf ein, den wir nur durch die Unterstützung von außen durchhalten konnten und in dem besonders die Frauen eine wichtige Rolle spielten. In Gruppen gingen die Frauen nachts los, Parolen zu malen, machten Flugblätter und verteilten sie in der Stadt, gingen zu Organisationen und Gewerkschaften, um um Unterstützung bitten usw. Das zeigte uns, daß die Frauen nicht nur in die Küche gehörten, sondern sehr wohl in der Lage waren, auch während der harten Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle einzunehmen. Wir Frauen machten auch viele Sachen weil wir davon ausgingen, daß uns gegenüber die Repression nicht so stark sein würde wie gegenüber unseren Männern. Da täuschten wir uns aber. Einmal wurden 15 Frauen von uns festgenommen und auf der Polizeiwache geschlagen. Wir rückten mit einer großen Gruppe von Frauen an, um zu verhindern, daß unsere Genossinnen von den Bullen mißhandelt oder vergewaltigt wurden. Nach 24 Stunden mußten sie wieder freigelassen werden.

Die Etappe des Aufbaus der Infrastruktur ist in der Zwischenzeit weitestgehend abgeschlossen. Wir haben Wasser, Kanalisation und Strom, die meisten Bewohner feste Häuser. Das alles haben wir selbst finanziert. Im Bezug auf Organisiertheit und Infrastruktur zählt Rescate zu den besten Pueblos Jovenes in ganz Lima, wo es immerhin mehr als 300 gibt.

Heute leben in Rescate 358 Familien. Wir haben nämlich eine Untersuchung gemacht, um festzustellen, wer von den Bewohnern schon ein Grundstück in einem anderen Stadtteil besitzt und solche Leute dann rausgeschmissen. Es gibt nämlich richtige Spekulanten, die von Landbesetzung zu Landbesetzung ziehen und sich einen Bauplatz sichern. Sind dann alle Grundstücke verteilt und gesetzlich anerkannt, verkaufen sie ihr Stück an andere Bewohner und ziehen zur nächsten Besetzung. Solcher Bodenspekulation sind wir auf die Schliche gekommen und haben bei der Bodenverteilung eine Klausel durchgesetzt, daß niemand ein Grundstück erhalten kann, der schon wo anders eines hat.

Einen für uns wichtigen Kampf hebe ich immer wieder hervor, obwohl er vielleicht unbedeutend erscheinen mag. Der um den elektrischen Strom. Wir haben ihn jahrelang geführt und endlich gewonnen. Obwohl von unserer Seite der Bewohner aus schon seit Oktober vergangenen Jahres alles vorbereitet war, hat uns die Elektrizitätsgesellschaft mit den Installationen immer wieder hingehalten. Uns blieb zum Schluß daher nichts anderes mehr übrig als ihr Büro zu besetzen. Die ganze Bevölkerung von Rescate machte mit und wir konnten mit den Verantwortlichen einen Vertrag über die Arbeiten abschließen. Trotzdem versetzten sie uns wieder und wir mußten das Büro ein zweites Mal besetzen. Wieder handelten wir einen Vertrag aus. Schließlich mußte die Elektrizitätsgesellschaft 2 Tage ununterbrochen durcharbeiten, um die festgelegte Frist einzuhalten. Am 30. Januar 1982 hatten wir dann endlich den Anschluß, um den wir so lange gekämpft hatten. Es war wirklich ein großer Triumph für uns. Ein Grund für das geschlossene Auftreten der Bewohner war, daß sie bereits Kredite bei der Bank aufgenommen hatten, um die Anschlüsse zu bezahlen. Das machte Druck!

Die Praktiken der Caritas und Ofasa

Aus diesen Erfahrungen und gemeinsamen Aktionen heraus bildete sich unser "Comite de Damas" (Damenkomitee), ein Name, der vielen vielleicht etwas pompös vorkommt. Für uns hat er jedoch eine wichtige Bedeutung. Wir wollten uns damit deutlich von den traditionellen "Clubs de Madres" (Mütterclubs) unterscheiden, die von offiziellen Organisationen wie Caritas von der katholischen Kirche und Ofasa (Oficina Filantrópica de Asistencia Social y Alimentos) von den Adventisten gefördert werden.

Diese Organisationen machen sich die Situation von Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen, hohen Preisen zu nütze, in der viele Frauen irgendeine Arbeit als Putzfrau, Straßenhändlerin, Wäscherin, Büglerin usw. suchen müssen. Sie tauchen in den Pueblos Jovenes auf und verteilen Lebensmittel: Reis, Mehl, Zucker, kurz all die grundlegenden Sachen, auf die die armen Leute angewiesen sind. Wir wissen, daß diese Lebensmittel von den Vereinigten Nationen gestiftet werden für die Ernährung der Armen in der Dritten Welt. Aber diese Unterstützung ist an Bedingungen geknüpft, die mit der jeweiligen Regierung abgesprochen werden. Ziel ist es, die Selbsthilforganisationen der Bevölkerung zu spalten und zu schwächen. Die Spaltung geht konkret so vor sich, daß nur ein bestimmter Teil der Leute in den Genuß des Lebensmittelprogramms kommt, obwohl alle etwas zu essen brauchen. Das schafft Neid und Unstimmigkeit in der Bevölkerung. So werden mit Absicht Frauen ausgesucht, die nicht in den Stadtteilkomitees mitmachen und in Mütterclubs organisiert, ohne Rücksicht auf bereits bestehende Organisationsstrukturen oder Stadtteileleitungen. In diesen Gruppen haben nur die Leute ein Mitspracherecht, die am Programm mitmachen. Wenn ich also als Stadtteilverantwortliche wissen will, was bei diesem Programm abläuft, schickt man mich weg und sagt, ich hätte kein Recht zu fragen.

Bei Ofasa zum Beispiel sind bis zu 100 Frauen in Gruppen zusammengefaßt. Sie müssen 5 Tage in der Woche nachmittags eine Arbeit verrichten, bloß um am Ende des Monats 40 Kilo Lebensmittel zu erhalten. Es handelt sich dabei oft um unangenehme, schmutzige Arbeiten wie die Müllbeseitigung im Stadtteil. Damit wird die Arbeitskraft der Frauen wieder einmal ausgebeutet. Denn die Müllbeseitigung ist ja eigentlich die Pflicht der Stadtverwaltung. Dadurch, daß die Frauen diese Arbeit unentgeltlich machen, spart der Staat und kann mehr für die Rüstung ausgeben.

Außerdem werden die Frauen in diesen Gruppen auch zum Duckmäusertum und Konformismus erzogen. So werden zum Beispiel Kurse abgehalten, damit die Frauen besser stricken und kochen lernen und mit ihrer Situation zufriedener sind, aber keine Zeit finden, im Stadtteil aktiv zu werden.

Aber Caritas ist nicht besser. Die machen dieselben Schweinereien, bloß etwas geschickter, Caritas macht mit den Frauen in erster Linie Strick- und Nähkurse, also Aktivitäten, die die traditionelle Rolle der Frau stärken. Zum Beispiel macht Caritas folgende Kleideraktion: Über die Frauengruppen oder Mütterclubs läßt sie gebrauchte Kleidung an die Bewohner der Stadtteile verkaufen. Der Erlös geht an Caritas zurück. Dieses Geschäft wird auf Kosten der Frauen gemacht und trägt weiter zu deren Erniedrigung und Diskriminierung bei. Aber wir sind auf diese Kleidung natürlich angewiesen. Manchmal müssen wir Caritas selbst in unseren Kursen um alte Kleider bitten, damit die Frauen ihren Kindern was zum Anziehen nähen können. Da kommen dann zum Beispiel solche riesige Mäntel aus Europa oder USA, die hier niemandem passen, aus denen sich aber leicht 3 bis 4 Jacken oder Hosen nähen lassen. Caritas verkauft uns die Sachen zu einem festgesetzten Preis, der natürlich weit unter dem für eine Hose oder Jacke auf dem Markt liegt. Das kommt uns natürlich billiger aber der Haken an dieser Sache ist auch, daß wieder einmal die Arbeitskraft der Frauen nicht in Rechnung gezogen wird und der Erlös für die Kleider an Caritas und nicht an uns geht.

Das sind Praktiken, die wir scharf ablehnen und wir versuchen, sie auch bekannt zu machen in den Zeitungen und im Radio. Jedes Jahr zum Beispiel, am 1. Oktober feiern wir den Jahrestag der Besetzung von Rescate. Da findet eine Bewohnerversammlung statt auf der bekannt gemacht und besprochen wird, was wir bisher erreicht haben und was noch zu machen ist. Begleitet wird das Ereignis von ein-

ner sogenannten "Kulturwoche", die wir mit einer Pressekonferenz abschließen. Darin haben wir bereits öfters die Journalisten aufgefordert, eine genaue Berichterstattung über die Praktiken von Caritas und Ofasa zu machen. Aber natürlich nehmen sich nur wenige Journalisten und Zeitungen dieses Problems an. Das ist ja überall gleich.

Mit anderen kirchlichen Gruppen oder Organisationen haben wir sehr gemischte Erfahrungen gemacht. Wir hatten Glück und gerieten an ein paar fortschrittliche Priester, die uns besonders in der Anfangszeit nach der Besetzung unterstützten. Sie respektierten unsere Selbstorganisation und wir haben ein paar Aktionen mit ihnen gemacht. Arge Probleme haben wir dagegen mit den "Zeugen Jehovas". Die kommen mit dem Anspruch, die Seele der Leute zu retten, ungeachtet der Tatsache, ob diese Hungers sterben oder nichts. Einmal hatten wir eine sehr heftige Diskussion mit diesen Leuten darüber, die ja sehr hartnäckig sind und nicht locker lassen. Da habe ich einen gefragt, welchen Geist er denn noch retten wolle, wenn der Körper vorher vor Hunger gestorben sei. Das Problematische ist, daß diese Leute auch die Armen mit Geschenken ködern, wie Kleidung, Medikamente, Lebensmittel usw. In der momentanen schlimmen Situation erhalten diese Sektten immer größeren Zulauf ohne daß wir dies verhindern können. Diese Leute sind ja so hemmungslos, daß wenn du ihnen die Tür vor der Nase zuschlägst, sie nach 5 Minuten immer noch draußen stehen.

Das Frauenkomitee

Wir vom "Comite de Damas" stellen uns eine ganz andere Arbeit mit den Frauen im Stadtteil vor. Wir meinen, daß wir eine unabhängige, dauerhafte Organisation schaffen müssen, die die Frauen über ihre Situation aufklären muß und dadurch befähigen, dagegen aktiv zu kämpfen. Wir sehen unsere Aufgabe allerdings nicht nur darin, weitere Frauenkomitees hier im Bezirk anzuregen und zu organisieren, sondern unterstützen auch andere Organisationen, die sich in einem Kampf befinden. Denn wir betrachten das "Comite de Damas" als eine Organisation, die alle Frauen in unserem Pueblo Joven vertritt und daher eine wichtige Funktion in der Basis hat. So haben wir viele Gewerkschaften, die sich im Streik befanden, unterstützt, wie zum Beispiel die Bergarbeiter, die Metallarbeiter und auch Bauern, die von ihrem Land vertrieben werden sollten.

In unserer Arbeit wollen wir direkt an den Bedürfnissen der Bewohner des Stadtteils anknüpfen. Dazu haben wir verschiedene Projekte in Planung oder bereits laufen. Um die Konsequenzen der Arbeitslosigkeit und der ständig steigenden Lebenshaltungskosten etwas zu mildern, haben wir eine Gemeinschaftsküche für Kinder eingerichtet. Aber woher sollen wir die Lebensmittel dafür nehmen? Da bleiben uns auch nur Ofasa und Caritas. Wir legten also Caritas ein vom "Comite de Damas" bereits ausgearbeiteten Plan vor und verlangten, in das Lebensmittelprogramm aufgenommen zu werden. Zuerst wollte Caritas ihre Mitarbeiterinnen schicken, um uns in Gruppen zusammenzufassen. Wir sagten, wir seien schon organisiert. Danach wollten sie uns helfen, einen Arbeitsplan auszuarbeiten. Wir sagten, wir hätten schon einen. Danach wollten sie uns ein paar Programme andrehen, die wiesen wir aber auch ab mit dem Hinweis, wir hätten bereits Näh-Gesundheits- und Ernährungskurse laufen. Schließlich meinte Caritas, wir hätten ja schon wirklich alles selbst organisiert. Klar, sagten wir, deswegen haben wir die Lebensmittel auch besonders verdient. Seit drei Jahren bekommen wir also bereits die Lebensmittel und Caritas hat sich seither nie mehr bei uns einmischen wollen. Hier in Rescate teilen wir in der Zwischenzeit täglich Frühstück für 615 Kinder aus.

Aus dieser Erfahrung haben wir gelernt, wie wichtig es ist, gut organisiert und stark zu sein. Dies ist die einzige Möglichkeit, solche offiziellen Organisationen zu kontrollieren und auszunützen.



Denn ohne materielle Unterstützung können wir die Frauen nicht für unsere Arbeit interessieren. Sie kommen nicht einfach zu irgendwelchen Diskussionszirkeln, wenn dabei nichts für sie rauspringt sondern sagen: "Schön Frauen, was ihr mir erzählt ist ja recht und gut. Aber ich habe keine Zeit, nutzlos rumzusitzen und mir eure Reden anzuhören. Ich muß nach Hause, Wäsche waschen, meine Kinder versorgen, Kochen usw. Ich muß Geld verdienen, denn Worte machen weder meine Kinder noch mich satt." Daher müssen wir zu ähnlichen Mitteln greifen, wie die offiziellen Organisationen, um den Zweck, nämlich die Organisierung und Aktivierung der Frauen zu erreichen. Deswegen machen wir zum Beispiel die Gemeinschaftsküche. Das Problem ist immer, wie wir den Leuten eine Alternative bieten können besonders in der momentanen Situation wo es an allen Ecken und Enden in der Industrie Streiks gibt. Lösungen gibt es keine, denn der Wirtschaftsminister ist auf Reisen und ohne ihn können keine Verhandlungen geführt werden. So schleppen sich die Streiks oft ein bis zwei Monate hin und brechen dann zusammen, weil sie finanziell nicht mehr aufrecht gehalten werden können. Dabei muß man immer wissen, daß bei uns die Gewerkschaften keinerlei Streikunterstützung bezahlen können und die Arbeiter und ihre Familien auf das angewiesen sind, was sie von außen an Unterstützung bekommen. Aber in der Zwischenzeit ist es ja kaum mehr möglich auf den Märkten um Lebensmittel für die "Ollas Comunes" zu bitten, weil bei so vielen Streikenden täglich Dutzende an den Marktständen vorbeiziehen. Der solidarischste Händler muß seine Grenzen setzen, da er vom Verkauf lebt und nicht alles weggeben kann.

Im Programm haben wir den Aufbau von kleinen Werkstätten im Viertel selbst für Nährarbeiten, Schuhreparaturen usw. In erster Linie sollen sie den zahlreichen alleinstehenden Müttern dienen, die ihre Kinder nicht alleinlassen können, aber auf irgendeine Art und Wei-

se etwas verdienen müssen. Wir fangen mit einer kleinen Werkstatt für die Herstellung von Sandalen an, aber als wir eine kleine Produktion mit viel Mühe und erheblichen Materialkosten hergestellt hatten und damit auf die Märkte gingen, mußten wir feststellen, daß wir mit unseren Preisen überhaupt nicht konkurrenzfähig waren mit den großen Mengen billig importierter Schuhe, die hier auf den Markt geworfen werden. Darauf mußten wir die Werkstatt schließen. Haben aber jetzt eine andere für Männer und Frauen eingerichtet, wo Schuhe repariert werden. Da die Leute sich keine neuen Schuhe mehr leisten können, sind sie dazu übergegangen, die alten wieder zu reparieren.

Eine andere Aktivität sind die Mal- und Bastelkurse für Kinder. Sie dienen unter anderem dazu, die Frauen zu motivieren, sich mehr mit ihren Kindern zu beschäftigen. Denn wenn wir es wirklich ernst nehmen mit dem Motto: "eine neue Gesellschaft schaffen", dann müssen wir gerade mit den Kindern anfangen, denn sie sind ja unsere Zukunft. In unserem Pueblo Joven sind wir mit den Kindern herumgelaufen und haben sie danach aufgefordert, ihre Umgebung so zu malen, wie sie sie gesehen haben. Danach haben wir mit ihnen darüber geredet. Dieses Kinderprogramm machen wir in 20 Pueblos Jovenes. Wir haben allerdings Schwierigkeiten mit dem notwendigen Material wie Farbstifte, Papier usw. und sind sehr auf die Unterstützung von außen angewiesen. Daneben haben wir auch mit einer Art Vorschul-erziehung angefangen, auch als Erleichterung für die Frauen, die ihre Kinder in diese Kurse schicken und währenddessen arbeiten gehen können.

Wir wollen aber auch vor allem Frauenbildungsarbeit machen. Vor kurzem haben wir mit 32 Frauen aus 16 Pueblos Jovenes einen einmonatigen Kurs durchgeführt über gesellschaftliche Probleme und Lebenssituation im Stadtteil. Darin wollten wir den Teilnehmerinnen eine Einführung in unsere Realität geben und zeigen, daß die persönliche Situation jeder einzelnen sehr wohl etwas mit den allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun hat. Die einzelnen Themen waren Lebenshaltungskosten, Wohnsituation, Erziehung, Gesundheit usw.

Bei der Planung dieses Kurses hatten wir allerdings einige Schwierigkeiten mit verschiedenen Stadtteilleitungen. Die Genossen wollten keine Unterstützung geben, weil sie keine Notwendigkeit für einen solchen Frauenkurs sahen. Wir mußten daher die Frauen direkt selbst ansprechen. Der Kurs war ein wirklicher Erfolg, weil er auch das Vorurteil widerlegte, daß Frauen faul und uninteressiert seien. Wir haben gemerkt, daß wenn wir die Frauen an ihren wirklichen Problemen packen, sie sehr wohl Interesse haben und auch kommen. Über einen Monat hinweg waren fast immer alle Frauen vollzählig anwesend.

Als Verantwortliche für Frauenangelegenheiten in der FEDEPJP war ich zuständig für die Ausarbeitung des Seminarplans und die Durchführung.

Unterstützt wurden wir finanziell von einer Frauenorganisation in Lima. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß sie das Geld in erster Linie aber sich selbst zugute kommen ließ, indem sie es für eigenes Material verrechnete. Wir meinen, daß das Frauenkomitee einen eigenen Haushalt haben sollte, um damit frei über die Ausgaben entscheiden zu können.

Natürlich lehnen wir die Hilfe anderer Organisationen nicht grundsätzlich ab. Im Gegenteil, wir begrüßen es, wenn sie uns ihr größeres sachliches und technisches Wissen zur Verfügung stellen. Aber wir wehren uns dagegen, wenn sie uns für sich, für ihre Arbeit benützer wollen. Ich habe nichts dagegen, daß Untersuchungen in den Pueblos Jovenes gemacht werden, aber immer unter der Voraussetzung,

daß die Ergebnisse zurück an die Basis gelangen und dort von uns genutzt werden können. Es gibt ja in der Zwischenzeit genug Gruppen und Institutionen, die unsere Probleme studieren, aber wenige, die mit uns auch wirklich zusammenarbeiten.

Frauenunterdrückung und Klassenkampf

Ich will natürlich nicht den "machismo" unerwähnt lassen, unter dem wir Frauen immer noch zu leiden haben. Aber ich glaube, daß dies ein ganz langsamer Prozeß ist, diesen zu verändern. Es fängt damit an, daß wir den Frauen in Gesprächen ihre Situation und ihre Rechte klarmachen müssen. Urd in dem Maße, wie wir Frauen aktiv werden, lernen auch unsere Männer uns mehr und mehr zu akzeptieren. Rescate ist das einzige Pueblo Joven wor wir Frauen unser eigenes Zentralkomitee haben und unser Arbeitsprogramm unabhängig aber natürlich in Absprache mit dem gesamten Komitee erstellen.

Aber wie gesagt, es gibt kaum andere Pueblos Jovenes, die so weit sind wie wir, obwohl es doch die Arbeiterviertel sind und wir von der Arbeiterklasse ein fortschrittliches Bewußtsein erwarten. Aber es gibt viele linke Genossen, die in ihren Worten sehr revolutionär sind, zu Hause jedoch ganz reaktionär auftreten. Die gesamte Linke muß da noch einen großen Lernprozeß durchmachen. Ich glaube, daß man das Frauenproblem nicht getrennt vom gemeinsamen Kampf gegen die Gesellschaft sehen darf.

Unser Frauenkomitee in Rescate hat bisher durchaus schon die Anerkennung der Männer erlangt. Vor zwei Jahren haben sie zum Beispiel den Muttertag der bei uns noch eine sehr wichtige Bedeutung hat für uns vorbereitet, haben gekocht und Blumen gebracht. Damit wollten sie auf ihre Art ausdrücken, daß sie unsere Arbeit sehr wohl anerkennen. Auch wenn das wenig sein mag, so zeigt sich für uns darin doch schon ein Fortschritt.

Die Männer begreifen, daß wir etwas Sinnvolles tun. Wir wurden auch schon von verschiedenen Genossen gebeten, Gesprächsrunden über die Probleme der Frauen durchzuführen. Früher haben sie dieses Thema einfach aus ihrem Bewußtsein ausgeklammert.

Ich will klarstellen, daß auch wir der Meinung sind, daß die Frauen als Geschlecht ein gemeinsames Problem haben, die gleiche Unterdrückung erleiden. Aber in verschiedenen Schichten und verschiedenen Gesellschaften wirkt sich diese Unterdrückung verschieden aus. In unserer Realität gibt es einfache Probleme, die vor dem Frauenproblem Vorrang haben. Wir haben zwar auch Schwierigkeiten mit unseren Männern und Kindern, aber darüber steht der Kampf ums tägliche Überleben, das Erfüllen der notwendigen Bedürfnisse.

Deswegen stellen wir das zweifellos wichtige Thema des Frauenkampfes etwas hinten an. Wir wollen eine neue Gesellschaft und darin eine neue Familie. Aber dies ist ein langsamer Prozeß, den wir gemeinsam machen müssen.

Meine persönliche Entwicklung

Ich will auch ein wenig von meinen persönlichen Erfahrungen und Lernprozessen während 10 Jahren aktiver Stadtteil- und Frauenarbeit berichten. Wie gesagt, fing ich in Rescate im Komitee als Verantwortliche für Soziales an, ein Amt, das immer den Frauen zugeschoben wird, weil das sowieso traditionell ihr Bereich ist und man ihnen nichts anderes zutraut. Schon zu dieser Arbeit fehlte mir manchmal der Mut. Ich hatte Angst, auf Versammlungen zu reden und kam oft heulend nach Hause, wenn ich angegriffen worden war oder es sonstige Schwierigkeiten gab. Wenn ich da nicht Unterstützung von anderen Leuten bekommen hätte, hätte ich sicher oft alles hingeschmissen. Besonders viel habe ich einem brasilianischen Freund zu verdanken, der lange Zeit bei uns in Rescate lebte. Er rüttelte mich immer wieder auf. "Nelly", sagte er, "reiß dich zusammen. Du hast die Kraft in dir, für die gemeinsame Sache zu kämpfen, aber

gewöhne dich an die Wirklichkeit, an die Umgangsformen und den Ton der Leute. Das ist dein Volk, das sind deine Verhältnisse und mit diesen Leuten mußt du sie verändern." So setzte ich mich langsam durch und übernahm später das Amt für Außenkontakte und Öffentlichkeitsarbeit.

Ich war immer die einzige Frau bei uns im Komitee und es kostete mich viel, mich durchzusetzen. Aber heute haue ich auch mal mit der Faust auf den Tisch und nenne die Dinge bei ihrem Namen. Zum Beispiel führte ich den Kampf gegen die Unzuverlässigkeit und Unpünktlichkeit der Genossen. Ich kann es nicht ausstehen und finde es eine Unverschämtheit, wenn eine Versammlung auf acht Uhr angesetzt ist, und die anderen so gegen halb neun oder später eindrudeln. Ich wehre mich dagegen, daß so mit meiner knappen Zeit umgegangen wird, weil ich immer viel zu tun habe. Ich hetze mich ab, um pünktlich von von einer Versammlung zur anderen zu kommen, oft ohne die Zeit, vorher was zu essen und die anderen reißen sich langsam vom Tisch oder dem Fernseher los. Als ich einmal wieder die Versammlungsleitung im Komitee hatte, sagte ich zu den anderen: "So, jetzt ist fünf nach acht, wer jetzt noch nicht da ist, kommt nicht mehr rein. Schließt die Tür ab!" Die Zuspätkommer rüttelten vergeblich an der Tür und wollten wissen, was los sei. "Das ist Anweisung von Señora Nelly", sagten die anderen, "sie wollte pünktlich anfangen". Ich mußte denen dann erst klarmachen, daß dies nicht eine persönliche Verrücktheit von mir war, sondern eine Maßnahme, die Disziplin zu erhöhen. Ich sagte: "Genossen, wir Peruaner werden durch unser ständiges Zuspätkommen noch mal die Revolution verpassen!"

Ich bin in der Zwischenzeit von meinen Genossen respektiert, zumindest nach außen. Was sie hinter meinem Rücken über mich reden, interessiert mich nicht. Oft wollen sie Aufgaben auf mich abladen, indem sie sagen, daß ich das alles viel besser als sie könne. Ich sage dann immer: "Was ich gelernt habe, könnt ihr auch lernen. Ich habe die Schule nur bis zur 5. Klasse gemacht. Meine Universität war das Leben."

Später übernahm ich auch das Amt der Koordinatorin in unserem Komitee. Das zeigt deutlich, daß Frauen auch in die traditionellen Männerbereiche dringen können und beweist, daß sich die Fähigkeiten nicht nach Geschlechtern unterscheiden sondern allein am Interesse und am Willen, die Sachen anzupacken.

Während der ersten Kämpfe in Rescate, in denen sich die Männer wegen der Repression zum Teil zurückhalten mußten, war es akzeptiert und selbstverständlich, daß die Frauen wichtige Rollen übernahmen. Sobald sich die Lage aber einigermaßen stabilisiert hatte, wollten die Männer wieder ihre dominierende Stellung einnehmen und die Frauen zurück ins Haus schicken. Viele Frauen zogen sich auch wirklich zurück und ich blieb mit einigen wenigen Genossinnen übrig. Aber mein Interesse und meine Entschlossenheit zu kämpfen war so geweckt worden, daß ich aktiv bleiben wollte. Zum ersten Mal fühlte ich mich wirklich nützlich, nicht nur für meine Familie sondern für alle.

Wir machten weiter, vor allem mit dem Ziel, anderen Frauen ein besseres Wissen über ihre Rolle als Frau und Mutter zu vermitteln. Als Mütter dürfen wir nämlich unter keinen Umständen die Aufgabe der Kindererziehung vernachlässigen. Aber wir sehen auch, daß viele Frauen, gerade wegen ihrer Lebensumstände und ihrer Unwissenheit dieser wichtigen Aufgabe nicht gerecht werden können. Viele Frauen schieben auch ihre Kinder und die Hausarbeit als Ausrede vor, sich nicht weiter engagieren zu können. Klar, wir Mütter, die wir in unserer Gemeinschaft aktiv sind, müssen oft extra Opfer bringen, auch manchmal unsere Kinder etwas vernachlässigen. Aber das kommt daher, daß wir unsere persönlichen Probleme als gesellschaftliche Probleme begriffen haben, die nur gemeinsam gelöst werden können.

Und in diesem Kampf ist die Beteiligung der Frauen unerlässlich, auch wenn es Opfer kostet. Unsere Frauen haben aus der Notwendigkeit heraus mit ihren kleinen Kindern auf dem Rücken gekämpft. Das ist ein Lernprozeß, der in jeder Familie stattfinden muß. In meiner Familie war das nicht anders und ich bin vielleicht heute eine große Ausnahme, weil ich in der Zwischenzeit wirklich die volle Unterstützung meines Mannes und vor allem meiner Kinder habe. Das war nicht von Anfang an so. Darum mußte ich auch kämpfen, besonders bei meinem Mann, der sich selbst nie politisch engagiert hat. Ich erinnere mich, daß ich irgendwann 1977, in der Zeit der großen Generalstreiks zu einer Sitzung des Streikkoordinierungskomitees mußte. Diese Sitzung zog sich mit langen und heftigen Diskussionen bis ins Morgengrauen hin, sodaß ich völlig erschöpft um 5 Uhr morgens nach Hause kam. Mein Mann erwartete mich total aufgelöst. Er hatte schon alle Polizeiwachen nach mir abgesucht. Er machte mir schwerste Vorwürfe und unterstellte mir sogar, daß ich mit einem anderen Mann zusammen gewesen sei, sodaß erst ein anderer Genosse, der auch auf der Sitzung gewesen war, mich verteidigen mußte. Im ersten Zorn meinte mein Mann, daß jetzt Schluß sein mußte mit meinen Aktivitäten und ich zu Hause bleiben sollte. Aber er hat genau gewußt, daß ich trotzdem wieder gegangen wäre. Heute sagt er oft: "Wenn du dir etwas in den Kopf gesetzt hast, dann machst du das auch. Da hat es gar keinen Sinn, dich davon abzubringen." In der Zwischenzeit unterstützt er mich sogar regelrecht. Wenn ich zum Beispiel am Wochenende am Morgen eine Sitzung habe, richtet er mir das Frühstück und ein belegtes Brot zum Mitnehmen. Er schmeißt mich aus dem Bett, wenn ich mich noch mal auf die andere Seite drehen will und sagt: "Hopp, hopp, raus, mach das du fort kommst, ich will dich hier nicht mehr sehen." Wir haben in der gan-



zen Familie so eine etwas grobe liebevolle Art miteinander umzugehen. Er bleibt dann zu Hause und versorgt den Haushalt. Er wird deswegen oft von seiner Familie aufgezo-gen, die meine Arbeit überhaupt nicht akzeptieren. Er hätte sich ja schon zu einem richtigen Hausmann entwickelt, während sich seine Frau sich ständig außer Haus rumtrieb. Für unsere Verhältnisse ist das ein schwerer Angriff auf den Stolz eines Mannes. Meiner wird jedoch in der Zwischenzeit damit fertig und sagt einfach: "Laßt das mal die Angelegenheit von mir und meiner Frau sein!" Übrigens akzeptiert auch meine eigene Mutter nicht, was ich mache. Dafür bin ich besonders glücklich über meine Kinder. Sie unterstützen mich wirklich in allem und sind selbst in der Stadteilarbeit aktiv. Bei uns herrscht wirklich Gleichberechtigung und die Hausarbeiten werden von allen gemacht. Auch mit meinen Söhnen mache ich da keine Ausnahme. Wenn einer zum Kochen eingeteilt ist, dann muß er ran, auch wenn er nur Reis mit Spiegeleier auf den Tisch bringt. Danach muß er sich halt Mühe geben, besser kochen zu lernen. Auch Freunde und Fremde, die zu uns kommen, gratulieren mir zu meiner Familie. Damit bin ich meiner Aufgabe als Frau und Mutter auch ein Stück näher gekommen, denn ich finde, daß man die Welt nur verändern kann, wenn man bei sich und seiner Familie anfängt. Und niemand kann eine Frau von ihrer großen Pflicht befreien, ihren Kindern eine gute Erziehung und vor allen Dingen ein richtiges politisches Bewußt-sei zu vermitteln.

Die FEDEPJUP

1979, beim ersten Kongreß der FEDEPJUP wurde ich zur Sekretärin für Frauenangelegenheiten gewählt. Ich bin die einzige Frau in einem 23-köpfigen Gremium. Die FEDEPJUP könnte ein sehr wichtiges und schlagkräftiges Instrument der Bewohner der Pueblos Jovenes sein, wenn der Parteienegoismus nicht so vorherrschen würde. Ich war ehrlich gesagt völlig entsetzt, als ich bei diesem ersten Kongreß merkte, daß nicht die wirklich aktiven Basisleute delegiert und gewählt wurden sondern die linken Parteien nach einem Schlüssel ihre Leute in die Posten brachten. Über dieses Problem lege ich mich ständig mit den Genossen der FEDEPJUP an und nehme kein Blatt vor den Mund, sie der Pöstchenjägererei und des Sektiererertums zu bezichtigen. Ich finde, daß eine Basisorganisation nicht mit einer Partei verwechselt werden darf sondern ein Kampfinstrument für alle Bewohner der Pueblos Jovenes sein muß. Ich bin auch dagegen, daß Basisführer auf grund ihrer Position Vergünstigungen erhalten, die andere Leute nicht bekommen. Bei uns in Rescate konnten wir mit Hilfe von Unterstützung von außen einen Fond einrichten, der Bewohnern, die bisher noch kein stabiles Haus bauen konnten, dies ermöglicht. Da der Fond begrenzt ist, mußten wir eine Auswahl treffen und konnten nur die härtesten Fälle berücksichtigen. Genossen wollten mich nun überreden, daß ich mich auch auf die Liste setzte. Aber ich lehnte ab. Wir haben schon einen völlig ausgebauten ersten Stock, der zweite Stock ist jedoch mit Holz und Pappe provisorisch eingerichtet. Wir benötigen ihn aber, weil wir eine so große Familie sind. Ich habe aber kein Recht, an den Ausbau des zweiten Stocks zu gehen, solange andere noch nicht einmal ein ordentliches Haus haben. So wohne ich jetzt wieder in Verhältnissen wie zu Zeiten der Landbesetzung, da ich den ersten Stock meiner Tochter mit ihren kleinen Kindern überlassen habe. Aber das macht nichts.

Die demokratische Regierung in Peru ist eine Farce

Ich möchte meine Anwesenheit hier auch nutzen, etwas über die aktuelle Situation in Peru zu sagen und zwar aus der Sicht derer, die unten sind. Normalerweise haben Leute wie ich ja keine Gelegen-

heit, ins Ausland zu reisen. Dieses Privileg ist den Reichen, den offiziellen Vertretern und Intellektuellen vorbehalten. Kurz, Leuten, die ein Interesse haben, sich mit der Regierung gutzustellen, während wir, weil wir nichts bekommen und nichts zu verleihen haben, sagen können wie es wirklich ist. Wir haben daher keine Vorbehalte, die schlimme Situation beim Namen zu nennen. Offensichtlich genießt ja die neue "demokratische" Regierung Perus im Ausland einiges Ansehen. Aber in Wirklichkeit sind die Verhältnisse ganz anders. Diese Regierung ist eine der reaktionärsten, die wir je gehabt haben. Sie hat eine Reihe von Gesetzen erlassen, die jede Freiheit einschränken. Ein Antiterrorgesetz, ein Antistreikgesetz, kurz, lauter "Antigesetze". Kürzlich haben sie auch das Gesetz über die "comunidades industriales" (eine Art Mitbestimmungsgesetz d.U.) aufgehoben, das den Arbeitern die letzten Mitbestimmungsrechte nimmt. Die Regierung hat die Einfuhrbeschränkungen für ausländische Waren aufgehoben. Die importierten Produkte machen mit ihren Niedrigpreisen die nationale Industrie kaputt. Viele Fabriken wurden geschlossen, die Produktion gesenkt, Kurzarbeit eingeführt. Auch für die Bewohner der Pueblos Jovenes hat sich einiges verändert. Offiziell anerkannt waren unsere Selbstverwaltungsgremien ja nie, aber wir waren trotzdem stillschweigend geduldet. Jetzt hat sich die Situation in sofern verschlimmert, als die Regierung uns durch ein Gesetz die Selbstverwaltung ausdrücklich aberkennt. Die Gemeinden bestimmen jetzt von sich aus eine Person, die den Stadtteil offiziell vertreten soll.

Wenn es wirklich Wunder gibt, dann das, daß ich nach Europa kommen konnte. Und ich kann nur sagen, hier ist meine Stimme und so ist die Wirklichkeit in der wir leben. Daher ist mir auch wichtiger als jede materielle Unterstützung, daß ihr dazu beiträgt, daß die Wahrheit über Peru veröffentlicht wird, daß die "demokratische Regierung" eine Farce ist."

SPENDENAUFTRUF

Das "Comite de Damas" sucht für Frauen- und Kinderarbeit Material- und Geldspenden!

Für Informationen:
Frauengruppe im FDCL
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 3135 065

Spendenkonto:
Elfriede Kohut
PSchA Berlin West
Kontonr. 38 00 87-108
Bankleitzahl 100 100 10
Stichwort: "RESCATE"

Rüstungsexport-AG

Der Krieg um die Malvinas hat einem großen Teil der Öffentlichkeit wieder einmal die Bedeutung des Rüstungshandels und Rüstungsexports zu Bewußtsein gebracht. Die Argentinier setzten Waffen ein, die aus allen Teilen der Welt zusammengekauft wurden. Hätten die argentinischen Generäle noch eine Weile mit ihrem Handstreich gewartet, so hätten sie sechs U-Boote der Klassen 1400 und 1700 von den Thyssen-Nordseewerken, vier Mehrzweckfregatten des Typs "Meko 360" und sechs "Meko" Korvetten, teils bei Blohm & Voss und teils in Lizenz in Argentinien gebaut, zusätzlich gegen die britische Armada einsetzen können. (zit. aus: Guha u.a., "Geschäft mit dem Tod")

Die noch nie dagewesene Nachfrage weltweit nach neuer militärischer Ausrüstung und neuen Waffensystemen ist bestimmender Faktor für die zunehmenden Militärausgaben. Immer mehr Entwicklungsländer zeichnen sich aus durch überhöhte Rüstungsanstrengungen. Der Zusammenhang zwischen Rüstung und Kriegsausbruch, Militärausgaben und sozialer Armut, der Unterdrückungsbandel mit paramilitärischen - und Anti-Aufruhr-Waffen ist äußerst schwer zu durchblicken.

" Es gibt nichts Gutes, außer man/frau tut es ", nämlich etwas mehr Licht in die dunklen Geschäfte der BRD mit Lateinamerika zu bringen.

In der Rüstungsexport-AG des FDCL gibt es hierfür vielfältige Möglichkeiten. Wir werden einerseits Aktionen vorbereiten, Büchertische -, Diaserien erstellen etc. und auf der anderen Seite Informationen aufarbeiten. Der Zusammenhang von Rüstung und ökonomischer Entwicklung, die Unterentwicklung am Beispiel lateinamerikanischer Staaten und das wirtschaftlich, militärische Engagement der BRD in Lateinamerika sollten im Vordergrund stehen.

Wer Lust, Zeit und Interesse hat mitzuarbeiten, sollte sich diese Gelegenheit nicht entgehen lassen !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

WIR TREFFEN UNS: am 18.10.82 um 18 Uhr
beim FDCL im Mehringhof

P.S.

Im Buchladen am Savignyplatz und beim FDCL ist eine Materialiensammlung über Rüstungsexport erhältlich.

" Der Handel mit dem Tod ", 62 Seiten, Kostenbeitrag 6,-DM, erschienen im August 1982.

Frauen in Guatemala

AUSSTELLUNG MIT FOTOS UND TEXTEN ZÜR SITUATION DER LATEINAMERIKANISCHEN FRAU

Der mittelamerikanische Staat Guatemala gehört zu den repressivsten Militärdiktaturen Lateinamerikas: In vielen Regionen des Landes herrscht ein kriegsähnlicher Zustand. 30 Verschwundene pro Tag und Massaker an der indianischen Bevölkerung (60% der Gesamtbevölkerung) beweisen, daß jegliche Opposition zum Schweigen gebracht werden soll. Zu der politischen Repression gehören aber auch die miserablen Lebensbedingungen selbst, unter denen die Frauen als schwächste Glieder der Gesellschaft besonders zu leiden haben. Wo Ausbeutung und Unterdrückung am härtesten sind, ist die Diskriminierung der Frauen am offensichtlichsten. In den Familien spiegelt sich die repressive Struktur der Gesellschaft deutlich wider.

Im ersten Teil der Ausstellung geht es um den Lebensalltag von Frauen in Stadt und Land. Frauen müssen überall hart arbeiten, denn sie sind nicht nur für die großen Familien zuständig, sondern produzieren auch für das tägliche Einkommen und den eigenen Bedarf an Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen. Landmangel oder geringer Lohn machen es für die Männer weitgehend unmöglich, ihre Familie zu unterhalten, und die Preise für Nahrungsmittel steigen ständig. Die Arbeit der Frauen war schon immer entscheidend für das Überleben und die Kampfkraft der Bevölkerung.

Der zweite Teil der Ausstellung behandelt Themen, die nicht nur das Alltagsleben der Frauen in Guatemala betreffen: Es geht um Kolonialismus, "Machismo", repressive Bevölkerungspolitik, Werbung nach westlich orientierten Frauenbildern, Frauenpolitik in der Entwicklungshilfe, Auswirkungen des Tourismus auf die Situation der Frauen, um verschiedene Gesichter von Repression und Widerstand und um einige Themen mehr.

Wir selbst sind eine Gruppe von acht Frauen, die sich zum Ziel gesetzt hat, stärker über die vernachlässigte Frauenfrage in der "Dritten Welt" zu informieren und kritisch Stellung zu beziehen:

- FRAUEN TRAGEN DIE HAUPTLAST DER SOG. UNTERENTWICKLUNG -

Mit Spenden und Einnahmen der Ausstellung wollen wir zum Aufbau eines FRAUENBILDUNGSPROJEKTS beitragen, dessen Zielsetzung es ist, Frauen den realen Wert ihrer Arbeit und damit gerade den indianischen Frauen ein neues Selbstwertgefühl zu vermitteln, sie über die gesellschaftlichen Ursachen ihrer Situation zu informieren, aber auch Selbsthilfegruppen für Katastrophensituationen wie z.B. bei Überfällen des Militärs zu gründen.

Die Ausstellung ist als WANDERAUSSTELLUNG geplant und umfaßt 23 Tafeln a DIN A 1, 8 Einzelphotos a DIN A 2 und Webbeispiele.

KONTAKTADRESSE: Andrea Nispel, Zwischenhausen 25, 3550 Marburg /Lahn

AUSLEIHGEBÜHR: pro Woche DM 50,- als Spende für das Projekt (Versandkosten müssen die Veranstalter tragen)

SPENDENKONTO: "Frauenbildungsprojekt" Kto.Nr. 45022142, Sparkasse der Stadt Hamburg BLZ 53350007

In Vorbereitung ist eine DIA-SERIE (78 Dias) mit begleitendem Text sowie eine LOSEBLATTSAMMLUNG zum selben Thema.

LITERATUR

ELENA PONIATOWSKA: ALLEM ZUM TROTZ ... DAS LEBEN DER JESUSA
Lamuv - Verlag, 1982, 330 Seiten

"Jesusa gehört zu den Millionen von Männern und Frauen, die nicht leben, sondern überleben. Nur den Tag überstehen und bis zum Abend kommen, kostet sie soviel Mühe, daß die Stunden und alle Energie für das draufgehen, was das schwere Leben der Randgruppen ausmacht: sich das Leben zu verdienen, als ob das Leben eine Ware wäre..." (aus dem Vorwort der Autorin).

In zehn Jahren hat Elena Poniatowska in ungezählten Gesprächen mit Jesusa deren Leben erfahren und aufgezeichnet. Jesusa wurde etwa zu Beginn dieses Jahrhunderts geboren. Ihr Vater nahm das junge Mädchen mit in den Krieg der mexikanischen Revolution. Er kämpfte bei den Truppen von General Carranza gegen die Aufständischen unter Zapata und Pancho Villa. Die junge Jesusa ist für den "Haushalt" zuständig. Gegen ihren Willen wird sie mit einem jungen Offizier verheiratet, durch den sie Schläge, Unterdrückung und sexuelle Demütigung zu ertragen hat. Als er fällt, übernimmt sie vorübergehend das Kommando über seine Truppe. Dann zieht sie in die Stadt, wo sie versucht, sich als Dienstmädchen durchzuschlagen. Aber Jesusa ist aufmüppig, sie läßt sich von den Hausfrauen nicht ihre menschliche Würde nehmen und verliert immer wieder ihre Stelle. Zeitweise arbeitet sie in Fabriken, wo es ihr besser geht. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle alle Arten aufzuzählen, wie sie sich durchs Leben schlägt.

Immer wieder streut sie ihre Meinung ein zu politischen Ereignissen, zu Gewerkschaften (von denen sie gar nichts hält), zu der schlechten Moral der jungen Frauen heutzutage, die sich in der Öffentlichkeit küssen lassen. Jesusa hat schlimme Erfahrungen mit sexueller Unterdrückung gemacht und einen großen Teil der repressiven Sexualmoral internalisiert. In ihren Erzählungen beschreibt sie die schlimmen sozialen und politischen Zustände der mexikanischen Vergangenheit, aber immer wieder schwingt da auch die Nostalgie nach der guten alten Zeit mit. Jesusa ist keine Domitila ("Wenn man mir erlaubt zu sprechen", Lamuv-Verlag), keine politische Organisatorin. Jesusa beschreibt ihren Kampf ums Überleben. In diesen Beschreibungen werden die Widersprüche deutlich, die das Leben der armen Frauen in Mexiko charakterisieren. Jesusa wehrt sich auf ihre Art gegen Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit: sie schließt sich einer spirituellistischen Sekte an, in der sie Hilfe und Solidarität findet.

Wenn Jesusa von der Hilfe erzählt, die ihr ihre Freunde und Verwandten gewährt haben, dann wirkt das nicht wie eine romantische Solidarität der Ausgebeuteten, sondern zeigt die oft nur widerwillig gewährte Hilfe derjenigen, die selbst kaum genug zum Überleben haben.

Um Jesusa zu verstehen, muß sich der Leser ständig auch mit seinen eigenen Klischeevorstellungen über das Leben in Elendsvierteln, über den täglichen Widerstand und die Solidarität auseinandersetzen. Dieser tägliche Widerstand besteht für Frauen wie Jesusa gerade darin, einfach zu überleben - allem zum Trotz.

Erzählungen aus der Karibik

"Jetzt schaute ich zurück. Das Haus brannte, der Himmel war gelbrot wie bei einem Sonnenuntergang, und ich wußte, daß ich Coulibri nie wiedersehen würde. Nichts würde übrigbleiben, nicht die goldenen und silbernen Farne, nicht die Orchideen, die Ingwerlilien und die Rosen, die Schaukelstühle und das blaue Sofa, nicht der Jasmin und das Geisblatt, und auch nicht das Bild von der Müllerstochter. Wenn es vorbei war, würde nichts übrig sein, als geschwärzte Mauern und der Trittstein. Das blieb immer übrig, Das konnte weder gestohlen noch verbrannt werden."

In dieser Nacht waren die Schwarzen nicht in ihren Hütten: sie waren aufgebrochen, um die weißen Grundbesitzer zu vertreiben und ihr Haus in Brand zu setzen, das Haus mit den schönen Blumen und dem blauen Sofa. Jean Rhys, bei uns als "englische" Schriftstellerin bekannt, ist in Wirklichkeit aus Dominika. Sie beschreibt jene "Nacht in der die Hütten leer blieben" aus der Sicht einer Weißen, die allerdings mit den schwarzen Kindern zusammen aufgewachsen ist. Sie kennt und liebt beide Welten, die der Weißen und die der Schwarzen, und sie kann die Ignoranz und Grausamkeit der Weißen ebensowenig ertragen, wie den Haß der Schwarzen.

Die Kluft zwischen der Welt der Herren und der Welt der Sklaven ist nur ein Thema in dem Erzählungsband aus der Karibik, dem der Text von Jean Rhys den Titel gegeben hat. 21 Erzählungen aus verschiedenen Ländern der Karibik - von Trinidad bis Kuba und von Versaragua bis Guyana - berichten von wichtigen und weniger wichtigen Ereignissen im Leben der Menschen, die dort zu Hause sind. Es geht um Geburt und Tod, um Liebe und Arbeit, Armut und Revolution und um die Auswirkungen der Weltpolitik auf das Leben in der Provinz. Immer wieder wird ein soziales Zusammenleben beschrieben, das von Neugier und Interesse aneinander geprägt ist, und von dem Bedürfnis, private und familiäre Ereignisse zu öffentlichen zu machen. Diese Aspekt bildet ein Gegengewicht zur Repression und Brutalität der politisch und wirtschaftlich Mächtigen, die in den Erzählungen auch meist präsent ist. Die Menschen, die hier geschildert werden, sind nicht resigniert, sie sind trotz der Unterdrückung ungebrochen. Man kann nur hoffen, daß diese Literatur eine Wirklichkeit widerspiegelt.

Die Textsammlung vermittelt ein plastisches und lebendiges Bild von der Karibik und weckt zugleich das Interesse an dieser Region. Man möchte mehr von diesen Geschichten lesen, und man möchte mehr über die geschichtlichen und politischen Hintergründe erfahren. Der Band ist ein gutes Beispiel dafür, wie Literatur politische Kenntnisse komplementieren und abrunden kann.

Neben auch hierzulande bekannten Autoren wie Gabriel Garcia Márquez, Nicolás Guillén, Alejo Carpentier, Jean Rhys, kommen auch weniger bekannte zu Wort, die es lohnt, kennenzulernen: Dimas Lidio Pitty, John Hearne, José Luis Gonzalez, Fanny Buitrago, um nur einige zu nennen.

Die Nacht, in der die Hütten leer blieben. Erzählungen aus der Karibik. Herausgegeben von Peter Schultze-Kraft.
Eichborn Verlag Frankfurt am Main 1981

Termine

3. WELT UND FRIEDENSBEWEGUNG

Arbeitstreffen am 25./26. September in Bonn
Es geht darum, wie der Informations- und Gedankenaustausch zwischen Solidaritäts- und Friedensbewegung besser koordiniert werden kann. Vorbereitung auf die Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 9. / 10. Oktober in Bonn. Anmeldung und Information bis 18.9. bei W. Rätz, Konrad-Adenauer-Platz 1, 53 Bonn 3, Tel.: 0228 / 460403

KARIBIK-SEMINAR vom 10. bis 12. Dezember

Themenvorschläge: Entwicklung von Ländern mit revolutionären bzw. fortschrittlichen Bewegungen (Grenada, evtl. Surinam) / Scheitern reformistischer Ansätze (z.B. Jamaika) / Charakter und Stärke fortschrittlicher Volksbewegungen / Charakter und ökonomische Basis diktatorischer bzw. parlamentarischer Regierungen
weitere Informationen bei der ILA, Römerstr. 88, 53 Bonn 1
Tel.: 02221 / 658613

PARAGUAY-SEMINAR vom 29.10. bis 31.10. in Marl

Dia-Serie über Itaipu / Referat über die aktuelle Situation in Paraguay / Arbeitsgruppen über Campesinos und Indianer / deutsche Lankäufe in Paraguay. Die Teilnehmer erhalten eine Informationsmappe. Informationen und Anmeldung bei: Paraguay Arbeitsgemeinschaft e.V. Margarethenstr. 11, 4050 Mönchengladbach 1

RÜSTUNGS- UND POLIZEIWAFFENEXPORTE IN DIE DRITTE WELT

12. - 14. November in Essen

ÖKOLOGIE UND LATEINAMERIKA

22. - 24. Oktober in Essen
Diskutiert werden soll vor allem die Problematik der Atomexporte nach Lateinamerika, die von der Solidaritätsbewegung und den lateinamerikanischen Gruppen oft unterschiedlich eingeschätzt werden.

Genaue Informationen und Anmeldung zu beiden Seminaren bei:
Forum für Internationale Friedensarbeit e.V., Stoppenbergerstr. 13-15
43 Essen 1, Tel.: 020 / 326619

FRAUENTAGUNG: FRAUENBEWEGUNG IN LATEINAMERIKA UND DER BRD

29.10. - 1.11. 82
Themen: Frauen im revolutionären Prozeß (Kuba, Nicaragua, El Salvador) Frauen im Widerstand (Chile, El Salvador) / Geschichte der Frauenunterdrückung in der BRD und in Lateinamerika / Zusammenhänge von Imperialismus und Patriarchat / Unterdrückungsmechanismen (Medien, Kirche, Familie, Ideologie)
Information und Anmeldung bei: Frauengruppe Lateinamerika, c/o M. Landeros, Eulenbaumstr. 291, 4630 Bochum, Tel.: 0234/ 704446

MEXICO-KURS der REISENDEN SCHULE 3. WELT

Im Herbst dieses Jahres soll eine bundesweite Aktion gegen die Praktiken der Pharma-Industrie in der 3. Welt anlaufen. Die Reisende Schule will dabei mit einem neunmonatigen Kurs mitwirken: 2 Monate Vorbereitung, 3 Monate Reise nach Mexico, 4 Monate Nachbereitungszeit, d.h. Öffentlichkeitsarbeit. Untersucht werden soll vor allem der Bluthandel. Gesucht werden dringend mutige, entschlossene Mitstreiter, die ab November 1982 mitmachen. Interessenten können sich melden bei: Reisende Schule 3. Welt, Rentorf 9, 4925 Kalletal, Tel.: 05261 / 3204

KONZERT FÜR NICARAGUA am 25.9.1982

DGB-Jugend und junges Forum / Ruhrfestspiele veranstalten mit Unterstützung des Informationsbüros Nicaragua e.V. ein Nicaragua-Konzert in der Gruga-Halle in Essen. Beginn 18 Uhr. Es treten auf: Carlos Mejia Godoy (Nicaragua), Schmetterlinge (Österreich), Inti Illimani (Chile), Ton - Steine - Scherben (BRD), Sands Family (Irland), Liederjahn (BRD)
Eintritt: Vorverkauf DM 8,- / Abendkasse DM 10,- (die Kartenpreise enthalten einen Solidaritätsbeitrag von DM 3,- für den Aufbau eines Ausbildungszentrums in Nicaragua). Karten bei: junges forum Tel.: 02361 / 25025
Informationsbüro Nicaragua Tel.: 0202 / 440039

Zeitschriftenschau

AIB - ANTIIMPERIALISTISCHES INFORMATIONSBULLETIN Nr. 7-8 1982

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB-Aktuell: Aufgestanden gegen Reagan / Reden vom 3. Weltforum der Bonner Friedensdemonstration / Nicaragua: Aspekte der inneren Entwicklung - Deklaration der Sandinistischen Versammlung - "Nicaragua findet zu sich selbst" / Guatemala: Erklärung guatemalteckischer Landarbeiter / Sudan: Numeiris Tanz auf dem Seil / Äthiopien: Die 2 Seiten der Eritrea-Frage / Libanon: Beginn "Neuordnung" des Libanon / EL SALVADOR- SONDERTEIL: Wo liegen die Ursachen des El-Salvador-Konflikts? - Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie - Von der "Reform"junta zum Krieg gegen das Volk - Die salvadorianische Befreiungsbewegung, die Erben Farabundo Martis - Die Intervention der USA: von Carter zu Reagan - Die Bundesregierung und El Salvador - ein widersprüchliches Verhältnis - Dokumente der Befreiungsbewegung - Aktions- und Materialspiegel / Afghanistan: Interview mit Anahita Ratebzahd / Osttimor: Lebender "Zaun aus Hainen" / Kampuchea: Vom Widerstand zum Aufstand (2. Teil) / Vietnam: Eindrücke vom V. Parteitag der KP / BRD - 3. Welt: Neue Rüstungsexport-Richtlinien / Rückblick: der Internationale Sozialistenkongress von Stuttgart

BLÄTTER DES iz3w Nr. 103, August 1982, Postfach 5328, 78 Freiburg

TSCHAD: Das Ende des Krieges / GUATEMALA: Völkermord wird fortgesetzt
US-INDIANER: Campingplatz oder Kultstätte / BRASILIEN: Völkermord an Waimiri und Ataroari / ESKIMOS: Keiner lebt mehr im Iglu / NACH DER GRÜNEN REVOLUTION: Neue Strategien und alte Ziele / SÜDMOLUKKER IN DEN NIEDERLANDEN: Von der Weltöffentlichkeit vergessen / Nestle-Boycott / RÜSTUNG: Bremen - Waffenhandel in alle Welt / Repression in der BRD

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr. 5/6 1982 c/o CON, Westerdeich 38, 28 Bremen 1

MARTE URTEILE gegen Priester und Kleinbauern; 130 Jahre Gefängnis: Augenzeugenbericht vom Prozeß, Reaktionen, Aktionen / VOR DEN WAHLEN: Meinungsumfragen / MINDESTLOHN UND LEBENSHALTUNGSKOSTEN / VOLKSWAGEN CONTRA KIRCHE (2. Teil): Interview mit Dom Claudio / HANDEL MIT KINDERBLUT (Dokumentation) / NEUES VON RONDA ALTA (Dokumentation) / NACHRICHTEN UND KURZNACHRICHTEN

ILA-INFO Nr. 57, Juli 1982, Rümerstr. 88, 53 Bonn 1

SCHWERPUNKT: ECUADOR - DER MYTHOS VON DER NATIONALEN ENTWICKLUNG / Kommentar zum Krieg im Libanon / "Die nicht fliehen können werden getötet" - eine Anklage guatemalteckischer Campesinos / Honduras - und die Demokratie? / "Verurteilung der pastoralen Arbeit der Kirche - Hohe Strafen im Prozeß gegen brasilianische posseiros und französische Priester. LÄNDERNACHRICHTEN: Argentinien, Bolivien, Mexico. SOLIDARITÄTBEWEGUNG: Friedensdemo vom 10.6.: Rede von Julia Esquivel und ein Diskussionsbeitrag / Sobradinho-Kampagne / Medien und 3. Welt / Pharma-Kampagne / Ausstellung: Frauen in Guatemala

ILA-INFO Nr. 58, August 1982

SCHWERPUNKT: MEIN KIND VERBRENNT MIR DIE EINGEWEIDE - Umweltkatastrophe in Brasilien / Kirche in Brasilien: "Nicht für die Arbeiter - sondern mit den Arbeitern" / Ecuador: Agrarpolitik und Landreform
Das Schilfrohr des Pablo Sees / Guatemalas Regierungsprogramm: "Bohnen und Gewehre" / Nicaragua: Dritter Jahrestag der Revolution; Unwetterkatastrophe / Die neue Weltagrarrstruktur oder warum Weizen nicht satt macht, LÄNDERNACHRICHTEN: Bolivien, Brasilien, El Salvador. SOLIDARITÄTBEWEGUNG: Kredite, Krieg, Entwicklungshilfe - die klammheimliche Intervention in Mittelamerika / Ein Appell und ein Protestschreiben an die BRD-Regierung / Briefe aus dem Regierungslager / Pharmakampagne / Medien und 3. Welt

MITTELAMERIKA-MAGAZIN Nr. 21, c/o Magazin-Verlag, Königsweg 7,23 Kiel 1

HONDURAS: Brüderliche Waffenhilfe - Flüchtlingseleid - Guerrillaanschlag - Folter - Appell an Bundesregierung / EL SALVADOR: Erfolge der Diktatur - Raul Monzon in der BRD - Carlos Rico - neuer Vertreter von FDR+FMLN - Wieviel ist ein Menschenleben wert? - Gefangenenaustausch - Nichts, absolut niemand / NICARAGUA: 3. Jahrestag der Revolution - Angriff aus dem Norden - Folgen der Flutkatastrophe / GUATEMALA: Die Repression wechselt die Fassade - Risos Montt im Interview / US-POLITIK: Vom Rufmord zum Mord: psychologische Kriegsführung des CIA in den Medien Lateinamerikas, 2. Teil: das semantische Differential

LINKS - SOZIALISTISCHE ZEITUNG Nr. 148/149, Verlag 2000, Postfach 591 6050 Offenbach 4

FALKLAND-KRIEG: Zwischen Identitätssuche und Imperialismus
Wahlkampf über Leichen



FRANKFURT

Tel. 06 11 / 77 92 23

Taschenbücher und gebundene Bücher aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Türkei, Jugoslawien, Kuba, Nicaragua, Angola, Mozambique, Brasilien.

Buchschnelldienst:
Milano, Barcelona, Lissabon, Athen, Belgrad
schwarzafrikan. und arabische Fachliteratur
und Belletristik in deutsch

Fotografie und Kunst
aus den Mittelmeerländern

Verkehrsnummer 17 397
Postscheckamt Frankfurt/M.
(BLZ 500 100 60) Kto. 1627 81-604
Nassauische Sparkasse
(BLZ 510 500 15) Kto. 146 023 665

Dr. G. Zambon · Leipziger Straße 24 · D-6000 Frankfurt/M. 90

ZAMBON

Verlag & Vertrieb fremdsprachiger
Bücher & Schallplatten

Alfred K. Tremel Pädagogik-Handbuch Dritte Welt

448 Materialien für Schule, Aktion und Erwachsenenbildung werden mit knappen Inhaltsangaben und methodisch-didaktischen Hinweisen vorgestellt und kritisch bewertet.

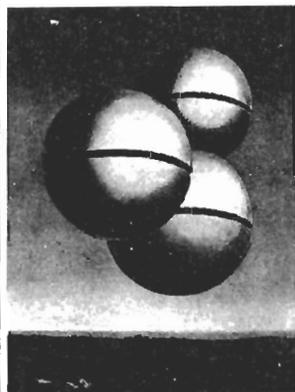
Beiträge zur Didaktik, Methodik und Theorie: A. Tremel, Dritte-Welt-Pädagogik – Zur Didaktik und Methodik eines Lernbereiches. G.F. Pfäfflin, Theorien, Strategien und didaktische Ansätze zur Unterentwicklung. G. Krämer, Schule und Dritte Welt – Ein unbefriedigendes Verhältnis. A. Gregory, Entwicklungsbezogene Bildungsarbeit mit Erwachsenen.

Register der Archive und Ausleihstellen, Dritte-Welt-Läden und sonstigen Bezugs-Quellen für Informationsmaterial, Periodika etc. (Für die BRD, Luxembourg, Österreich und die Schweiz).

Die erste derart umfangreiche Sammlung der lieferbaren Unterrichts- und Arbeitsmaterialien sowie der theoretischen Literatur.

Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1982, 208 S. reich illustriert, DM 14,80. Bezug: Arbeitskreis Dritte Welt, .ederstr. 34, 7410 Reutlingen.

links lesen



Sozialistische Zeitung

Seit 14 Jahren bringt "links" monatlich auf 36 Seiten Informationen und Anregungen für die politische Arbeit, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie. Berichte aus der Linken international.

kostenlos

zum Kennenlernen

Probeabonnement
Oktober – Dezember 1982

Anfordern bei: Verlag 2000/Sozialistisches
Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4,
Telefon 0611-885006.

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

Peripherie soll

- die überfällige Debatte um das Verhältnis der westdeutschen Linken zur Dritten Welt neu beleben
- Solidarität durch Vermittlung von Informationen, Materialien und Analysen über Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen festigen
- die Ergebnisse und Schwierigkeiten siegreicher Befreiungsbewegungen untersuchen
- die Veränderungsprozesse des Kapitalismus in der Peripherie aufarbeiten
- die internationale entwicklungstheoretische Diskussion aufnehmen
- Texte von Teilnehmern der sozialen Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt zugänglich machen

Nr. 3: Subsistenzproduktion, Iran und Mosambik

Nr. 4: Schwerpunkt Bildung in der Dritten Welt

Nr. 5/6: Schwerpunkt Entwicklungstheorien Neu

Nr. 7: Schwerpunkt Entwicklungspolitik

Nr. 8: Schwerpunkt Kultur

In jedem Heft: Diskussionsartikel, Rezensionen, Neuerscheinungen, Resümees in Englisch.

Vierteljahreszeitschrift

Einzelheft: DM 8,-

Abonnement: Einzelpersonen DM 28,-

Förderabo/Institutionen DM 50,-

Redaktion: Postfach 8426, 4400 Münster,
Tel. 02 51/2 60 91 und 030/392 87 05, donnerstags
16-20 Uhr.

FDCL GALERIE 70 LAI

AUSSTELLUNG: M O D E R N I S I E R U N G

D E S E L E N D S

Drei Familien aus Lateinamerika

In vielen Ländern Lateinamerikas vollzog sich eine Modernisierung von Landwirtschaft und Industrie. Die Lebensgeschichte dreier Familien, die in unterschiedlichen Bereichen von dieser Modernisierung betroffen sind, zeigt die negativen Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung. Hintergrund dieser Entwicklung ist die zunehmende Verflechtung von Entwicklungs- und Industrieländern, von der wir profitieren.

Wanderausstellung: 43 Tafeln 120 x 85 cm Querformat
Verleihgebühr: 250,- DM pro Woche
Versicherungswert: DM 5 000,-

Bestellungen an: FDCL oder Galerie 70
Im Mehringhof Schillerstr. 70
Gneisenaustr. 2 1 000 Berlin 12
1 000 Berlin 61